

G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

6'73 JUNI



Helmut Freutel

Schockbehandlung am Unfallort

Für die rettende Infusion braucht man einen Arzt



Nicht nur im Straßenverkehr sondern auch bei Unfällen am Arbeitsplatz und in Haushalten trägt der Schocktod erheblich zu den erschreckend hohen Zahlen an Menschenopfern bei. Als Unfallschock bezeichnen Mediziner die Summe aller körperlichen und seelischen Unfallschäden. Vor allem der Kreislauf ist durch den Schreck und unfallbedingte Blutungen gefährdet. Schockverletzte befinden sich immer in Lebensgefahr. Sofort nach dem Stillen der Blutungen muß mit der Schockbehandlung begonnen werden.

Die Zahl der Unfalldoten steigt von Jahr zu Jahr bedrohlich an. Allein der Straßenverkehr in der Bundesrepublik forderte im Jahre 1972 neben mehr als einer halben Million Verletzter 18 500 Tote. Nach der nüchternen Rechnung der Statistiker stirbt also alle 30 Minuten ein Mensch bei einem Verkehrsunfall, wird alle 30 Sekunden ein Mensch schwer verletzt. Viele dieser Unfalldoten könnten aber noch leben, wenn rechtzeitig Hilfe zur Stelle gewesen wäre. Wir haben in dieser Zeitschrift schon wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig sachkundige Erste Hilfe am Unfallort ist.

Gegen das Massensterben auf unseren Straßen hat der Staat Maßnahmen ergriffen. Die umfassendste davon ist wohl die Vorschrift, nach der seit dem 1. Januar

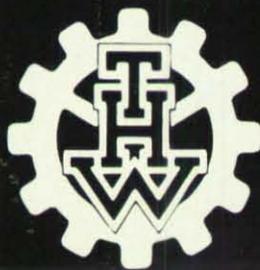
1973 in allen Kraftfahrzeugen Erste-Hilfe-Material mitzuführen ist. Da ebenfalls für alle Führerscheinbewerber die Teilnahme an einem Lehrgang in Erster-Hilfe zwingend vorgeschrieben ist, kann man sich von diesen Maßnahmen spürbare Hilfe erhoffen. Es gibt jedoch Unfallmediziner, die mit diesen Maßnahmen allein noch keineswegs zufrieden sind. Sie weisen darauf hin, daß viele der Unfallverletzten, die nach dem Unfall an der Unfallstelle, auf dem Transport oder unmittelbar nach Ankunft in einem Krankenhaus sterben, Opfer des Unfallschocks sind. Doch nicht nur im Straßenverkehr sondern auch bei Unfällen am Arbeitsplatz und in Haushalten trägt der Schocktod erheblich zu den erschreckend hohen Zahlen an Menschenopfern bei.

Als Unfallschock bezeichnen Mediziner die Summe aller körperlichen und seelischen Unfallschäden. Vor allem der Kreislauf ist durch den Schreck und eventuell unfallbedingte Blutungen, die äußerlich gar nicht erkennbar sein müssen, gefährdet. Mehr über den Schock zu sagen, oder versuchen zu wollen, in wenigen Sätzen darzulegen, was ein Schock genau ist, scheint nicht am Platze zu sein. Was in der Fachliteratur darüber an Erkenntnissen zusammengetragen worden ist, läßt als Schlußfolgerung nur zu, daß die Menschenheilkunde eine keineswegs überschaubare und logisch zu erläuternde Wissenschaft ist.

Wichtig ist nur, daß man weiß, daß ein Schockverletzter sich in Lebensgefahr befindet, daß man ihm augen-

Fortsetzung auf 3. Umschlagseite

MAGAZIN **6'73**



Aus dem Inhalt

Seite 5:

„Mit Wort, Bild und Ton“ —
Die Ausstellungen des BVS.
Ein guter Berater ist die beste
Werbung.

Seite 11:

„Spürbarer Fortschritt der Luft-
rettung“ —



Internationales
Symposion
über Rettungs-
hubschrauber
in Mainz.

Seite 16:

„Der Zivilschutz geht aufs Land“ —
Die Schweiz und ihre neue
Konzeption.

Seite 23:

„Aufstecken, ansaugen, spritzen“ —
Die Zapfwellenpumpe dient dem
Landwirt zum täglichen Gebrauch
und zur Brandbekämpfung.

Seite 26:

„Dynamischer Konsum auf dem
Energemarkt“ —
Was wird zur Sicherstellung von
Gasversorgung und -speicherung
getan? (Schluß)

Seite 30:

„Keine Geheimnisse mehr“ —
Dozenten von Fachhochschulen für
Bauwesen informieren sich über
Schutzraumbau.

Seite 68:

„THW heizte der Polizei ein“ —
Hilfe einmal anders. Komplette
Heizstromanlage für das Polizei-
präsidium Aachen.

Umschlagseite 2 und 3:

„Schockbehandlung am Unfallort“ —
Für die rettende Infusion braucht
man einen Arzt.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Werner Koller
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek — Reinhold Budde
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Altena, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH
4 Düsseldorf, Umlandstraße 42
Telefon: (02 11) 66 62 65
Fernschreiber: 08 586 898

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet.
Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung der Verfasser
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft
sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer
enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements
kann nur zum Schluß eines Kalender-
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis
spätestens an dessen erstem Tag
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen
beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete
Auflage: 106.100 Exemplare
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei
Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.



umschau

Frauen im Zivilschutz

Der große Fehlbestand an weiblichem Personal für das Zivilschutzkorps, den Frauenhilfsdienst und den Armeesanitätsdienst hat in der Schweiz zu Diskussionen darüber geführt, ob für Frauen ein „Nationaldienst“ — also eine obligatorische Dienstpflicht — eingeführt werden soll. Der Armeesanitätsdienst beispielsweise benötigt 6600 Helferinnen, verfügt im Augenblick nur über 3800. Der Frauenhilfsdienst, der aus 4000 Helferinnen bestehen soll, weist nur einen Bestand von 1800 Mitgliedern aus. Allerdings gibt man dem „Nationaldienst“ wenig Chancen, da neben den Kosten auch die Wirtschaft unter dem Abzug von Arbeitskräften erheblich betroffen würde.

Gefahren im Haushalt

10 819 Menschen haben im Jahre 1971 bei Unfällen in Haus, Hof und Garten den Tod gefunden, wie aus der Statistik der Aktion „Das sichere Haus“ hervorgeht. Zwar ging die Zahl der tödlichen Unfälle gegenüber 1970 um 2 % zurück, sie zeigt aber dennoch die erschreckenden Gefahren, die im Haushalt lauern. Nach der Statistik kommen im Jahr 17,6 tödliche häusliche Unfälle auf 100 000 Einwohner. An erster Stelle der Unfallursachen stehen mit 82 % tödliche Stürze. Mit weitem Abstand folgen: ersticken 7,2 %
Feuer und Explosion 3,3 %
Gas 1,2 %
verbrühen und verletzen 0,9 %
elektrischer Strom 0,8 %
andere Unfälle 4,6 %



Blutgruppe auf dem Kopf

Adresse und Blutgruppe haben sich diese jungen Wiener auf dem Schutzhelm vermerken lassen — auch eine Möglichkeit, bei eventuellen

Unfällen den Helfern die Aufgabe zu erleichtern. Vorsicht ist allerdings geboten: Gerade in letzter Zeit wird davor gewarnt, Sturzhelme umzulackieren, da die Festigkeit des Materials darunter leiden kann.

Besonders gefährdet sind die über 60jährigen Frauen mit 57 % der Verunglückten und die gleichaltrigen Männer mit 25 %. Wie weiter aus der Statistik hervorgeht, beträgt die Zahl der Unfälle mit Verletzungen jährlich rund 2 Millionen.

Rheinland-Pfalz baut Rettungssystem aus

Bis Anfang August soll das Rettungssystem mit Hubschraubern im Bundesland Rheinland-Pfalz weitgehend ausgebaut sein. Ein Netz von 19 Landeplätze für Hubschrauber in der Nähe von Krankenhäusern soll gewährleisten, daß Verletzte von praktisch jedem Ort des Landes aus innerhalb von 15 Minuten in ein Krankenhaus eingeliefert werden können. Nach einem Stufenplan

werden im Endausbau 39 Krankenhäuser per Hubschrauber angeflogen werden können. Das Land stellt im laufenden Haushaltsjahr allein 5,5 Millionen DM für das Rettungswesen bereit.

Bald: „Mini-Nukes“

Aus England stammen Berichte, nach denen das gesamte westliche Verteidigungssystem grundlegend verändert werden könnte. Eine große Londoner Zeitung berichtete, daß in den USA zur Zeit eine neue Mini-Nuklearwaffe entwickelt wird, die in drei bis fünf Jahren einsatzbereit sein soll. Die atomare Kleinwaffe soll den Berichten zufolge über größere Entfernungen hinweg mit großer Genauigkeit ihr Ziel treffen und in der Stärke etwa 50 Tonnen

des normalen Spengstoffes entsprechen. Dabei soll gleichzeitig nur eine begrenzte radioaktive Wirkung im Kampfgebiet auftreten.

Schleswig-Holstein ist gerüstet

„In gutem Zustand“ befindet sich nach den Worten von Regierungssprecher Dr. Rathke das Amt für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Das Innenministerium des Landes habe umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um die Bevölkerung im Katastrophen- und Spannungsfall zu schützen, erklärte Dr. Rathke vor der Landespresskonferenz in Kiel. Ein großes Potential an gut ausgebildeten und ausgerüsteten Helfern stehe in den Katastrophenschutzorganisationen zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem Bund und den übrigen Ländern habe das Land Schleswig-Holstein weitgehende vorsorgende Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffen.

Hilfe für Nordafrika

In der letzten Märzwoche haben schwere Regenfälle in Nordwest-Tunesien und Nordost-Algerien eine Überschwemmungskatastrophe verursacht. In Algerien, besonders im Gebiet von Annaba, wurden rd. 100 000 Menschen von der Katastrophe betroffen. 20 000 Menschen wurden obdachlos, 20 Todesopfer sind zu beklagen. Die Allgemeinheit wurde besonders gefährdet, da die Zisternen der Stadt Annaba für längere Zeit unbenutzbar wurden.

In Tunesien hat die Überschwemmungskatastrophe 86 Todesopfer gefordert. Fast 10 000 Häuser wurden von den Fluten zerstört; besonders betroffen war die Stadt Medjez el Bab (100 km südwestlich Tunis); es wurden 70 000 Obdachlose gezählt. Auf rd. 20 000 Hektar Anbaugebiet ist die Ernte vernichtet.

Die Bundesregierung stellte Lufttransportraum zur Verfügung. Dadurch konnten die Spenden des Diakonischen Werkes (DDW), des Caritasverbandes (DCV) und des Deutschen Roten

Kreuzes (DRK) — insgesamt 550 Zelte und 8800 Decken im Werte von 167 000 DM sowie 3 Tonnen Medikamente (Wert: 107 500 DM), die von der tunesischen Regierung erbeten und von der Bundesregierung bereitgestellt wurden — der in Not geratenen Bevölkerung des Schadensgebietes schnelle Hilfe bringen.

Die algerische Regierung hatte um Lieferung von Zelten, Decken und Bekleidung gebeten. DDW, DCV und DRK spendeten 350 Zelte, 5500 Decken und rd. 16 Tonnen getragene Bekleidung; Gesamtwert dieser Spenden: 205 050 DM. Mit 6 Transall-Flügen leistete die Bundesluftwaffe Transporthilfe. Die Kosten des Lufttransportes sind in den vorstehenden Zahlen nicht enthalten.

ADAC fordert mehr Sicherheit auf den Straßen

In einer verkehrspolitischen Erklärung fordert der ADAC mehr Sicherheit auf den Straßen in der Bundesrepublik durch bessere Fahrzeug- und Verkehrstechnik, wirkungsvollere Gesetzgebung sowie eine intensivere Verkehrserziehung und -aufklärung. Ferner müsse die rasche Einrichtung eines engmaschigen Luftrettungsdienstes mit Hubschraubern und die Einführung des münzfreien Notrufes 110 gesichert werden.

Der ADAC stellt fest, daß die relative Unfallhäufigkeit im Vergleich zur Zunahme des Verkehrs zwar sinke, aber die Verbesserung der Verkehrssicherheit eine Aufgabe bleibe, um die alle verantwortlichen Politiker, die Automobilindustrie, die Straßen- und Verkehrsbehörden und auch die Verkehrsteilnehmer selbst sich bemühen müßten. Die Konzeption und Verwirklichung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen dürfe nicht an Kompetenzstreitigkeiten oder durch Geldmangel scheitern.

Der künftige Erfolg der Verkehrssicherheit hänge davon ab, ob die versteckten, aus keiner Unfallstatistik ersichtlichen Unfallursachen erkannt, erforscht und durch langfristige Informations- und Erziehungsprozesse mit einer gesteigerten Selbst- und Mitverantwortung aller Verkehrsteilnehmer beseitigt werden können.

Begehrte Autoplakette

Wie schon in den vergangenen Jahren hat die Bundeshauptstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz den Landesstellen die Autoplakette — diesmal in einer Auflage von 83 000

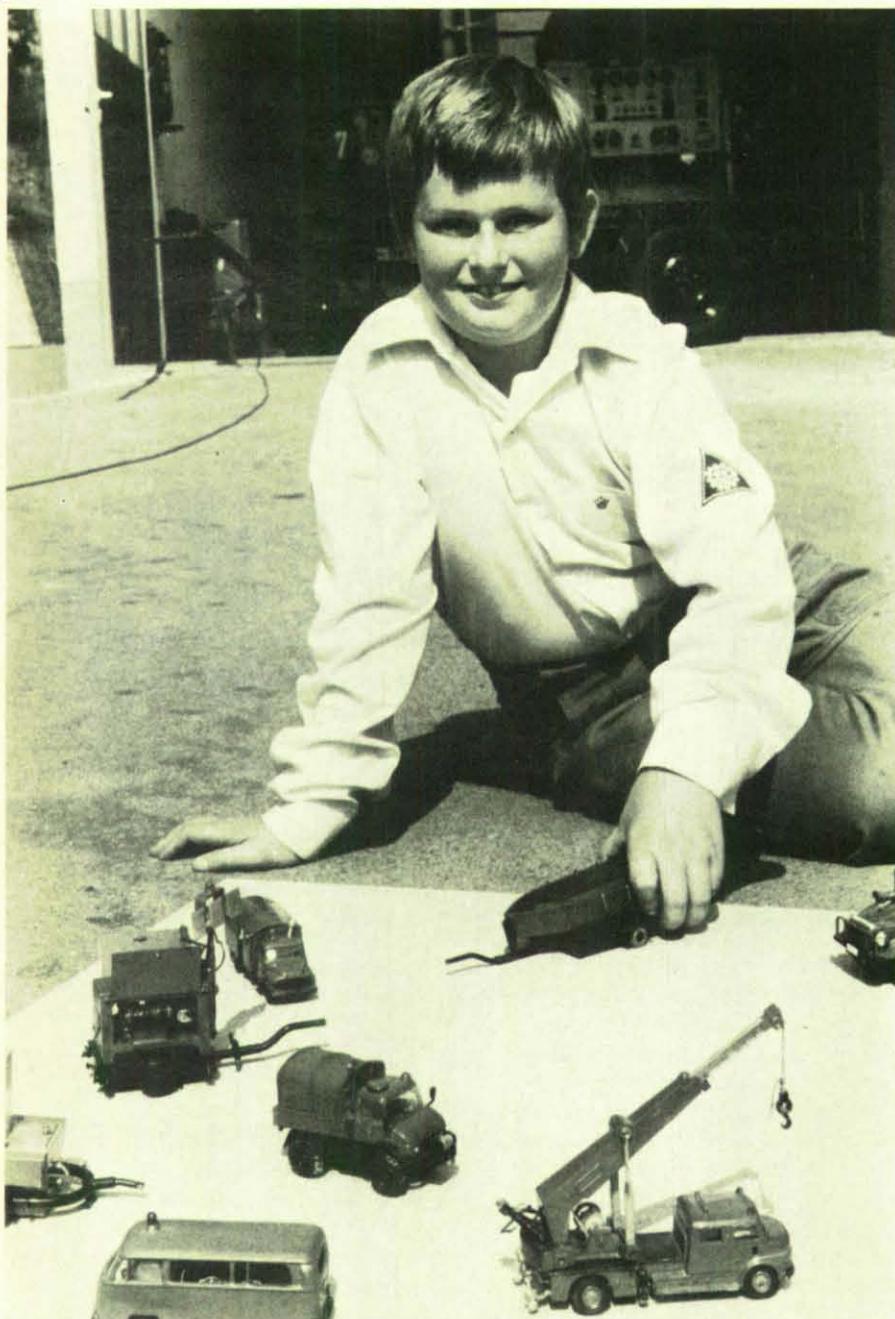


Exemplaren — zur Verfügung gestellt. Die Plakette wird jedem Interessenten nach Beendigung des Selbstschutzgrundlehrganges auf Wunsch sofort durch den Lehrgangleiter ausgehändigt.

Planungsseminare „Baulicher Zivilschutz“

Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz führt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen die bisherigen Planungsseminare „Baulicher Zivilschutz“ (Grundseminar) fort.

Hierzu gingen die Einladungen für leitende Bedienstete der staatlichen und kommunalen Bauverwaltungen, Baugenehmigungs- und Bauaufsichtsbehörden, Dozenten der Staatsbauschulen usw. an die obersten Baubehörden der Länder bzw. die zu beteiligenden Bundesressorts. Zu den Seminaren sind auch wieder freischaffende Architekten, Baumeister und Bauingenieure sowie beratende Ingenieure und leitende Bedienstete der Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaften eingeladen. Die entsprechenden Berufs- und Fachverbände wurden verständigt. Im zweiten Halbjahr 1973 werden folgende Seminare durchgeführt: vom 25. — 28. September vom 16. — 19. Oktober



vom 6. — 9. November
vom 4. — 7. Dezember
vom 11. — 14. Dezember

Die Teilnahme an den Seminaren ist gebührenfrei, sie finden im Dienstgebäude des Bundesamtes statt. Das Bundesamt erstattet die Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz.

Noch ist es Spiel

Der hoffnungsvolle THW-Nachwuchs hat es gut: Mit selbstgebastelten Modellen von Fahrzeugen und Geräten des THW kann dieser Sprößling — Dank Vaters Hilfe —

bereits den Einsatz üben. Sicherlich steht auch er eines Tages in den Reihen des THW seinen Mann.

Fahren mit Gurten sollte Pflicht werden

Der Präsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, Pütz, hat gefordert, daß künftig nicht nur der Einbau von Sicherheitsgurten in Kraftfahrzeuge vorgeschrieben werden soll, sondern darüber hinaus auch das Anlegen der Gurte zur Pflicht gemacht werden muß. Zu Beginn einer Aktion unter dem Motto „Können tragen Gurte“, in deren

Verlauf in zahlreichen Städten Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt werden, vertrat Pütz weiterhin die Meinung, daß die Pflicht zum Einbau von Gurten in Neuwagen (ab 1. Januar 1974) bereits zu spät käme. Auch Altwagen müßten nachträglich mit Gurten ausgerüstet werden, zusätzlich verlangte Pütz eine gesetzliche Verordnung über den Einbau von Kopfstützen.

„medikinale international marburg 73“

Mit der „medikinale international marburg 73“ veranstaltet das Deutsche Grüne Kreuz in Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg/Lahn und dem Marburger Magistrat vom 27. Juni bis 1. Juli 1973 in Marburg den 2. Internationalen Wettbewerb für medizinische Filme. Der Wettbewerb steht unter dem Patronat von Dr. M. G. Candau, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation in Genf. Die Schirmherrschaft übernehmen der Präsident der Bundesärztekammer, Professor Dr. med. E. Fromm, und der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg, Dr. H. Drechsler.

Hilfe für Westafrika

Die Dürre in den Ländern am Südrand der Sahara hat in diesem Jahr, dem dritten Jahr mit nicht ausreichenden Regenfällen, ein katastrophales Ausmaß erreicht. Viele Dörfer sind entvölkert, Viehbestände dezimiert. Die Stämme der viehzüchtenden Nomaden wandern zu den wenigen Wasserstellen in den Ackerbaugebieten und belasten die dortige und ungenügende Wasserversorgung. Um eine schnelle und wirksame Hilfe für die Länder der Sahel-Zone zu ermöglichen, hat die Bundesregierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Schrittmacherrolle übernommen und bewirkt, daß sofort 13 000 Tonnen Milchpulver und 180 000 Tonnen Getreide nach Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal und Tschad geliefert werden.

Da die einsetzende Regenzeit die ohnehin geringen Transportverbindungen in diesen Ländern erschwerte, leistete die Bundesregierung Transporthilfe mit zwei Transall der Bundesluftwaffe. Mit diesen Luftbrücken half die Bundesregierung den fast unvermeidbaren Hunger- oder Entkräftungstod von Tausenden entgegenzuwirken.

Werner Schiefel

Mit Wort, Bild und Ton Die Ausstellungen des BVS

Ein guter Berater ist die
beste Werbung

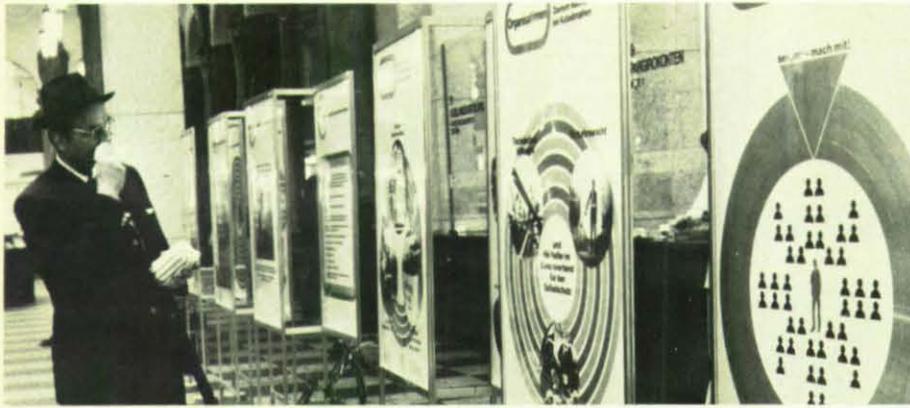


Eine der erfolgreichsten BVS-Ausstellungen verspricht die Schau „Rund um den Katastrophenschutz“ zu werden. Das Rundzelt dieser Wanderausstellung ist seit fast einem Jahr unterwegs.

Kaum ein Ort in der Bundesrepublik, in dem noch nicht im Rahmen irgendeiner Ausstellung das blau-gelbe Zeichen des Zivilschutzes aufgetaucht ist. Auf manchen Fachausstellungen gehört der Bundesverband für den Selbstschutz mit seinem Stand schon zu den Stammgästen. Wanderausstellungen in immer neuen Variationen von Thematik und Darbietung ziehen Jahr für Jahr kreuz und quer durch das Bundesgebiet. Die fahrbaren Ausstellungen trifft man in den entlegensten Winkeln des Landes. Es sind viele Millionen Menschen, die im Laufe der Zeit vom BVS auf diesem Wege angesprochen worden sind.

Das Angebot ist inhaltlich und formal äußerst vielfältig. Es reicht von der großräumig aufgebauten Schau über die fahrbaren Informationsstellen bis hin zu den Kleinstausstellungen der Dienststellen in Schaukästen oder Schaufenstern. Im Fundus des BVS finden sich fertig hergerichtete Stände, Bildtafeln, Modelle und Anschauungsgeräte aller Art. Von Fall zu Fall werden neue Stände konzipiert und in den Rahmen der Messen und Ausstellungen eingefügt, deren Leitgedanken eine Beteiligung des BVS sinnvoll erscheinen lassen. Dabei kann der gesamte Komplex des Selbstschutzes oder Zivilschutzes

angeboten werden; häufiger werden Einzelthemen behandelt, die der jeweiligen Rahmenausstellung angepaßt sind. In der letzten Zeit ist die Tendenz zu beobachten, nicht immer mit einem breiten Fächer von Aussagen möglichst viele Menschen erreichen zu wollen. Stattdessen heißt es: gezielt arbeiten! Auf Fachausstellungen wendet man sich an bestimmte Zielgruppen, auf die die Präsentation zugeschnitten ist. In thematischer Begrenzung werden ausgewählte Inhalte angeboten. Dies scheint nach den bisherigen Erfahrungen einen größeren Effekt zu versprechen.



Ausstellungen aller Art sind ein wichtiges Hilfsmittel, wenn es darum geht, die Bevölkerung über Zivil- und Katastrophenschutz zu informieren.



Anschaulichkeit und Farbe wecken das Interesse der Besucher.



Mitarbeiter des BVS stehen bereit, um allen, die sich für Einzelheiten interessieren, die gewünschten Erläuterungen zu geben.

Wichtig ist das persönliche Gespräch

Optische und akustische Mittel erregen die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden. Wer näher tritt, erfährt etwas über Sinn, Notwendigkeit und Organisation von Zivilschutz, Selbstschutz oder Katastrophenschutz. Wer sich für Einzelheiten interessiert, bekommt die gewünschte Erläuterung. Mitarbeiter des BVS stehen in fast allen Ausstellungen bereit, um in individuellen Gesprächen zu vertiefen, was die Ausstellung dem Besucher plakativ und stichwortartig dargeboten hat.

Wo eben möglich, wird am Stand Gelegenheit zu solchen Gesprächen gegeben. Der Effekt so mancher Ausstellung hängt davon ab, daß sachkundige und geschickte Berater die Besucher empfangen. Hierauf legen die Veranstalter deshalb größten Wert. Dr. Schneider, Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Bundeshauptstelle des BVS, meint dazu: „Auch eine nur mittelmäßige Ausstellung kann durch ein erstklassiges Beraterteam zu einem Bombenerfolg werden. Umgekehrt wird die beste Ausstellung wahrscheinlich ein Mißerfolg, wenn es an fähigen Beratern fehlt.“

Imagepflege und Vertrauenswerbung

Der Bundesverband für den Selbstschutz will in seinen Ausstellungen über die vielfältigen Aspekte der zivilen Verteidigung informieren und aufklären. Manchen Besuchern mag das Gesehene bewegen, sich z. B. für einen Selbstschutz-Grundlehrgang anzumelden. Das ist sehr erfreulich; aber hier liegt nicht das primäre Ziel der Ausstellungen. An solchen Reaktionen allein darf auch nicht der Erfolg derartiger Veranstaltungen gemessen werden.

Es geht vielmehr darum, Verständnis für die dargelegte Problematik zu wecken, das Bewußtsein der Bevölkerung zu wecken für unangenehme, aber lebenswichtige Fragen. Mit einer Ausstellung an die Öffentlichkeit treten, das heißt auch immer: Vertrauenswerbung und Imagepflege für den BVS und seine Aufgaben. Schon die regelmäßige optische Präsenz in den Städten und auf dem flachen Land dient diesem Ziel. Eine gute Ausstellung mit guten Beratern ist Kristallisationspunkt für weitere Wirkungen, die allerdings kaum greifbar sind: Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten, tragen die angesprochenen Fragen in breitere Kreise.

Wirkung nach innen und außen

Hinzu kommt, daß eine gute Ausstellung sich nicht nur, wie das Wort sagt, nach außen öffnet und sich einem Publikum präsentiert. Sie wirkt auch nach innen, indem sie den Zusammenhalt der an ihr beteiligten Organisationen und Institutionen stärkt und die Zusammenarbeit beispielsweise mit den Gemeinden fördert. Diese Integrationsfunktion — ein „Abfallprodukt“ der Ausstellungen, wenn man so will — ist in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Gutes Zusammenwirken mit den Gemeinden ist immer notwendig, wenn es darum geht, eine größere Ausstellung zu starten. Die Initiative hierzu geht teils von den Gemeinden, teils vom BVS aus. Oftmals werden Ausstellungen von einer Stadt angefordert, wenn sie an einem „Tag der offenen Tür“ ihre Katastrophenschutz-Einrichtungen der Öffentlichkeit vorstellt.



Der Erfolg so mancher Ausstellung hängt davon ab, daß sachkundige und geschickte Berater die Besucher empfangen.



Praktische Demonstration am Modell. — Dem Berater ist es gelungen, eine Gruppe interessierter Besucher um sich zu sammeln.



Technische Hilfsmittel erleichtern und beleben die Kommunikation zwischen dem Aussteller und seinem Publikum.

Diese Zusammenarbeit, so ist im Öffentlichkeitsreferat der BVS-Hauptstelle zu hören, wird in zunehmendem Maße enger. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“, die nun schon seit fast einem Jahr im ganzen Bundesgebiet gezeigt wird.

Alles von A bis Z

Wie sehen die Ausstellungen im einzelnen aus, in denen sich der Bundesbürger über alles von A (wie Ausbildung in selbstschutzmäßigem Verhalten) bis Z (wie zivile Verteidigung und Sicherheitspolitik) informieren kann?

Alle großen und kleinen BVS-Ausstellungen aufzuzählen, die gegenwärtig irgendwo in der Bundesrepublik zu sehen sind, hieße, eine endlose Parade vorbeiziehen zu lassen, die ihr Aussehen ständig ändert. Keine Landesstelle, keine Dienststelle, die nicht in der Ausstellung ein bevorzugtes Werbemittel ihrer Öffentlichkeitsarbeit sieht.

Von den vielen Wanderausstellungen, die von den Landesstellen gesteuert werden, hier nur einige besonders originelle Exemplare:

Die „Rathausausstellungen“ in Niedersachsen: Normalerweise zur Bewehrung von Beton dienendes Baustahlgewebe bildet, in Stücke geschnitten und lackiert, einen dekorativen Hintergrund, in den Ausstellungstafeln eingehängt werden. Die Landesstellen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen besitzen Rundzelte von zehn Metern Durchmesser, in denen Ausstellungen von wechselndem Inhalt gezeigt werden.

Alle zehn Landesstellen und außerdem die Bundesschule in Deitenbach verfügen über eine Ausstellungskoje, mit der sie sich mit jeweils passenden Aussagen an den verschiedensten Messen beteiligen. Bei diesen „Kojen“ handelt es sich um repräsentative Ausstellungsstände, die einmal gemeinsam den BVS-Beitrag zur Internationalen Polizei-Ausstellung (IPA) 1966 in Hannover gebildet haben. Jede Landesstelle hatte es damals übernommen, in ihrer Kojе je ein Leitthema zu behandeln — z. B. „Rettung“, „Brandschutz“ oder „Bevorratung mit Lebensmitteln“. Im Hinblick auf die spätere Verwendbarkeit und auf thematische Variationsmöglichkeiten hatte man bei der Konstruktion auf einen verhältnismäßig einfachen Auf- und Abbau besonderen Wert gelegt.



Mit ihren Ausstellungsköjen beteiligen sich die Landesstellen an den verschiedensten Messen. Dieses Bild entstand auf der „Sicherheit 69“ in Karlsruhe.



„Vorsorge in Grün“ gehört zu den traditionsreichsten Ausstellungen des BVS. Wenn die Vorarbeiten planmäßig ablaufen, wird sie sich im Herbst 1973 in neuer Gestalt in München vorstellen.

Ausstellungen der Bundeshauptstelle

Umfangreiche Ausstellungen von überregionaler Bedeutung werden von der Bundeshauptstelle des BVS in Köln organisiert. Es handelt sich dabei zum Teil um Wanderausstellungen, die schon ihre eigene Tradition entwickelt haben — z. B. die unter dem Motto „Vorsorge in Grün“ bekannt gewordene Schau, die über die Möglichkeiten des Selbstschutzes in ländlichen Gebieten informiert. Seitdem sie zum ersten Male 1962 im Rahmen der großen Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) zu sehen war, präsentiert sie sich regelmäßig auf dieser alle zwei Jahre stattfindenden Messe. Mehrfach umgebaut und erweitert, wurde sie auf zahllosen kleinen und auch regionalen Landwirtschafts-Ausstellungen gezeigt. So ist „Vorsorge in Grün“ ständiger Gast auf der einmal jährlich veranstalteten Norddeutschen Landwirtschaftsausstellung NORLA in Rendsburg. Im Augenblick wird diese Schau umgebaut. In neuer Gestalt wird sie

sich hoffentlich schon im Herbst 1973 beim Landwirtschaftshauptfest auf der Münchener Theresienwiese vorstellen.

Die Tafelausstellung „Der Mensch in der Katastrophe“ — seit Mai 1972 unter dem Titel „Der Mensch im Mittelpunkt“ — wurde erstmals anlässlich der „Internationalen Sicherheitswoche“ in Nancy im Oktober 1968 gezeigt. In Schalterräumen oder Foyers aufgestellt, hat sie bislang eine große Zahl von Besuchern erreichen können. Es sollen noch mehr werden: Ab Mitte 1973 wird sie in zehnfacher Ausfertigung durch die Lande ziehen.

Indirekte Werbung

Eine Ausstellung besonderer Art, die ganz von dem gewohnten Rahmen abweicht, wird seit Anfang 1971 gezeigt: „Der Mensch in der Gefahr“ — aus der Sicht des Künstlers Henry Moore“. Auf 70 Faksimile-Drucken des englischen Bildhauers Henry Moore sind Londoner Bürger dargestellt, die in den Kriegsjahren 1940/42 in den Schächten der Unter-

grundbahnen Schutz vor Luftangriffen gesucht hatten. Die meist farbigen Drucke der Bilddokumentation, die dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz gehören, sind durch vergrößerte Originalfotos aus jener Zeit ergänzt. Vor allem in Theater-Foyers und an ähnlichen Orten ist diese Ausstellung zu sehen, die versucht, dem Betrachter indirekt, auf feuilletonistische Weise Denkanstöße zu geben.

Eine der erfolgreichsten Ausstellungen des BVS scheint die Schau „Rund um den Katastrophenschutz“ zu werden. In Frankfurt, wo sie im Juni/Juli 1972 im Rahmen der internationalen Ausstellung „Interschutz — Der Rote Hahn“ gezeigt wurde, zählte man 24 000 Besucher. Der Stand, der gemeinsam von BVS und BzB errichtet worden war, wirkte besonders attraktiv durch sieben im Modell nachgebildete Schadensfälle, die die vielfältigen Einsatzaufgaben des Katastrophenschutzes anschaulich demonstrierten.

Als Wanderausstellung, die in einem großen Rundzelt untergebracht ist, war sie in den folgenden Monaten je zwei Tage in Hamburg, Wuppertal, Braunschweig, Koblenz, Saarbrücken und Kiel zu sehen. Dabei kamen etwa 25 000 Menschen in das 225 qm große Zelt. „Rund um den Katastrophenschutz“ ist zumeist in größere Ausstellungen integriert. Das Rundzelt wird oft an diejenigen Landesstellen vergeben, in deren Bereich ein „Katastrophenschutz-Tag“, ein „Tag der offenen Tür“ oder ähnliche Gemeinschaftsdarstellungen der verschiedenen Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes stattfinden.

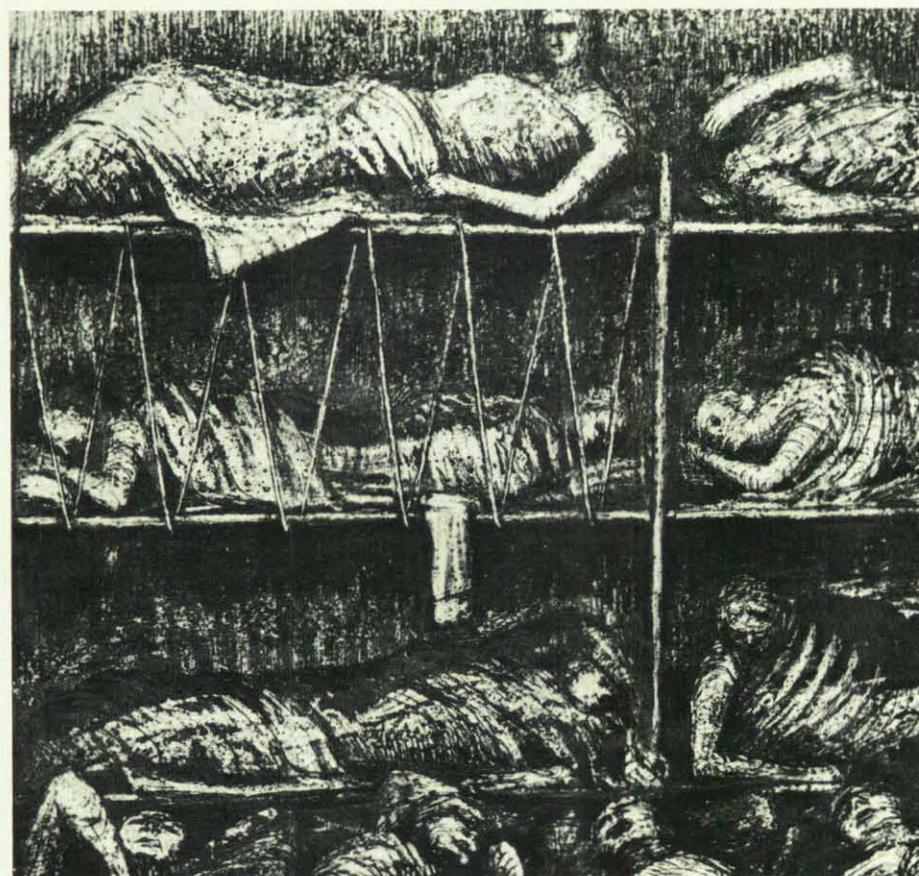
Nach einer Winterpause ist „Rund um den Katastrophenschutz“ seit Mitte April wieder unterwegs. Die diesjährige „Tournée“ endet im November bei der großen Industrie-Ausstellung in Berlin.

Von den Ausstellungen, die die Bundeshauptstelle des BVS in eigener Regie betreibt, ist noch eine ständige Schau im Darmstädter Baumusterhaus zu erwähnen. Hier wird der Zivilschutz in seiner Gesamtheit, speziell aber der Schutzraumbau, behandelt. Eine Multivisions-Anlage, d. h. eine kombinierte Bild- und Tonschau, vermittelt auf wirkungsvolle Weise wertvolle Informationen.

Die meisten der großen Ausstellungen des BVS — ob sie von den Landesstellen oder von der Hauptstelle eingesetzt werden — sind für eine bestimmte Veranstaltung konzipiert, gehen danach aber als Wander-



Ihn sollte man nicht vergessen, wenn vom Erfolg einer Ausstellung die Rede ist: Der Modellbauer hat viele Stunden mühevoller Kleinarbeit hinter sich gebracht, ehe sein Werk der Öffentlichkeit vorgestellt wird.



Ein Bilddokumentation mit Drucken des englischen Bildhauers Henry Moore versucht, dem Betrachter auf feuilletonistische Weise Denkanstöße zu geben.

ausstellung auf die Reise. Eine solche mehrfache Verwendung liegt schon aus ökonomischen Gründen nahe. Nur bei ganz spezieller Thematik der Rahmenausstellung wird der BVS-Stand ausschließlich zu diesem Anlaß aufgebaut. Beispiele: Die Kölner Ausstellung „Freizeit 69“, für die freiwillige Helfer des Verbandes Demonstrationseinrichtungen und anderes Ausstellungsmaterial selbst gefertigt hatten, oder die Ausstellung „Sicherheit 69“ in Karlsruhe.

Fahrbare Ausstellungen

Zu erwähnen bleiben die fahrbaren Ausstellungen. Ältere BVS-Mitarbeiter erinnern sich bei diesem Stichwort gern an die Vergangenheit: Ein zum Ausstellungsraum umfunktionierter D-Zug-Wagen bereiste einst ganz Deutschland. Das Spezialfahrzeug „Deplirex“, das man an Ort und Stelle seitlich „auseinanderfalten“ konnte, postierte sich an markanten Stellen in den Großstädten.

Die fahrbaren Informations- und Beratungsstellen (FIBS) bestanden aus drei Fahrzeugen — einem als Ausstellung eingerichteten Omnibus, einem VW-Transporter mit einer Tafelausstellung und einem Filmwagen mit Tageslicht-Projektor. Später waren diese Wagen auch einzeln unterwegs. Kleinbusse („motorisierte Aufklärungstrupps“) erfaßten insbesondere die ländlichen Gebiete. Sie bauten die großen Tafeln mit den Fotos, graphischen Darstellungen und Übersichten z. B. in der Pausenhalle einer Schule oder in dem Saal einer Gaststätte auf.

Zur Zeit werden sie umgerüstet und durch weitere Wagen ergänzt. Künftig werden sieben „fahrbare Zivilschutz-Ausstellungen“ mit drei Mann Besatzung über Land fahren.

Vorsicht vor Zahlen

Ausstellungen sind ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, das durch seine Farbe und Anschaulichkeit besonders auffällig in Erscheinung tritt. Das kann leicht dazu verführen — nicht zuletzt die Veranstalter selbst —, auch eine besonders intensive Wirkung anzunehmen. Das muß jedoch keineswegs der Fall sein. In der Kölner Bundeshauptstelle des BVS ist man geneigt, den Effekt des Ausstellungswesens im Vergleich mit den anderen Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit nicht übertrieben hoch anzusetzen. Dr. Schneider sieht in den Ausstellungen eine Methode, die Öffentlichkeit zu informieren, die neben



Der Filmwagen mit dem Tageslichtprojektor: Die Aufmerksamkeit der Zuschauer ist ihm stets gewiß.



Die von den fahrbaren Ausstellungen mitgeführten Tafeln lassen sich ohne große Mühe in jeder Halle rasch aufbauen.



Rund 13 Millionen Menschen haben bis heute die Ausstellungen von BLSV und BVS besucht. Alljährlich kommen viele Tausend hinzu.

vielen anderen Formen und Medien steht, aber nicht einmal die wichtigste ist.

Mit einer exakt nachweisbaren und quantitativ zu fassenden Erfolgsquote läßt sich bei keiner Ausstellung aufwarten. Die Erforschung von Aussagewirkungen ist nicht zufällig ein Sorgenkind der Kommunikationswissenschaft. Anhaltspunkte für den Erfolg einer Ausstellung sind u. a. das Presseecho und das Interesse der Besucher an Gesprächen mit den Beratern.

Quantitativ faßbar sind aber doch die Besucher einer Werbeveranstaltung! Man kann sie zählen, gewiß. Aber: Großen Zahlen gegenüber ist eine gesunde Skepsis am Platze. Nicht jeder Spaziergänger im Ausstellungsgelände ist ein Besucher des BVS-Standes.

In einem Fall war einer BVS-Landesstelle die angegebene Besucherzahl reichlich hoch geraten. Man rechnete nach und stellte fest: Gemessen an der Größe der Ausstellung und den Öffnungszeiten hätten, wenn die Zahl stimmt, pro Sekunde mehrere Dutzend Besucher die Ausstellung im Laufschrift passieren müssen. Und dabei hätte jeder noch einen weiteren Besucher auf der Schulter gehabt!

Insgesamt 13 Millionen Besucher

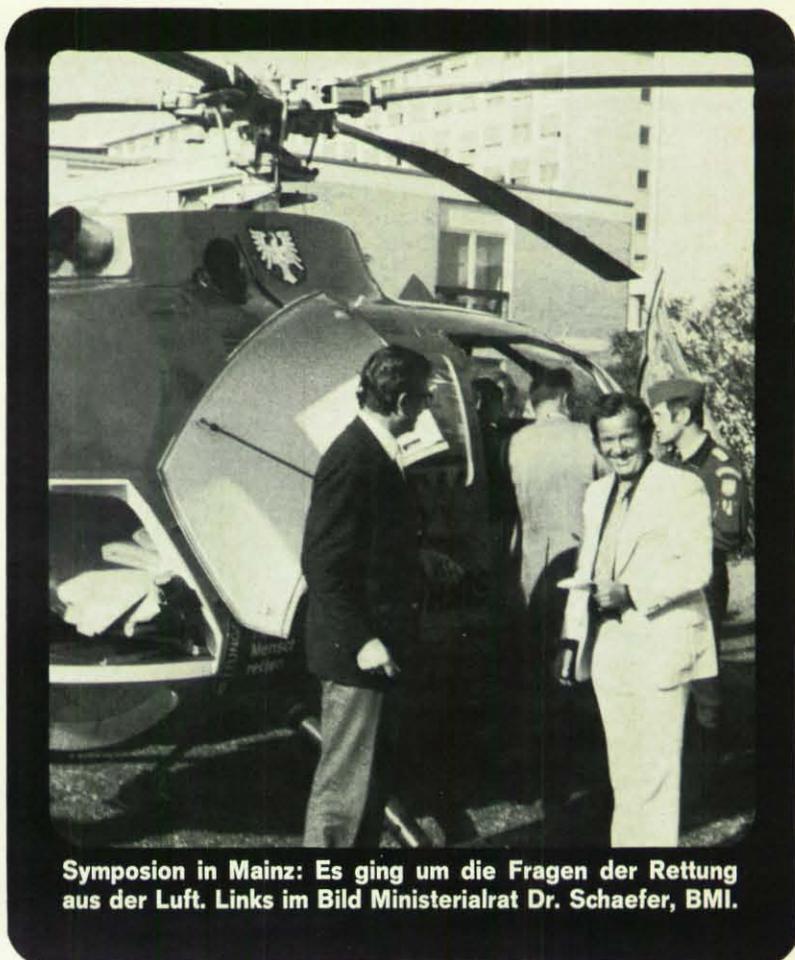
Natürlich besagt der gelegentliche Übereifer eines Mitarbeiters nichts gegen die BVS-Ausstellungen, die nach wie vor eine sehr wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, die Öffentlichkeit über Zivil- und Katastrophenschutz zu informieren. Tatsächlich dürften annähernd 13 Millionen Menschen bis heute die Ausstellungs-Veranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz und seines Vorgängers, des Bundesluftschutzverbandes, besucht haben. Alljährlich kommen in der Saison der Messen und Ausstellungen, d. h. vor allem in den Monaten März bis Mai und September bis November, viele Tausend hinzu.

Während die mobilen Schaufenster des BVS unterwegs sind, lassen sich die Planer in Köln bereits etwas Neues einfallen. Sie bereiten eine Ausstellung vor, die das Thema des öffentlichen und privaten Schutzraum-baues behandelt. Wenn die Vorarbeiten ohne größere Verzögerungen ablaufen, wird sie erstmals auf der Internationalen Baufachausstellung „Constructa“ in Hannover im Februar 1974 zu sehen sein.

Ministerialrat
Dr. Rolf Schäfer und
Oberregierungsrat
Dr. Rainer Frank, BMI

Spürbarer Fortschritt der Luftrettung

Internationales Symposium
über Rettungshubschrauber
in Mainz



Symposium in Mainz: Es ging um die Fragen der Rettung aus der Luft. Links im Bild Ministerialrat Dr. Schaefer, BMI.

1. Seit Dezember 1971 betreibt der Bundesminister des Innern in Modellversuchen den Einsatz von Hubschraubern im Rettungswesen. Der ADAC hat schon ein Jahr früher die erste Maschine in Dienst gestellt. Dieses neue Rettungsmittel wird aber nicht nur in der Praxis auf seine Eignung geprüft; auch die Wissenschaft hat sich seiner angenommen und beschäftigt sich intensiv damit. So gehen die praktischen Versuche auch davon aus, daß die fliegerische und medizinische Eignung des Hubschraubers im Rettungsdienst erwiesen ist. Ihr Hauptziel ist es, die geeigneten organisatorischen Formen zu finden. Die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Einsatz von Hubschraubern und Flugzeugen im Rettungsdienst sind aber noch einmal zusammengefaßt, bestätigt und vertieft worden auf einer wissenschaftlichen Tagung, über die hier berichtet werden soll. Sie bildete die ebenso notwendige wie zweckmäßige Ergänzung der mittlerweile vier Hubschrauber-Modellversuche.

Weltweites Problem

2. Der Einsatz von Hubschraubern im Rettungswesen ist kein isoliertes deutsches Problem. Dieses besteht vielmehr weltweit. Angesprochen sind hier Probleme der Allgemein-Medizin, der Chirurgie, der Anaesthetik ebenso wie fliegerische, flugtechnische oder auf die Organisation des Rettungswesens bezogene Fragen. Die Möglichkeiten, aber auch die Probleme des Einsatzes von Hubschraubern im Katastrophenschutz und Rettungswesen sind seit geraumer Zeit auch für die Wissenschaft interessant geworden. Folgerichtig hatte sich deshalb die Universität Mainz dazu entschlossen, ein Internationales Symposium über „Möglichkeiten des Helikopters und Flugzeuges im Rettungswesen“ durchzuführen. Es fand vom 3. bis 5. Oktober 1972 an den Universitätskliniken Mainz statt und stand unter Leitung des Direktors des Instituts für Anaesthesiologie, Professor Dr. Rudolf Frey. Hierfür war dieser besonders prädestiniert, da er sich

bereits seit längerem um eine wissenschaftliche Auswertung der fliegerischen und medizinischen Aspekte dieses Fragenkreises bemüht und verdient gemacht hat.

Großer Teilnehmerkreis

Das weltweite Interesse an dem Symposium spiegelte sich in einer erfreulich großen Teilnehmerzahl wieder. Über die verschiedenen Aspekte des Themas referierten und diskutierten drei Tage lang Teilnehmer aus 17 west- und osteuropäischen Ländern sowie aus Übersee: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Griechenland, Holland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, UdSSR, Ungarn, USA. Die Referate und Diskussionen wurden durch Vorführungen von

verschiedenen Hubschraubern abgerundet, die z. T. bereits im Katastrophenschutz und Rettungswesen eingesetzt oder aber hierfür angeboten werden. So stellten sich u. a. der Helikopter KA 26 aus der UdSSR, eine Bell UH 1 D vom Bundeswehr-Rettungszentrum in Ulm und die beim Hubschrauber-Modellversuch für Katastrophenschutz und Rettungswesen des Bundesministers des Innern in Frankfurt eingesetzte BO 105 der Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Werke vor.

II.

Vier Themen beim Symposium

Die Arbeit des Symposium war in vier große Themenkreise gegliedert, die jeweils von mehreren Referenten unter verschiedenen Aspekten behandelt wurden.

1. So befaßte sich ein Themenkreis mit dem Ausbau der Luftrettung und ihrer Koordination mit dem allgemeinen Rettungssystem. Dabei wurde vor allem die Rolle des Hubschraubers im Katastrophenschutz und Rettungsdienst, seine Einbeziehung in das Meldesystem des bodenständigen Rettungsdienstes, untermauert durch die bisherigen Erfahrungen mit den Hubschrauberstationen des Bundesinnenministers (in Köln, Frankfurt und Hannover), des ADAC (in München) und der Bundeswehr (in Ulm) beleuchtet und dabei herausgestellt, daß der Rettungshubschrauber das Spektrum der notfallmedizinischen Versorgung erweitert und als sinnvolle Ergänzung des straßengebundenen Rettungsdienstes betrachtet werden muß.

2. Im Rahmen eines weiteren Themenkreises wurden die internationalen Erfahrungen in der Luftrettung in anderen Ländern — USA, Dänemark, Großbritannien, Schweiz und Österreich — bekannt gemacht und ebenfalls als positiv herausgestellt.

3. In einem dritten Themenkreis wurden Konstruktion und Ausstattung von Rettungshubschraubern, Rettungsflugzeugen und Landeplätzen behandelt. Hier ging es vor allem um die technischen und medizinischen Anforderungen, die an einen Rettungshubschrauber zur Sicherstellung der notwendigen medizinischen Versorgung des Notfallpatienten und seiner möglichst geringen Belastung während des Fluges gestellt werden müssen, aber auch um Voraussetzungen, die



Im Notarztwagen erhält ein Verunglückter ärztliche Hilfe.

Boden- und Dachlandeplätze an Krankenhäusern erfüllen müssen.

4. In einem vierten Themenkreis wurden schließlich aus österreichischer Sicht die Erfahrungen im Einsatz von Hubschraubern in der Bergrettung aufgezeigt.

Sachliche Diskussion

5. Die sich an die Referate jeweils anschließenden Diskussionen wurden z. T. kontrovers, wenn auch stets in

wissenschaftlich-sachlicher Atmosphäre geführt. So wurde zum Beispiel die für die Luftrettung wesentliche Frage, ob der Besetzung des Hubschraubers im Rettungseinsatz stets ein Arzt angehören müsse, intensiv diskutiert.

Die Teilnehmer aus den Vereinigten Staaten wiesen auf die reichen Erfahrungen über den Einsatz von Hubschraubern im Vietnam-Krieg hin. Nach ihrer Ansicht steht der schnelle Transport des Notfallpatienten in eine

zu seiner Versorgung geeignete Klinik im Vordergrund. Der Arzt müsse dagegen nicht bereits im Hubschrauber mitfliegen. Dem wurde — vor allem von den deutschen Teilnehmern — entgegengehalten, daß nach medizinischer Erkenntnis die Erstversorgung eines Notfallpatienten innerhalb möglichst kurzer Zeit nach Eintritt des Notfalls erforderlich sei, wenn sie lebensrettend wirken sollte. Deshalb sei in den allermeisten Fällen die Erstversorgung noch am Notfallort erforderlich. Dies könne jedoch nur erreicht werden, wenn der Arzt zum Notfallort mitfliege. Nach „europäischen Erfahrungen“ komme dagegen dem Transport des Patienten vom Notfallort in die Klinik erst in zweiter Linie Bedeutung zu.

III.

Die Ergebnisse

Die Ergebnisse der Referate, Diskussionen und eines unter internationaler Beteiligung durchgeführten round-table-Gesprächs ergaben eine „Empfehlung“, der für den weiteren Ausbau der Luftrettung erhebliche Bedeutung zukommen dürfte. Daher soll ihr Inhalt im folgenden skizziert werden.

1.1 Es wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Modellstudien und Langzeiteinsätze von Hubschraubern und anderen Luftrettungsfahrzeugen die Notwendigkeit bestätigt haben, im Zuge der unerläßlichen Verbesserung des Rettungsdienstes einen Luftrettungsdienst als Ergänzung und integrierten Bestandteil eines voll ausgebauten, straßengebundenen Rettungsdienstes aufzustellen. Neue oder zusätzliche Untersuchungen über die Notwendigkeit eines Luftrettungsdienstes zur Verbesserung der Versorgung von Notfallpatienten erschienen nicht mehr erforderlich.

Übereinstimmend und mit Nachdruck stellten alle Experten aus den verschiedenen Bereichen der Medizin, der Technik und der Träger der Rettungsdiensteinrichtungen fest, daß ein weiteres Abwarten, die Durchführung zusätzlicher Modellstudien usw. weder erforderlich noch zu verantworten sei. Die Möglichkeiten, die der Luftrettungsdienst biete, müßten alsbald im Rahmen der unerläßlichen

Reorganisation des gesamten Rettungsdienstes erschlossen werden.

Die Teilnehmer des Symposions appellieren unter dem Eindruck der erarbeiteten Ergebnisse an alle Politiker und alle für die Verbesserung des Rettungsdienstes zuständigen Institutionen, ohne weitere Verzögerungen definitive Entscheidungen über den Auf- und Ausbau eines Luftrettungsdienstes zu treffen. Jede weitere Verzögerung und jeder Kompetenzstreit über Zuständigkeiten wird aus der Sicht der notfallmedizinischen Bedeutung des Luftrettungsdienstes als nicht mehr länger tragbar angesehen.

Kosten dürfen Ausbau nicht nicht hindern

1.2 Der weitere Ausbau der Luftrettung, so wird hervorgehoben, dürfe nicht an der Kostenfrage scheitern. Mit dem Hinweis, daß weder die privaten Organisationen, noch die Träger der Krankenversicherung oder

die durch die dringend notwendige Verbesserung der bodengebundenen Einrichtungen finanziell stark belasteten Länder in der Lage sein werden, die erheblichen Aufwendungen eines Luftrettungsdienstes zu tragen, wird vorgeschlagen, daß künftig

- die Investitions-Vorhaltekosten der Bund trägt
- die laufenden Benutzerkosten die Krankenkassen übernehmen und
- evtl. entstehende Defizite bei den Betriebskosten durch die Länder ausgeglichen werden.

1.3 Mit allem Nachdruck wird die Einheitlichkeit der Luftrettung als Voraussetzung ihrer Effektivität gefordert und Einzelinitiativen oder privatwirtschaftlichen Bemühungen im Luftrettungsdienst, die nicht oder nur unvollkommen integrierter Bestandteil des gesamten Rettungsdienstes sind, entgegengetreten. Die aus solchen Bemühungen folgende weitere Zersplitterung, die sich bereits in der Vergangenheit in anderen Bereichen des Rettungswesens hemmend auswirkte, müsse vermieden werden.



Hubschrauber im Einsatz — auch im unwegsamen Gelände ist so schnell Hilfe zur Stelle.

Grundsätze als Voraussetzung

2. In einem zweiten Teil der Empfehlung werden eine Reihe von Organisationsgrundsätzen und Einsatzprinzipien als Voraussetzung einer effektiven Luftrettung genannt:

2.1 Die Luftrettung kann nur ein integrierter Bestandteil eines koordinierten Rettungswesens sein, dessen Basis der vollausgebaute straßengebundene Rettungsdienst, mit entsprechenden einheitlichen Leit-systemen bildet.

2.2 Die Erste Hilfe muß rasch erfolgen. Rettungs-, bzw. Notarztwagen oder Rettungs-Luftfahrzeuge müssen in kürzester Zeit beim Patienten eintreffen. Jedoch ist bei Notfallpatienten in der Regel weder bei der Herstellung der Transportfähigkeit noch beim Transport selbst Geschwindigkeit das Hauptfordernis. Entscheidend ist die fachgemäße und lückenlose Betreuung vor und während des Transportes, der im übrigen schonend erfolgen soll.

Der Luftrettungsdienst ist so auszu-legen, daß in dem koordinierten Rettungssystem die einwandfreie Durchführung sowohl von Primäreinsätzen (Heranbringen des Arztes und der Ausrüstung an den Ort des Geschehens ohne Transport des Notfallpatienten — ärztliche Erstversor-

gung — oder sein Transport in das nächste mit dem im konkreten Einzelfall notwendigen Spezialdisziplinen ausgestatteten Krankenhaus) als auch von Sekundäreinsätzen (Transport eines Notfallpatienten aus einem Krankenhaus, in welchem die Erstversorgung durchgeführt wurde, in eine Klinik, die für die Endbehandlung medizinisch, personell und organisatorisch genügend ausgerüstet ist) sichergestellt ist.

Vorteile des Hubschraubers

2.3 Der Hubschrauber bietet besondere Vorteile bei Einsätzen

- überall, wo aus unterschiedlichen Gründen die Erstversorgung durch den bodengebundenen Rettungsdienst verzögert ist, wo andere Transportmittel sich keinen oder keinen raschen Zugang verschaffen können und der Abtransport nicht schonend erfolgen könnte, wie beispielsweise im Gebirge und auf anderem unwegsamem Gelände,
- auf überlasteten und verstopften Straßen
- bei gewissen Primäreinsätzen, bei denen ein schneller Transport in eine Spezialklinik entscheidend sein kann (Herzinfarkt, Verbrennungen usw.)

- für den schonenden Sekundärtransport (Wirbelsäulenverletzungen, Verbrennungen)
- für den schnellen Transport von Blutkonserven, Medikamenten, Organtransplantaten, medizinischem Spezialgerät und evtl. auch ärztlichen Spezialisten.

2.4 Um die Effektivität des Luftrettungsdienstes den Erfordernissen anzupassen, erscheint es, von Ausnahmen abgesehen, unabdingbar notwendig, einen Notfallarzt, oder besser einen Notfallarzt und einen Rettungssanitäter, bei jedem Einsatz mitfliegen zu lassen.

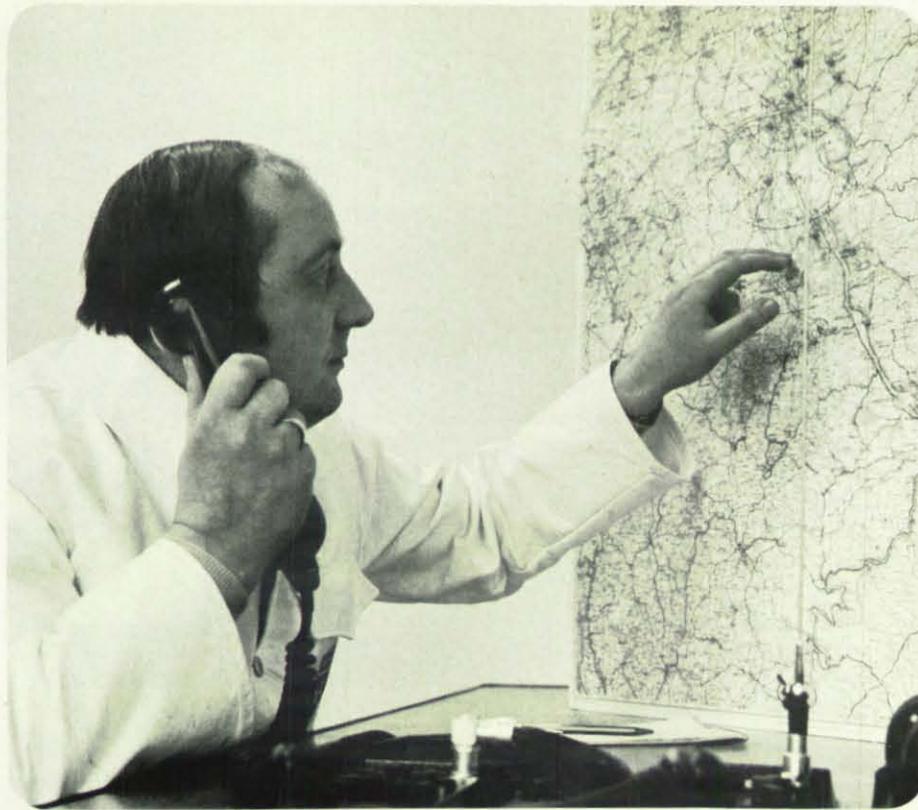
2.5 Bei allen Schwerpunktkrankenhäusern, aber auch bei kleinen Kliniken sollten Landemöglichkeiten geschaffen werden, die der Notfallaufnahme möglichst nahe liegen, um Umlagerungen oder den Einsatz weiterer Transportmittel zu vermeiden.

2.6 Um den Zeitintervall zwischen Alarmierung und Abflug zum Patienten möglichst kurz zu halten, ist die Stationierung des Hubschraubers in Krankenhausnähe besonders zweckmäßig.

- 2.7 Der Luftrettungsdienst ist keine eigenständige Einrichtung, sondern Bestandteil des gesamten Rettungsdienstes. Erforderlich sind
- Abmachungen über die Zusammenarbeit, ggf. Unterstellung aller an



Mit dem Rettungswagen wird ein Verletzter in das nächste Krankenhaus gebracht.



Die Leitzentralen der Hilfsorganisationen sorgen für schnellen Einsatz zur Unfallrettung.

einem bestimmten regionalen Rettungssystem angeschlossenen Institutionen und Einsatzmittel, wie Rettungswachen, Sanitäts-, Boden- und Lufttransportdienste, Krankenhäuser und Kliniken, Feuerwehr, technische Dienste, Polizei usw., und allgemein gültige standardisierte Regelungen über den Ablauf der Rettungseinsätze

- ein gut funktionierendes Meldesystem (einheitliche Notrufnummern und ausreichende Notrufmöglichkeiten), Telefon- und Funkverbindungen der Leitstellen mit allem am Rettungssystem angeschlossenen Institutionen und Einsatzmitteln, wie auch mit den benachbarten Rettungsleitstellen.

2.8 Der Einsatzbereich von Rettungsleitstellen darf nicht auf regionale, enge Bereiche beschränkt bleiben, sondern sollte großräumige Verkehrszusammenhänge berücksichtigen und ggf., wenn es die topographischen Verhältnisse verlangen, mehrere Funkverkehrskreise/Relais betreiben, um auch die durch Luftrettung gegebenen Möglichkeiten des größeren Einsatzradius zu nutzen. Länder oder nationale Grenzen dürfen kein Hindernis sein.

2.9 Der Hubschrauber muß besondere Voraussetzungen für den Rettungseinsatz erfüllen, so etwa:

- zwei Turbinenriebwerke

- Allwettertauglichkeit
- Fähigkeit zur Schräglandung
- kurze Startzeit
- hochliegende Haupt- und Heckrotoren
- kleiner Radius der Rotorblätter
- ausreichende Fluggeschwindigkeit
- geringe Lärm- und Vibrationsentwicklung.

2. 10 Die wesentlichen Forderungen aus medizinischer Sicht:

- der Hubschrauber muß räumlich, ausrüstungsmäßig so ausgestattet sein, daß darin mindestens ein Notfallpatient ausreichend erstversorgt mit einem Rettungssanitäter und einem Arzt transportiert und unterwegs die lebensrettenden Sofortmaßnahmen vorgenommen bzw. vor dem Abflug begonnene medizinische Maßnahmen einwandfrei weitergeführt werden können
- im Transportraum müssen zwei Sitzgelegenheiten mit Sicherheitsgurten für Arzt und Helfer, davon eine am Kopfende des Patienten, vorhanden sein
- die Trage muß mit dem Patienten leicht in den Transportraum eingebracht werden können
- zwischen dem Piloten und Rettungssanitäter muß ununterbrochene Verständigung über eine Gegensprechanlage sichergestellt sein

- der Arbeitsraum muß schnell auf mindestens 18 Grad Celsius erwärmt werden können. Die Aufheizzeit darf nicht länger als etwa 10 Minuten betragen
- alle Innenflächen einschließlich aller Einbauten und der gleit-sichere Bodenbelag müssen für eine Reinigung leicht zugänglich, abwaschbar und für Desinfektion geeignet sein
- die Ausrüstung muß im Hubschrauber so untergebracht sein, daß alle Bestandteile vor und während des Fluges leicht herausgenommen werden können
- die Trageeinrichtung muß so beschaffen sein, daß die z. Z. verwendeten unterschiedlichen Tragen unter Verwendung einer Vakuummatratze unbehindert eingeschoben und fixiert werden können
- die Trageeinrichtung muß Oberkörper-tief-lagerungen (vom Kopfende leicht verstellbar) mit Neigungswinkel zwischen 5 Grad und 15 Grad ermöglichen.

IV.

Hoffnungen für die Praxis

Es bleibt zu hoffen, daß die auf dem Symposium erarbeitete Empfehlung in der Praxis ihren Niederschlag findet. In der Tat beschäftigt sich der Bund/Länder-Ausschuß Rettungswesen mit den Anforderungen an einen Hubschrauber-Rettungsdienst. Er hat Anforderungen erarbeitet, die in Rechtsnormen festgelegt und in der Verwaltungspraxis angewandt werden sollen, um im Rettungsdienst mit Luftfahrzeugen einen bestimmten Standard zu sichern und Fehlentscheidungen von vornherein auszuschließen. Die Anforderungen sollten bei allen Überlegungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit einem Hubschrauber-Rettungsdienst als Maßstab dienen. Sie sollten insbesondere Bund und Ländern Anhaltspunkte liefern, ob bestimmte Vorhaben in der Luftrettung nach ihrer Konzeption förderungswürdig sind oder nicht. Schließlich können sie den Hilfsorganisationen als Anhalt für ihre sanitätsdienstliche Mitwirkung beim Hubschrauber-Rettungsdienst und der Öffentlichkeit als Unterrichtung darüber dienen, wie eine effektive Luftrettung aussehen sollte. Bei solchem Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis ist ein merklicher Fortschritt bei der Luftrettung zum Wohle der Notfallpatienten zu erwarten. Grundsätzliche Einwendungen oder negativ verlaufenden Zweckmäßigkeits-erwägungen ist die Grundlage entzogen worden.

Ulrich Weidner

Die Schweiz und ihre neue Konzeption

Der Zivilschutz geht aufs Land

Unkompliziert, flexibel und wirkungsvoll ist die Devise



Die Schweizer wissen, was sie in bezug auf den Zivilschutz wollen. Zu dieser Überzeugung muß jeder fachkundige Besucher aus dem Ausland kommen, zumal er in der Schweiz — wie wohl sonst nicht noch einmal auf der Welt — die Möglichkeit der totalen Information hat. Die führenden Köpfe des eidgenössischen Zivilschutzes betonen mit einer gewissen, absolut berechtigten Souveränität, daß „jeder ruhig wissen und sehen soll, welche Schutzmaßnahmen wir getroffen haben“. Diese Offenheit ist Teil ihrer Strategie, auch einem möglichen Gegner vor Augen zu führen: Dieses Land ist entschlossen, seine Freiheit und Unabhängigkeit konsequent zu verteidigen.

Schutzbaupflicht ausgedehnt

Die oft zitierte Zivilschutz-Konzeption aus dem Jahre 1971 ist das beste Beispiel für einen umfassenden, durchgeplanten und mit Nachdruck zu verwirklichen Schutz der Zivilbevölkerung, dessen heutigen Stand bereits die

Mehrzahl der europäischen Nachbarn als führend anerkennen müssen. Kernforderung dieses Konzeptes: Jedem Schweizer seinen Schutzraumplatz! Bis zum Jahre 1990 soll dieses Ziel erreicht sein; Pflicht zum Bau von Schutzräumen besteht erst in 900 von 3000 Gemeinden der Schweiz, jedoch leben in diesen Gemeinden 85 Prozent aller Bürger. Die verbleibenden 2100 Gemeinden — sämtlich unter 1000 Einwohnern — werden künftig in die Schutzbaupflicht einbezogen. Hohe Zuschüsse des Bundes und der Kantone sichern die Durchführung dieses Programms. Nachdem in den Städten und Ballungsgebieten die Vorsorge für die Zivilbevölkerung weitgehend ausgebaut und vorhanden ist, geht der Schweizer Zivilschutz nunmehr aufs Land. „Es ist höchste Zeit, daß sich auch die Schweizer Landwirtschaft mit den Problemen von Schutz und Abwehr befaßt und unseren Bauern der Zivilschutz so nahe liegt wie der Milchpreis“, lautet der Kommentar der Zeitschrift „Schweizer Bauer“.



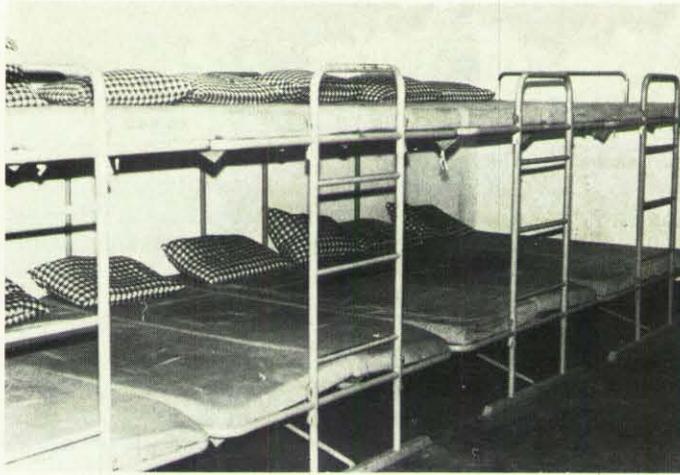
Unterirdische Eingänge mit Anfahrtsrampen zur verbunkerten Sanitätshilfsstelle einer Gemeinde, wie sie überall in der Schweiz vorhanden ist.



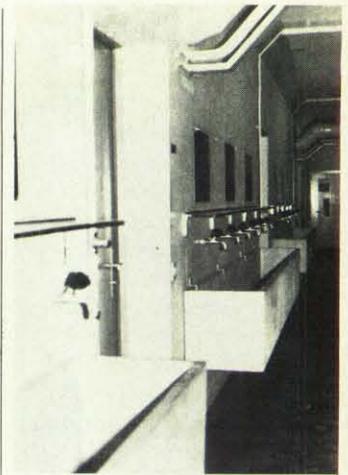
58 Patienten finden in dieser Sanitätshilfsstelle ausreichend Platz.



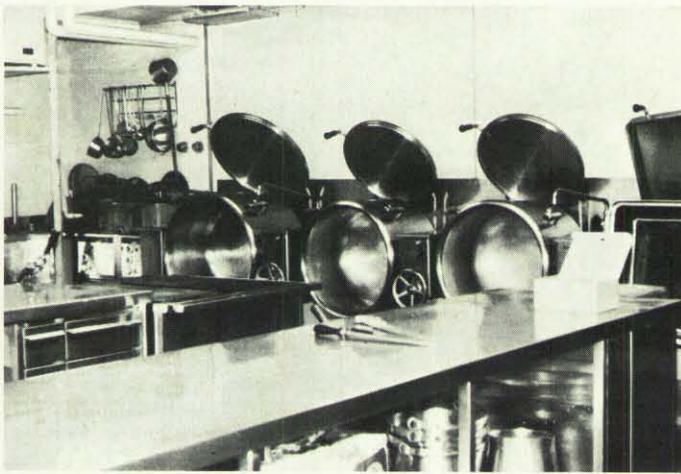
Blick in den schon mehr als behelfsmäßigen Operationsraum der Hilfsstelle.



Die angeschlossene „Obdachlosensammelstelle“ gehört zum Schutzraumkomplex der 8.000 Einwohner großen Gemeinde Lyss in der Nähe von Solothurn.

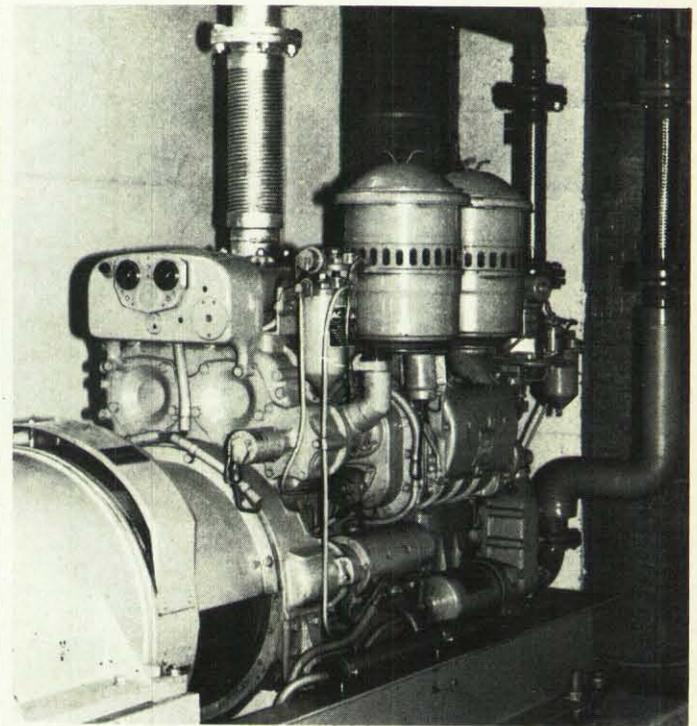


Washgelegenheiten in der Obdachlosensammelstelle für 120 Personen.



In der Küche des kombinierten Schutzraumes der 8000-Einwohner-Gemeinde können notfalls 500 Essen zubereitet werden.

Das Notstromaggregat — Herzstück jeder Schutzraum-anlage.



Aufklärung auf dem Land

Solange auf dem flachen Land das beispielhafte Konzept der Schweizer Städte nicht in ähnlicher Form realisiert ist, soll jedoch keine Lücke in den Anstrengungen für den persönlichen Schutz vor kriegerischen Ereignissen entstehen. Vorsorglich beginnen das Bundesamt für Zivilschutz und der Schweizerische Bund für Zivilschutz eine Aufklärungs- und Informationsaktion. Einfache Schutzmaßnahmen,

flexibles Reagieren, geringer Aufwand, aber dennoch wirkungsvoller Schutz heißt die Devise der Aktion, als deren sichtbares Zeichen eine Broschüre mit dem Titel „Der Schutz vor radioaktivem Ausfall in der Landwirtschaft“ breit gestreut wird. Wesen und Wirkung der Kernwaffen unter besonderer Berücksichtigung des radioaktiven Ausfalls, Richtlinien für Schutzbauten, behelfsmäßige Schutzräume, Ratschläge für Schutz und

Vorsorge für die Tiere, ihr Futter und die landwirtschaftlichen Produkte werden ausführlich behandelt. Diese Ratschläge demonstrativ darzustellen, diente eine Informations- tagung in Derendingen bei Solothurn, zu der auch österreichische, Liechtensteiner und deutsche Zivilschutzexperten eingeladen worden waren. Im folgenden Bericht soll über den schweizerischen Zivilschutz schlaglichtartig berichtet werden, nicht zuletzt über die Vor-

stellungen über den Selbstschutz in der Landwirtschaft.

Grundlagen des Zivilschutzes

Die Verteidigung der Schweiz ruht auf drei Säulen:

- Armee
- Kriegswirtschaft
- Zivilschutz

Im Bereich des Zivilschutzes geht man davon

aus, daß 1. Unabhängigkeit vom Kriegsbild, 2. Geringe Warnzeiten eingeplant werden müssen. Das bedingt die Annahme, überall — nicht nur in den industriellen Ballungsgebieten — ist der Bürger gefährdet und deshalb aufgefordert, die Schutzräume frühzeitig zu beziehen. Der jährliche finanzielle Aufwand für den Zivilschutz wird mit 300 - 400 Mill. Franken angegeben: Jeder Schweizer soll „einen Tag für den Zivilschutz arbeiten“. Interessanterweise bedient sich die Schweiz bei der Darstellung der Wirksamkeit und des Zwecks des Zivilschutzes der Beispiele aus dem letzten Weltkrieg. In einer

neuen Tonbildschau des Zivilschutzbundes werden die Opfer unter der Zivilbevölkerung deutscher Großstädte (ohne und mit ausreichendem Schutz vor Luftangriffen) zahlenmäßig angegeben: Dresden, Pforzheim (22 Prozent Verluste) und Stuttgart (0,8 Prozent Verluste). Erwähnenswert vor allem deshalb, weil in der Bundesrepublik umgekehrt oftmals die Schweiz als neutraler Staat mit seinen Bemühungen um den Zivilschutz als Musterfall zitiert wird.

Die Luftschutztruppen

Zwei Besonderheiten sollen vor der Detailschilderung

bemerkt werden:

1. In der Kriegsfeuerwehr sind Brandschutz, Bergungs- und Sanitätsdienst kombiniert.
2. Mit den Luftschutztruppen in Stärke von 30 000 Mann (bewaffnete Truppen mit Kombattantenstatus) stehen den Städten und Gemeinden im Verteidigungsfall fest zugeteilte Hilfstruppen zur Verfügung, die — im Frieden über die Wehrpflicht aufgestellt — in Kasernen untergebracht, als „Feuerwehr- und Rettungssoldaten“, aber auch mit Gewehr gegen Plünderer eingesetzt werden sollen. Diese Luftschutztruppe ist die „Hilfe der Armee für den Schutz

der Zivilbevölkerung“.

„Der Zivilschutz ist kein Mädchen für alles und kein allzeit bereites Mehrzweckstehaufmännchen, das man in sogenannten Friedenszeiten in die Ecke stellt und in Krisen- und Kriegslagen wieder hervorholt, das aus dem Nichts Freude vollbringt und Absolutes schafft, das Tag und Nacht Freude bereitet, Parkinson als Ansporn benutzt und erst noch nichts kostet...“ meint Direktor Walter König, Chef des Bundesamtes für Zivilschutz. Vielleicht ist diese Deutlichkeit Ursache dafür, daß der Zivilschutz in der Schweiz finanziell und nicht zuletzt ideell so gut gestellt ist. An vier Beispielen konnten sich die ausländischen Gäste davon überzeugen. Daß dabei keine Vorführung der „Sonnenseite“ beabsichtigt war, untermauerte der Geschäftsführer des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz, Herbert Alboth, mit der Anforderung „Was Sie in den einzelnen Gemeinden sehen, könnten Sie überall in der Schweiz besichtigen, es ist überall vorhanden. Nennen Sie mir irgendeinen Ort, dann fahren wir hin und Sie werden sich überzeugen können.“

Schulgebäude, Geräteschuppen und Teil der Übungsanlagen des regionalen ZS-Ausbildungszentrums Aarwangen.



Trümmerstraßen ermöglichen realistische Übungen der Lehrgangsteilnehmer.

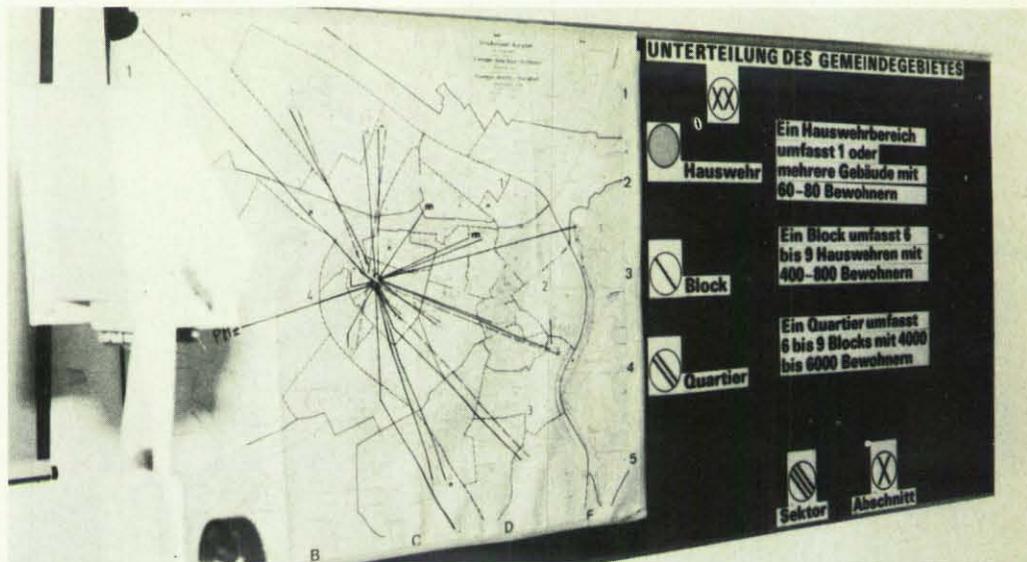


Die Sanitätshilfsstelle

Lyss, 8000-Einwohner-Gemeinde in der Nähe von Solothurn. Unter der Berufsschule eine „Sanitätshilfsstelle“, kein Nothospital, nur Übergangstation für Verletzte zu den Krankenhäusern. Gebaut als Schutzraum (für Experten: 3 atü), Betten für 58 Patienten. Angeschlossen eine „Obdachlosensammelstelle“ für 120 Personen. Die Küche unter den Dezimeter dicken Betondecken ist vorsorglich ausgelegt für 500 Personen. Solche Bauten findet man überall, technisch perfekt, tadellos gewartet, hoffentlich nie genutzt.

Das Regionale Ausbildungszentrum

Ähnliche Perfektion erwartet die Besucher in Aarwangen, hier ist vor einem Jahr ein regionales Ausbildungszentrum für den Zivilschutz entstanden. 55 Gemeinden (insgesamt 80 000 Einwohner) entsenden ihr Personal zur Aus- und Fortbildung in allen Bereichen des Zivilschutzes. Hier ist alles vorhanden: Übungsgelände, Lehrsäle, Schadensmodelle, Muster-schutzraum. Finanziert wurde die Anlage zu 60 Prozent vom Bund und je zu 20 Prozent vom Kanton und den Gemeinden. Einschließlich der kantonalen Ausbildungszentren für den Zivilschutz werden 70 solcher Anlagen bis 1980 entstanden sein, 39 wurden davon fertiggestellt, der Rest ist in der Planung oder bereits im Bau. Kostensparende Ausführung wird garantiert durch Typisierung und Normung — alle Zentren nach einem bewährten Modell.



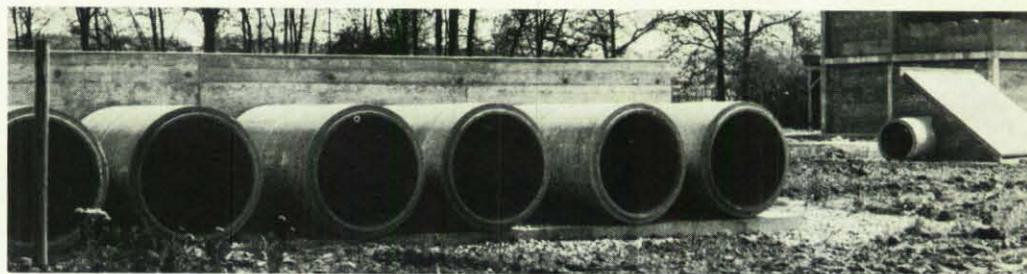
Unterrichtstafel im kantonalen ZS-Ausbildungszentrum des Kantons Bern.



Auch für Lehrgänge auf Kantonsebene bieten Trümmerstrecken wichtige Übungsmöglichkeiten.

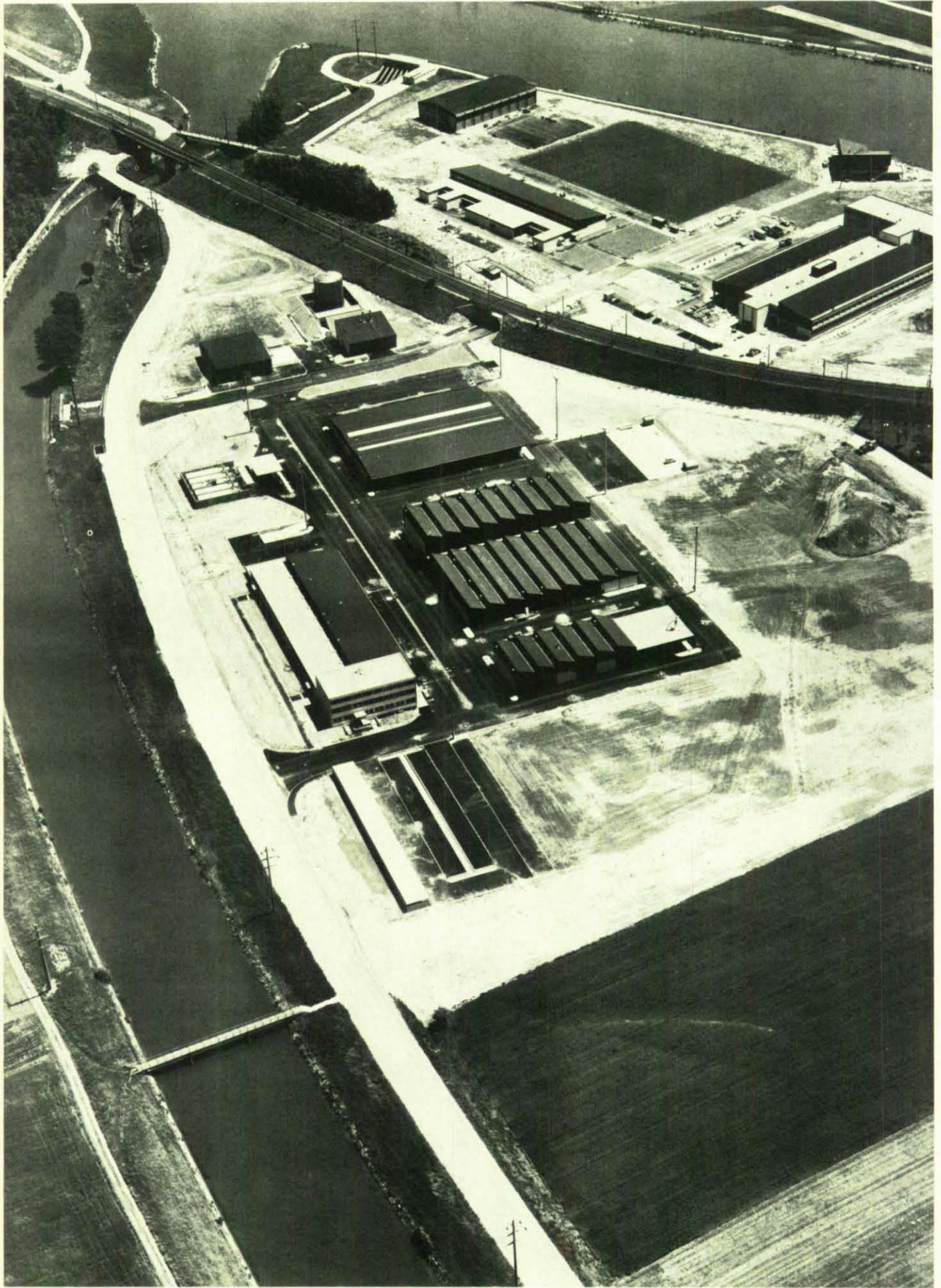
Mit Kinderhort

Unterkunft für 73 Lehrgangsteilnehmer bietet das Ausbildungszentrum des Kantons Bern in Lyss-Kappeln. Jeder Kanton ist verpflichtet, ein solches Zentrum zu bauen, das Berner wurde im August 1972 eröffnet. Moderne Zwei- und Vier-Bett-Zimmer, Übungsgelände, viele Geräte und komplette Ausrüstungen sind auch hier zu finden. Liebenswertes Detail: Im Raum für den Unterricht an den Schadensmodellen wird im Bedarfsfall für weibliche Kursteilnehmer ein Kinderhort eingerichtet — ein nachahmenswertes Beispiel. Sonst nehmen die Berner den Zivilschutz demokratisch ernst; als der Kanton einen Kredit zur Finanzierung des Projekts aufnehmen wollte und mußte, fand darüber



Mauerdurchbrüche unter erschwerten Bedingungen: die bekannten Röhrenzugänge.

Aufwendige Schadensmodelle für anschaulichen Unterricht.



Der moderne Waffenplatz Wangen der Luftschutztruppen aus der Vogelperspektive.



Das Ausrüstungslager des kantonalen ZS-Zentrums: Helme und Bekleidung in Reih und Glied.



Vier Kompanien zu je 120 Mann sind in dem langgestreckten Trakt des Waffenplatzes untergebracht.



Schadensmodelle im Maßstab 1:1 bilden den Hintergrund für die „Rekrutenschule“ der Luftschutztruppen.



Bauerngehöft bei Solothurn — an diesem Beispiel wurde der Zivilschutz auf dem Lande demonstriert.

eine Volksabstimmung statt — die natürlich positiv ausging.

Schadensmodelle

Einhundertundvier Hektar mißt der Waffenplatz Wangen der Schweizer Luftschutztruppen. Erst vor wenigen Wochen, im April 1973 eingeweiht, erinnert diese Anlage nur wenig an eine Kaserne des gewohnten Stils. Vier Kompanien zu je 120 Mann, dazu 100 Unteroffiziere der bereits zuvor charakterisierten „Feuerwehr- und Rettungssoldaten“ mit Gewehr, wohnen in einem Komplex, der an Unterhaltungs- und Sportmöglichkeiten — aber auch an Übungsanlagen — nichts zu wünschen übrig-

läßt. In der „Rekrutenschule“, wie die Eidgenossen den Grundwehrdienst bei den „gezogenen“ Luftschutztruppen nennen, steht allein der Sanitätsdienst mit über 40 Stunden auf dem Übungsplan. Bemerkenswert erscheint vor allem die mit großem Aufwand errichtete Übungsanlage, die 3,5 Kilometer lang ist und der Übung von Ortskampf wie Rettung und Bergung dient. Etwa 75 Schadensmodelle im Maßstab 1 : 1 sind im Endausbau geplant, rund die Hälfte steht bereits. Alle Arten von Gebäudebeschädigungen und Trümmerstrecken erlauben realistische Ausbildung — wobei erstaunt, wie die Trümmer mit Scharnieren und

Befestigungen sowie Fluchtwegen mustergültig gegen Unfälle gesichert sind.

Hilfe für die Heimat

Rettungsübungen und Handgranatenwerfen — die Schweizer sehen in dieser Kombination keinen Widerspruch. Die Feldarmee als Schwert, die Luftschutztruppen als Schild der Landesverteidigung, so bezeichnet das Schweizer „Soldatenbuch“ diese Einheiten: „Bomben eröffnen den Krieg. Es ist die Tragik des Wehrmannes, diese Geschosse hinter sich in den Siedlungen seiner Angehörigen einschlagen zu hören und über ihren Wohn- oder Arbeitsstätten ein Feuermeer sich entwickeln

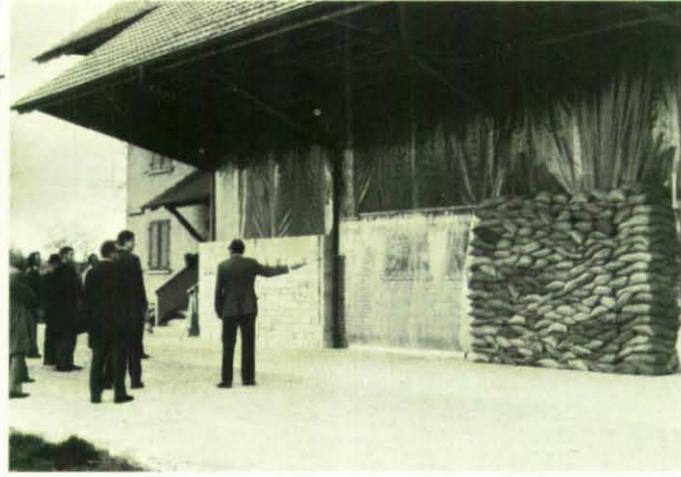
zu sehen. Der Soldat darf aber die Gewißheit und das Vertrauen haben, daß sich seine Kameraden der Luftschutztruppen mit allen Kräften zu den in Not geratenen Menschen durchschlagen und ihnen Hilfe bringen.“ Beeindruckend in Wangen ist wieder die Tatsache, wie offen man über die Dinge spricht; jeder Besucher erhält eine gedruckte Beschreibung mit allen Details wie Fotos, Grundrisse, Zahlen . . .

Mit einfachen Mitteln

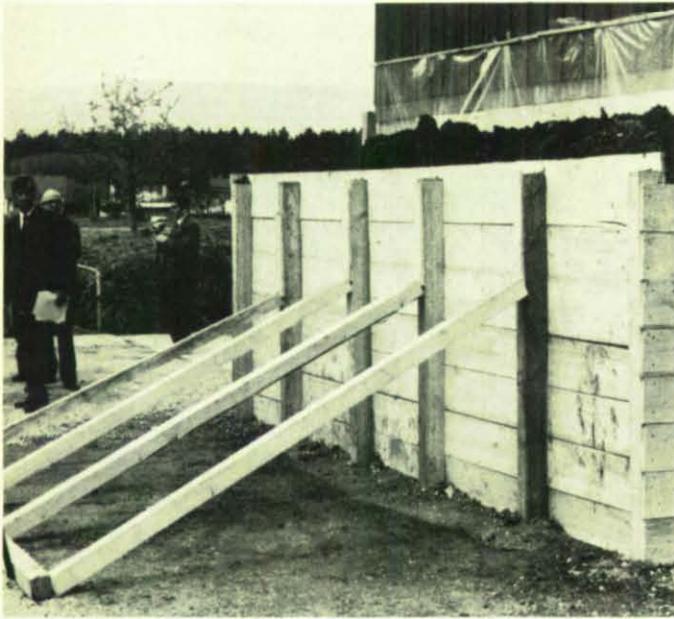
Zum Schluß ein Blick auf die soeben in der Schweiz angelaufene Aufklärungsaktion „Zivilschutz in der Landwirtschaft“. Zunächst demonstrierte der



Alle Öffnungen des Hofes sind behelfsmäßig abgeschirmt.



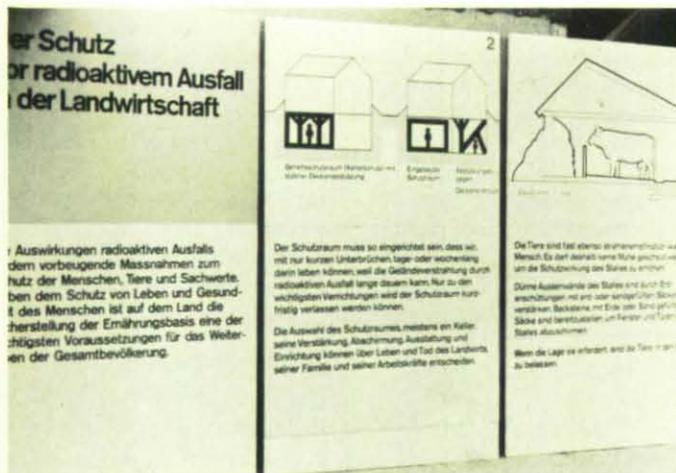
Plastikfolien sollen das Eindringen des radioaktiven Staubes verhindern. Sandsäcke und Steine reduzieren die Strahlenintensität.



Arbeitsaufwendig, aber höchst wirkungsvoll: Strahlenabschirmung durch Erdanschüttung.



Der Behelfsschutzraum. Lebensmittelvorräte, Wasser und Notbeleuchtung gehören zur Einrichtung ebenso wie das Transistorradio.



Aufklärung der ländlichen Bevölkerung über radioaktiven Ausfall anhand einer speziellen Broschüre.



Begegnung am Rande: Direktor König, Chef des Schweizer Bundesamtes für Zivilschutz (rechts), Direktor Hans vom Oesterreichischen Zivilschutzverband (Mitte) und Referent Häusler, Bundesverband für den Selbstschutz.

Schweizerische Bund für Zivilschutz vor einem großen Kreis von Experten, mit welchen einfachen Mitteln der Selbstschutz auf dem Land betrieben werden kann (siehe hierzu die betreffenden Bilder). Der Mensch bezieht im Verteidigungsfall (in dem mit dem Einsatz atomarer Waffen gerechnet wird) den Behelfsschutzraum, der rechtzeitig hergerichtet werden muß. Abstützung der Decke, Ausstattung der Liegen, Wasser- und Lebensmittelvorrat, Notbeleuchtung, Waschgelegenheit usw. werden empfohlen, ebenso Strahlenabschirmung durch Erdanschüttung, Sandsäcke oder Steine an den Außenwänden. Gegen radioaktiven Ausfall — Hauptaufklärungsziel der Aktion — sollen Abdeckungen aller wesentlichen Einrichtungen durch Planen oder Plastikfolien schützen. Das gleiche gilt für das Abdecken der Öffnungen in Haus und Stall, damit das Eindringen des Staubes verhindert wird. Einfache Zu- und Abluftanlagen für Schutzraum und Stall ergänzen das Programm, das nur in groben Zügen erwähnt werden soll.

Schweizer Realität

Einerseits also verstärkter baulicher Schutz in den größeren Orten, andererseits Empfehlungen nach „Do-it-yourself“-Manier auf dem Lande — eine verblüffende Feststellung, wenn man etwa die Bestrebungen auf diesem Gebiete in der Bundesrepublik über die Jahre hindurch verfolgt hat. Daß neben Perfektionismus auch Improvisation erwünscht ist, hier in der Schweiz ist es Realität. Als Gast aus dem nördlichen Nachbarland wird man überzeugt, daß dies eine Konzeption ist, die sich bestens ergänzt. Die Schweiz weiß, was sie im Zivilschutz will — und das, obwohl sie seit Jahrhunderten im Frieden lebt.

Helmut Freutel/Fotos: Günter Sers

Aufstecken, ansaugen, spritzen

Die Zapfwellenpumpe dient dem Landwirt zum täglichen Gebrauch und zur Brandbekämpfung

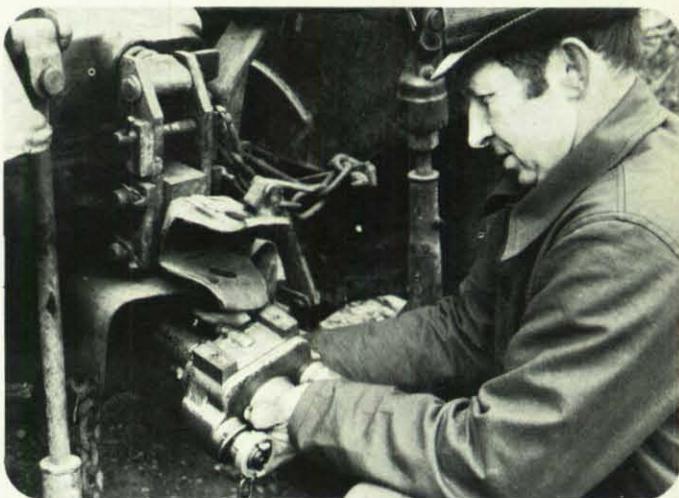
So wie für jeden Fabrikbetrieb eine ausreichende Löschwasserversorgung äußerst wichtig ist, muß auch in landwirtschaftlichen Betrieben neben dem normalen Wasserbedarf für Betriebszwecke eine Versorgung mit Löschwasser sichergestellt werden. Liegen Fabrikbetriebe zumeist in erschlossenen Gebieten mit Anschluß der Rohrleitungen an das öffentliche Wasserversorgungsnetz, so konzentrieren sich bei den gewöhnlich weiträumigen und auf breiter Fläche verteilten landwirtschaftlichen Anlagen diese Anschlüsse nur auf die Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Findet man auf dem Gelände von Fabrikbetrieben in regelmäßigen Abständen Unterflur- oder Überflurhydranten als ideale Löschwasserspender aus dem Rohrnetz, so liegen manche brandgefährdeten Einrichtungen landwirtschaftlicher Betriebe fernab von einer Löschwasserversorgung. Dagegen sind gerade landwirtschaftliche Betriebe in starkem Maße Benutzer und Nutznießer der sogenannten unabhängigen Löschwasserversorgung, wozu Fluß- und Bachläufe, Kanäle, Seen, Teiche und Brunnen wie auch unterirdische Löschwasserbehälter (Zisternen) zählen. Das Vorhandensein offener Gewässer ist jedoch noch keine Garantie für ausreichendes Löschwasser. Ohne Anfahrtsstellen für Feuerwehrfahrzeuge, ohne entsprechend niedrig

gehaltene Zapfstellen für die Feuerlöschkreislumpen ist eine Wasserentnahme oft mit großen Schwierigkeiten verbunden, wenn nicht gar unmöglich.

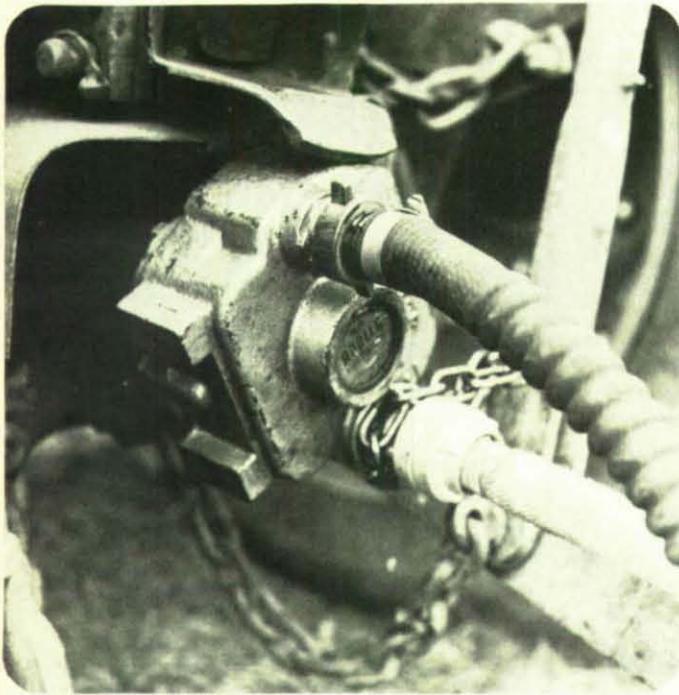
Die unabhängige Löschwasserversorgung ist in vielen ländlichen Gebieten fester Bestandteil der Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes, wenn auch nicht verhehlt werden kann, daß oft die Unterhaltung früher benutzter Brunnen und Zisternen sehr zu wünschen übrig läßt. In vielen Gegenden muß Löschwasser mühsam über weite Strecken gefördert werden. Dabei machen sich manche Gemeinden die in ihren Bereichen üblichen Beregnungsanlagen zunutze oder haben andere Möglichkeiten gefunden, Löschwasser in Behältern über längere Strecken zu transportieren. Dabei spielt immer die Geräteausrüstung eine entscheidende Rolle. Motorspritzen gibt es bekanntlich in allen Größen mit unterschiedlichen Kapazitäten. Unter all diesen Pumpen spielt ein kleines Gerät eine große Rolle, weil seine Verwendung nicht einseitig auf die Brandbekämpfung zugeschnitten ist, sondern weil es fast täglich zum Füllen und Entleeren von Behältern, zum Beregnen, Besprühen, Düngen, Kalken oder zur Schädlingsbekämpfung benutzt werden kann. Dieses Gerät, die Zapfwellenpumpe, soll heute Gegenstand einer näheren Betrachtung sein.



Mit diesen wenigen Geräten — es ist allerdings die Mindestausstattung — wäre ein Landwirt in der Lage, einen Entstehungsbrand zu löschen oder die Zeit bis zum Eintreffen der Feuerwehr durch hinhaltende Brandbekämpfung sinnvoll und wirksam zu überbrücken. Voraussetzung ist natürlich, er verfügt über einen Traktor mit eingebauter Zapfwelle, an die er die Zapfwellenpumpe (im Bilde oben rechts) anschließen kann.



Die Pumpe, von denen es verschiedene technische Ausführungen gibt, z. B. selbstschmierende Zahnradpumpen, Schieberpumpen, Drehkolben-Segment-Zylindersysteme oder normalsaugende Kreiselpumpen, wird ganz einfach auf die Zapfwelle des Traktors aufgesteckt, daß der Federkeil in die Nut der Welle einrastet. Damit sich die Pumpe nicht mit der Zapfwelle dreht, wird sie mit der Ankerkette am Traktorgestänge befestigt.



Eine fertig montierte Zapfwellenpumpe mit DIN-Kupplungen und je einem angeschlossenen Saug- und Druckschlauch. Der Traktormotor treibt über die Zapfwelle die Pumpe an. Da ein längeres Trockenlaufen die Lebensdauer der Pumpe verkürzt, legt man zweckmäßigerweise den angeschlossenen Saugschlauch vorher in die Förderflüssigkeit. Bei einwandfreier Saugabdichtung saugt die Pumpe bis zu einer bestimmten Saughöhe auch ohne Vorfüllen an.



Je niedriger die Saughöhe ist, desto niedriger kann auch die Umdrehungszahl der Zapfwelle sein. Bei einer guten Saugleitung, die nicht länger als vier Meter ist, und bei reinem, kaltem Wasser liegt die Wellendrehzahl bei einer Saughöhe von 1,5 Metern bei etwa 300 Umdrehungen in der Minute. Bei 3,5 Metern Saughöhe liegt sie bei etwa 700 Umdrehungen in der Minute. Der Drahtgeflechtschutzkorb verhindert, daß größere Schmutzstücke in die Leitung geraten.



Über den Druckschlauch wird hier ein Behälter mit Wasser aus dem Bach gefüllt. Der Saugvorgang wird beschleunigt, wenn vor dem ersten Ansaugen Wasser in die Pumpe gegeben wird. Die Leistungen der Zapfwellenpumpe sind recht unterschiedlich. Der hier gezeigte Typ schafft immerhin 6000 Liter Wasser in einer Stunde. Die Pumpe kann auch für andere Flüssigkeiten wie Heizöl, verdünnte Melasse, Kalkbrühen, Spritzmittel usw. eingesetzt werden.

Bei Flüssigkeiten mit größerer Viskosität verringert sich die Saugleistung. Da empfiehlt es sich, die Pumpe bei über 1,5 Metern Saughöhe so zu installieren, daß durch fallende Zuleitung oder Fußventil die Pumpe selbst immer unter Flüssigkeit steht. Ein gefüllter Wassertank, beim Dreschen vorsorglich bereitgestellt, hat schon oft geholfen, einen Entstehungsbrand infolge Funkenflugs aus einem Verbrennungsmotor erfolgreich zu bekämpfen.



Mit dem Wasserbehälter kann man an jede Stelle fahren, wo die eingefüllte Flüssigkeit gebraucht wird. Hier wird der Saugschlauch in den Behälter gelegt und mit Hilfe der Zapfwellenpumpe die Flüssigkeit herausgepumpt. Viele Landwirte benutzen die Geräte schon, um den Vorschriften des vorbeugenden Brandschutzes zu genügen, d. h. um Feuerlöschteiche oder Zisternen aufzufüllen oder um kleinere stationäre Löschwasserbehälter stets einsatzbereit zu haben.



Bereit zur Brandbekämpfung. Als Löschgerät kann die Zapfwellenpumpe dem Landwirt wertvolle Dienste leisten. Denn noch immer ist das Brandrisiko auf ländlichen Anwesen sehr hoch, sei es durch die Selbstentzündung von Heu und anderen leicht brennbaren Ernteerzeugnissen, sei es durch Blitzschlag, Funkenflug, durch unsachgemäß angebrachte Infrarot-Strahler oder defekte Räucher-kammern und Backöfen. Selbsthilfe hat schon manchen Hof vor der Vernichtung bewahrt.

Wolfram Such, Dipl.-Ing.

Dynamischer Konsum auf dem Energiemarkt

Was wird zur Sicherstellung von Gasversorgung und -speicherung getan?

II. Teil

Verflüssigtes Erdgas (LNG)

Besondere Bedeutung gerade im Zusammenhang mit der Einfuhr von Gas aus entfernten Liefergebieten, wie z. B. aus Nordafrika, Alaska usw., wird künftig die Nutzung von verflüssigtem Erdgas erlangen. Es ist auch unter der Kurzbezeichnung LNG (aus den Anfangsbuchstaben der englischen Worte „liquefied natural gas“ = verflüssigtes Naturgas gebildet) bekannt. Kühlt man Erdgas auf eine Temperatur von etwa -162°C ab, so geht es vom gasförmigen in den flüssigen Zustand über. Der hierfür notwendige Aufwand bringt allerdings gewaltige Vorteile:

Verflüssigtes Gas nimmt nur etwa 1/590 des Raumes ein wie im gasförmigen Zustand. Diese Tatsache macht die Verschiffung von verflüssigtem Erdgas über große Entfernungen, z. B. von Algerien durch das Mittelmeer, wirtschaftlich. Heute verkehrt bereits eine ganze Flotte von Spezialschiffen, ausgestattet mit Tiefkühl tanks aus bestimmten Metalllegierungen (Nickel-Stahl) zwischen Algerien und den Häfen Canvey Island an der britischen Küste bzw. Le Havre in Frankreich. Andere Tankschiffe mit LNG-Fracht pendeln z. B. zwischen Alaska und den Küsten Japans. Großschiffe mit bis zu $200\,000\text{ m}^3$ Flüssiggas-Tankraum sind bestellt. Die Verschiffung von verflüssigtem Erdgas wird auch erwogen aus Erdgas-

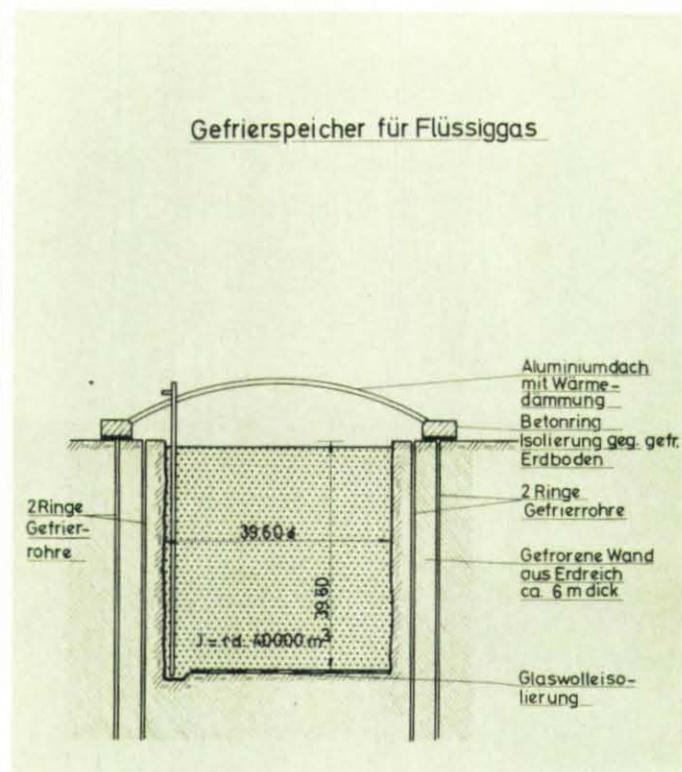


Abb. 8

lagern im Bereich des Festlandschelfes, d. h. also z. B. den Randgebieten der Nordsee.

Heute plant man bereits die Verschiffung von verflüssigtem Erdgas aus Algerien und anderen entfernten Gaslagerstätten, ja sogar aus der UdSSR, bis in die Vereinigten Staaten.

Sicherlich ist der Tag nicht mehr fern, an dem LNG-Tanker auch in deutschen Häfen ihre „kalte“ Ladung löschen.

Das verflüssigte Erdgas wird im Verbrauchsgebiet in Gefrierspeichern gelagert, die — wie Abbildung 8 zeigt — in künstlich gefrorenem Erdreich angelegt werden. Durch ringförmig um den Flüssiggastank angeordnete

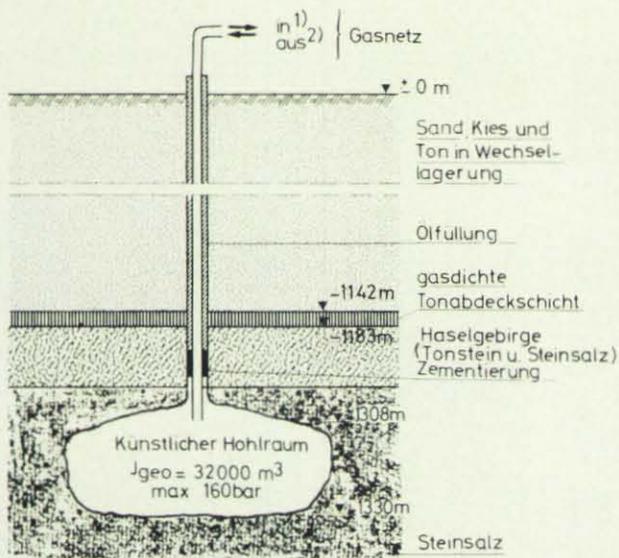
Gefrierrohre zirkuliert die Kühlflüssigkeit und hält die unmittelbare Umgebung des Speichers unter Dauerfrost. Aber auch über der Erde lassen sich LNG-Speicher anlegen. So haben die Technischen Werke Stuttgart im Herbst 1971 einen Flüssigerdgas-Speicher in Betrieb genommen, der aus einem betonummantelten und zusätzlich besonders stark isolierten Stahltank von 42,5 m Durchmesser und rd. 22,5 m Höhe besteht und in dem eine Gasmenge von 17 Mio m^3 gespeichert werden kann. Das verflüssigte Gas aus dem LNG-Speicher wird vor der Einspeisung in das Netz mittels Verdampfern in den natürlichen, d. h. den Gaszustand zurückgeführt.

Untergroundspeicher (UT-Speicher)

Um die aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. 12. 1935 und den abgeschlossenen Lieferungsverträgen von den Gasversorgungsgesellschaften übernommene Verpflichtung erfüllen zu können, die Energieversorgung jederzeit, gerade also auch den Spitzenbedarf, sicherzustellen, beschreiten die Unternehmen noch andere Wege der Gasspeicherung: So haben die Stadtwerke Kiel im Frühjahr 1972 den ersten unterirdischen Gashohlraum Speicher in der Bundesrepublik in Betrieb genommen.

Die Abbildung 9 vermittelt einen Schnitt durch diesen Speicher, der — abgesehen von der gespeicherten Energieart — einer Ölkaverne gleicht. Über diese moderne Speicherart für Mineralöl, die von den Mineralölgesellschaften und von der Bundesrepublik Deutschland gehörenden Unternehmen vornehmlich nahe der Nordseeküste angelegt wurden und werden, hat das ZS-Magazin in seiner ersten Nummer vom August 1971 ausführlich berichtet. Nicht weit entfernt von Kiel entstand in einer Tiefe von etwa 1300 m unter der Erdoberfläche in einem Salzstock eine rd. $32\,000\text{ m}^3$ große Kaverne (Hohlraum). Sie kann bei einem Druck von 160 bar (= 160 atü) rund 4 Millionen m^3 Gas aufnehmen. Dieser Hohlraum, der durch Aussolen

Kavernen-Gasspeicher



Erläuterung: 1) Nach Regung von max 160 bar auf 6–25 bar
Kühlung und Trocknung
2) Nach Verdichtung von 6 bar auf max 160 bar

Abb. 9

des unterirdischen Steinsalzlagers — Einspülen von salzfreiem und Herausfordern des abgelagerten Salzes aufgesalzene Wassers — entstanden ist, wird durch eine gasdichte Tonschicht abgedeckt.

Neben dem seitlich stehengebliebenen Steinsalz hindert diese das eingepreßte Gas am Entweichen. Ähnliche Möglichkeiten für die Gasspeicherung können bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auch unter der Erdoberfläche vorhandene natürliche Hohlräume, z. B. aufgegebene Bergwerke, Gruben oder Stollen bieten.

Zweifelloos die größten Gasmengen können in sog. Porenspeichern im Untergrund gespeichert werden. Hierfür kommen einmal erschöpfte, d. h. ausgebeutete Erdöl- und Erdgaslagerstätten in Frage, in deren ursprünglich von Erdöl oder Erdgas erfüllte Hohlräume nunmehr Speichergas eingepreßt wird. In der Bundesrepublik stehen z. T. aber lediglich im oberbayrischen und

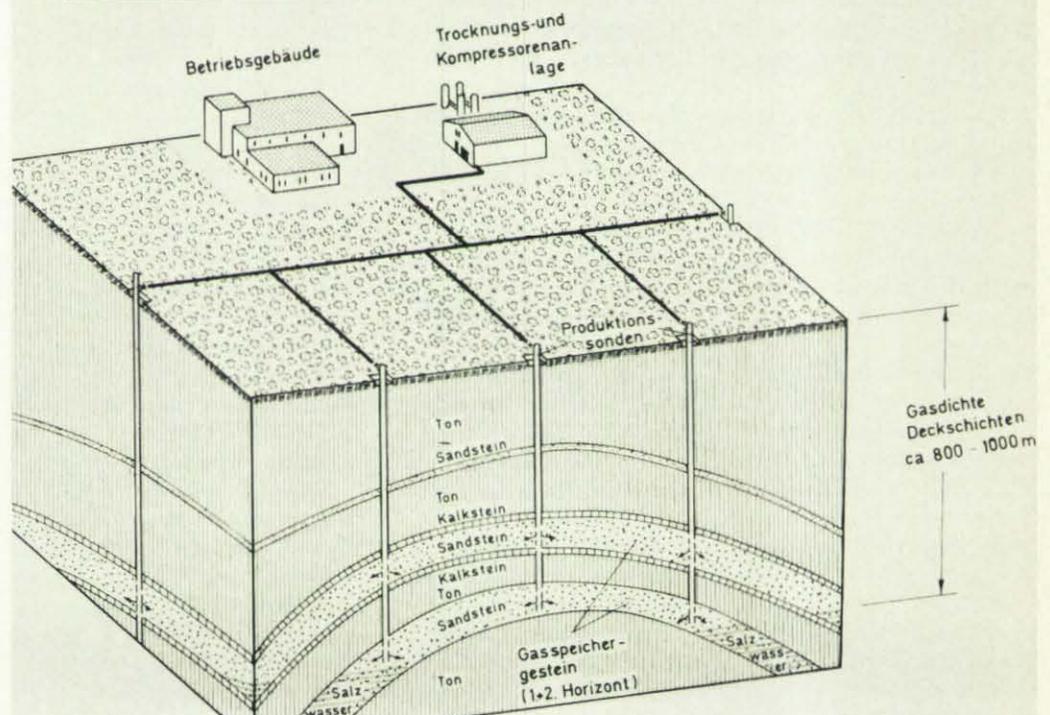
schwäbischen Raum ehemalige Erdgasgewinnungsstätten zur Verfügung, da die bedeutungsvollen Erdgaslagerstätten noch nicht ausgebeutet sind. Außerdem liegen Erdgaslagerstätten meistens abseits der

Ballungsgebiete von Bevölkerung und Industrie, also entfernt von Verbrauchsschwerpunkten. Gerade hier sowie im Bereich der Gassammel-schienen, den Ferngasleitungen, werden große Speicherräume benötigt. Darüber hinaus liegen die natürlichen Lagerstätten für Erdgas bei uns so tief, daß der zum Einpressen des zu speichernden Gases aufzuwendende Druck zu hoch wird. Unser Wissen von der Ablagerung und Bildung der Gesteine unserer Erde lehrt, daß es weit häufiger als natürliche Erdgaslagerstätten solche Gesteinsformationen in noch dazu solcher Tiefe gibt, die zwar kein Erdgas enthalten, jedoch zur Aufnahme von Gasen grundsätzlich geeignet sind. Ein ausreichender Hohlraumgehalt (Porenraum) im Speichergestein bildet die wichtigste Voraussetzung für die Nutzung als Untergrundspeicher. Dabei dürfen die Poren im Speichergestein nicht zu fein sein und müssen insbesondere untereinander in Verbindung stehen, damit

das Gas bei der Entnahme auch wieder entweichen kann. Hierzu sind besonders die sog. Sedimentgesteine (auch Schicht- oder Absetzgesteine genannt) geeignet. Sie sind im wesentlichen entstanden durch Ablagerung von Gesteinschutt und verwittertem Material in urzeitlichen Meeren, Seen oder großen Strömen und im Laufe des Werdens unserer Erde von den darüber abgelagerten Schichten mehr oder weniger verfestigt worden (abgelagerte Sande und Kiese sind unverfestigt, Sand- und Kalkgestein ist verfestigt). Anschließend darüber abgelagerte Tone bilden einen Schutz gegen ein mögliches Durchbrechen des Gases und sind eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit eines Speichers. Eine weitere wesentliche Bedingung, die bei einem Untergrundgasspeicher erfüllt sein muß, besteht im Vorhandensein bestimmter geologischer Strukturen. Hierunter versteht der Fachmann z. B. eine kuppel- oder schlüsselartige Aufwölbung der

Abb. 10

Blockbild eines Untergrundgasspeichers



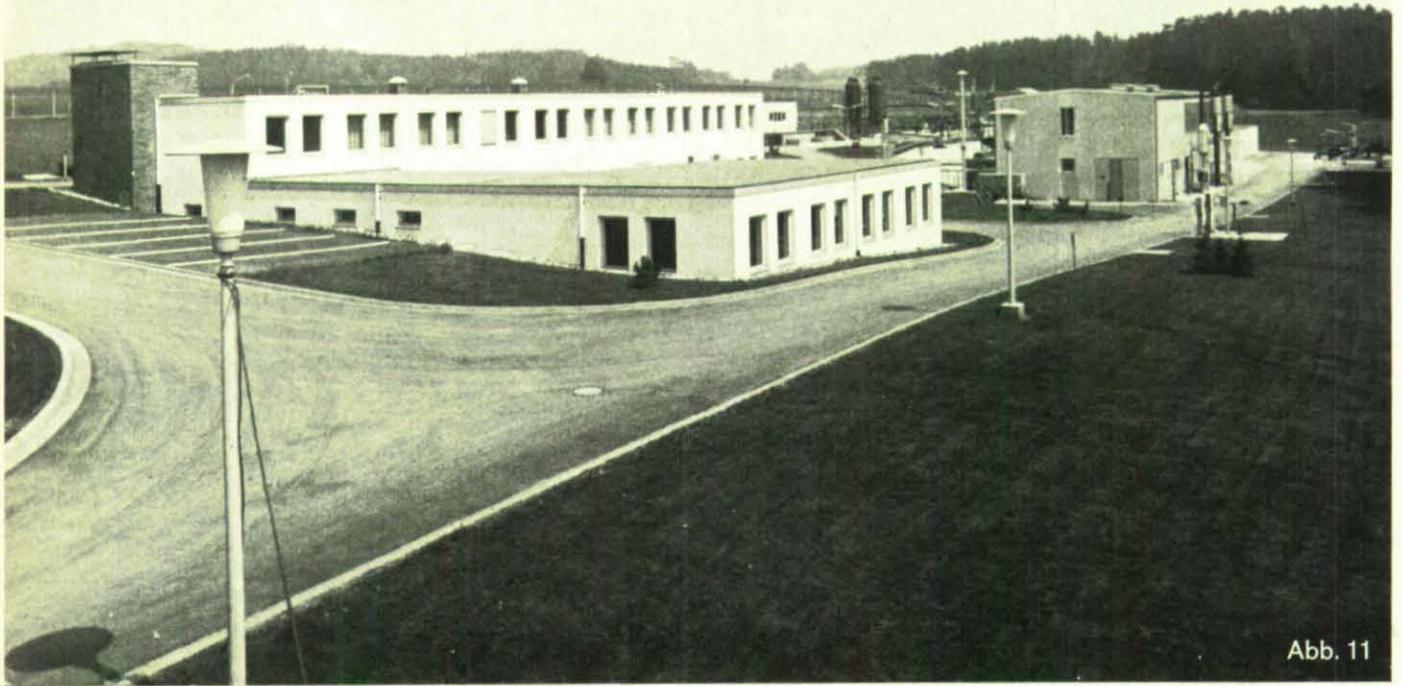


Abb. 11

Schichten, die das eingepreßte Gas wie in einer Falle gefangen halten und damit sein Abwandern aus dem Speicher verhindern. Häufig sind die Speicherschichten von unterirdischem Wasser erfüllt, das vom eingepreßten Gas an den Rand des Speichers gedrängt wird und hier dem Gas den Weg nach außen versperrt.

Die Abbildung 10 zeigt das Blockbild eines Untergrundgasspeichers, aus welchem die vorstehend geschilderten, an einen solchen zu stellenden Forderungen erkennbar sind, wie genügende Ausdehnung und Hohlraumgehalt des Speichergesteins (Sandstein), kuppelartige Aufwölbung und ausreichende Mächtigkeit

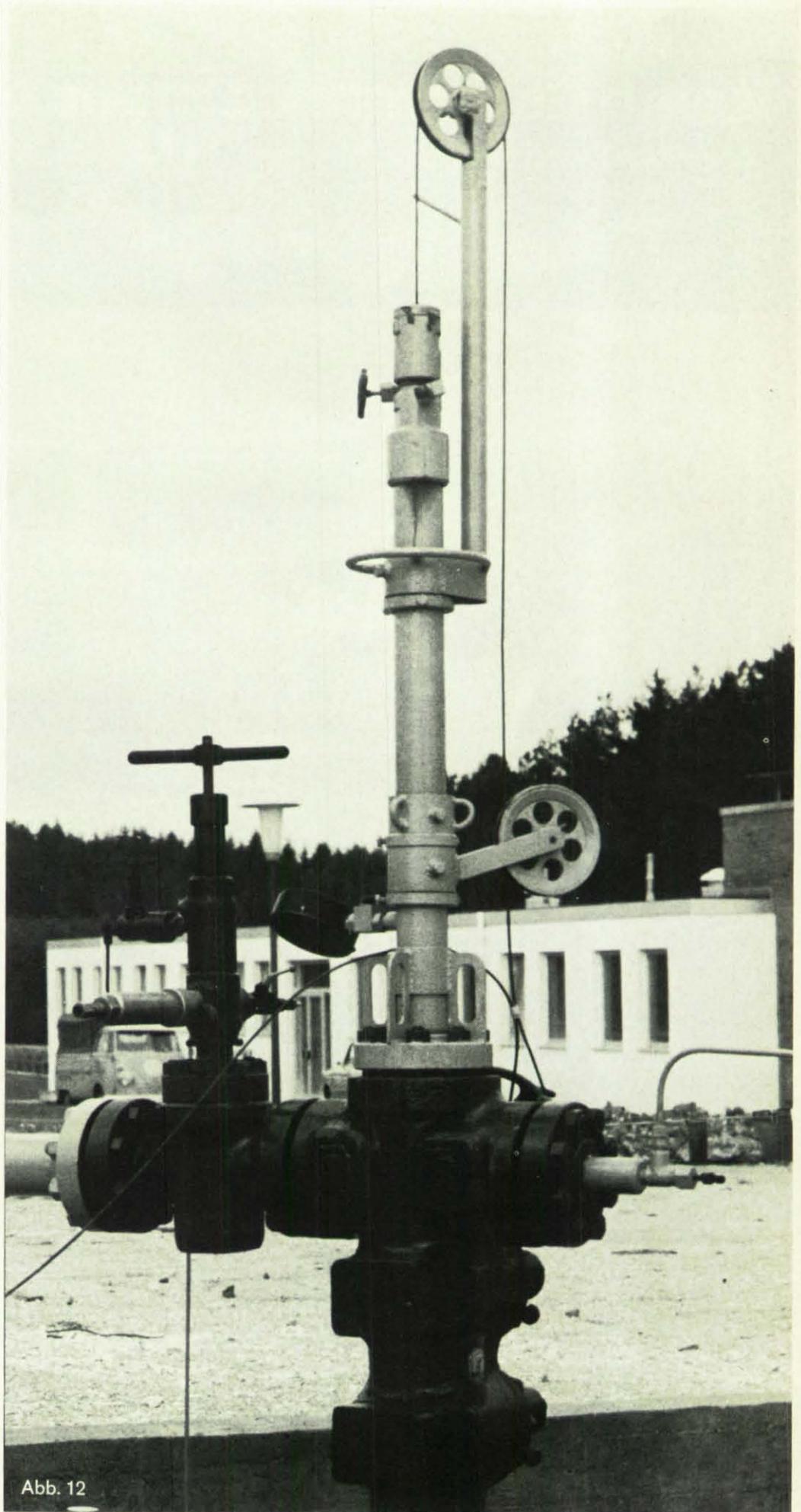
der gasdichten Deckenschichten, Absperrung der Ränder der Speicherschichten durch Wasser u. a. m.

Das zu speichernde Gas wird über sog. Produktionsbohrungen, die von der Erdoberfläche aus niedergebracht worden sind, in das Speichergestein im Bereich der höchsten Aufwölbung eingepreßt. Es verdrängt das in den porösen Schichten befindliche Grundwasser. Hat sich das in ein Bohrloch eingepreßte Gas bis in die Nähe der Nachbarbohrung verteilt, wird auch dort Gas eingeführt. So erfolgt die Füllung eines Gasspeichers Zug um Zug und dauert oft mehrere Jahre, da das Wasser behutsam aus dem ganzen Speicher verdrängt werden muß und die

momentane Aufnahmefähigkeit der porösen Schichten nicht zu groß ist. Ein großer Teil des eingepreßten Gases verbleibt als sog. „Kissen-gas“ im Untergrund und bewahrt die Produktionsbohrungen bei der späteren Entnahme in Bedarfszeiten vor der Überflutung durch das bei der Entspannung zurückfließende Lagerstättenwasser. Die Verdichtung des einzupressenden Gases auf den zur Wasserverdrängung notwendigen Druck im Speicher erfolgt durch Kompressoren. Nach Entnahme des Speichergases erfolgt eine Abtrennung des mitgeführten Wassers, eine Reinigung von mitgeführten Verunreinigungen und eine sehr weitgehende Trocknung zur

Verhinderung von Korrosion in den Transport- und Verteilungsleitungen (vgl. Abbildung 10). Die Speicherfüllung mit preiswertem Gas erfolgt unter Ausnutzung der Kapazität der Gastransportleitungen überwiegend in der heizungsarmen Sommerperiode, die Entnahme in der heizungsintensiven Winterperiode mit Spitzenbedarf. Bei einem Untergrundspeicher nehmen die oberirdischen Anlagen einen verhältnismäßig kleinen Raum ein, da der unterirdische Speicherraum — oft in der Größe von mehreren Quadratkilometern — dem Auge verborgen bleibt. Die Fotografie (Abbildung 11) zeigt die Betriebsanlagen eines Untergrundspeichers mit Betriebsgebäude sowie Trocknungs- und

Kompressorenanlage. Eine weitere fotografische Aufnahme (Abbildung 12) zeigt den oberhalb der Erdoberfläche sichtbaren Teil einer Produktionsbohrung zur Einpressung von Gas. Wie aus Abbildung 3 ersichtlich, sind in der Bundesrepublik z. Zt. mindestens vier Untergrundgasspeicher in der Nähe von Verbrauchschwerpunkten in Betrieb (Hamburg, Hannover, Rhein-Main-Gebiet, Nürnberg), weitere im Versuch. Der Speicherinhalt dieser Untergrundspeicher liegt bei etwa 200 Millionen m³ bis 300 Millionen m³ Gas. Die stark in der Entwicklung begriffene Untergrundspeicherung dient in hohem Maße der Versorgungssicherheit und wird helfen, die Energieversorgung, das Rückgrat einer hochentwickelten Industrie und Gradmesser unseres hohen Lebensstandards, auch in Krisenzeiten sicherzustellen.



Literatur

Energie-Verlag GmbH, Heidelberg,
Redaktion Bonn: fakten, Energiewirtschaft heute und morgen, Informationen und Nachrichten, Nr. 1/73
Esso-AG, Hamburg: Oeldorado 71
Ruhr gas aktuell
Gesammelte Berichte aus Betrieb und Forschung der Ruhr gas Aktiengesellschaft, Essen
Informationen der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke: betrifft: Sicherheit
Mitteilung der Pressestelle der Stadtwerke Kiel AG
Freutel, Helmut: Öl im Salz
ZS-Magazin, August-Heft 1/1971

Abb. 12

Friedrich Martin

Keine Geheimnisse mehr

Dozenten von Fachhochschulen für Bauwesen informierten sich über Schutzraumbau



Dipl.-Ing. Neckermann von der Bundeshauptstelle des BVS während seines Vortrages.

Im Gegensatz zu der Zeit vor zehn Jahren bestehen heute innerhalb der Bevölkerung kaum noch Aversionen gegen den Schutzraumbau. Im Gegenteil — immer mehr Bundesbürger halten bauliche Schutzvorkehrungen für

notwendig. Durch die Zuschußgewährung des Bundes sind auch finanzielle Hindernisse zum großen Teil ausgeräumt. Widerstände entstehen heute in erster Linie dadurch, daß Architekten und Ingenieure aufgrund mangelnder

Kenntnisse oftmals hinter dem Begriff Schutzraumbau geheimnisvolle Schwierigkeiten vermuten.

Daher ist es von besonderer Bedeutung, diesen Personenkreis sachlich über die technischen Probleme des Schutzraumbaus zu informieren. Der BVS war sehr erfreut, als die Fördergemeinschaft zur Information der Hochschullehrer an Fachhochschulen für Bauwesen mit der Bitte an ihn herantrat, eine Informations-tagung zu diesem Thema zu veranstalten.

Vom 2. bis zum 4. Mai 1973 führte die Bundesschule des BVS die Arbeitstagung „Schutzraumbau“ im Hotel Trommershausen in Marienheide durch. Die Tagungsleiter, Dr.-Ing. Weiß von der Fördergemeinschaft und Dipl.-Ing. Neckermann, Referent für Bau und Technik an der Bundeshauptstelle des BVS, konnten rund 20 Professoren von 16 Fachhochschulen für Bauwesen begrüßen.

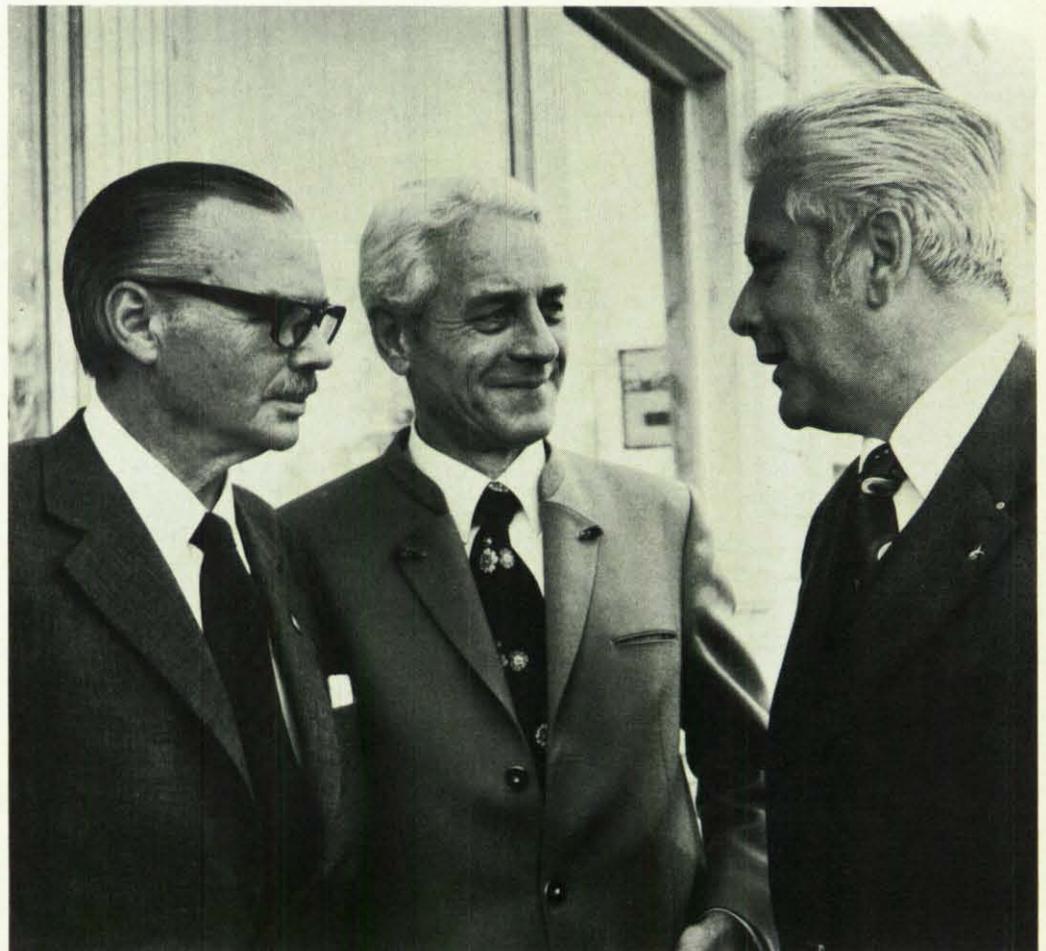
Sachliche Information

Mit einem Vortrag des Leiters der Bundesschule, Wilfried Prellberg, begann die sachliche Information. Er erläuterte die Wirkung der Waffen, gegen die es sich zu schützen gilt. Daran anschließend trug Dipl.-Ing. Neckermann vor, welche baulichen Schutzmaßnahmen sich aus den einzelnen baulichen Schutzforderungen ergeben. Ausgehend von den theoretischen Möglichkeiten und den Grenzen baulicher Schutzvorkehrungen überhaupt, begründete er, warum heute generell der Schutzzumfang „Grundschutz“ gefordert wird, und zeigte auf, daß die Planung von Hausschutzräumen des Grundschutzes ohne große Schwierigkeiten zu bewerkstelligen ist. Wichtig für den Planer ist es, sich im

Einzelfall immer wieder zu fragen, ob bestimmte Besonderheiten einzuplanen sind. Er darf sich nicht stur an die zugrundezulegenden Vorschriften, die „Bau-technischen Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschatzes“, halten. Dipl.-Ing. Keck, Prüfingenieur für Baustatik und Fachgebietsleiter Schutz-raumbau der Landesstelle Nordrhein-Westfalen, bewies sodann, daß die statische Berechnung von Hausschutzräumen einem erfahrenen Statiker weder



Rund 20 Professoren von 16 Fachhochschulen nahmen an der Arbeitstagung „Schutzraumbau“ teil.



Von links: Dipl.-Ing. Potthast (Essen), Bauingenieur Kummer (Bundes-schule), Dipl.-Ing. Keck (Dortmund).



Dipl.-Ing. Neckermann gibt einigen Tagungsteilnehmern während einer Pause zusätzliche Informationen.

Erker, der schon zahlreiche Schutzräume aller Art plante und dazu die Bauleitung hatte, weckte das Interesse der Zuhörer mit

zahlreichen praxisbezogenen Beispielen und löste zum Teil heftige Diskussionen aus.

Zum Thema „Grundsätzliches über Großschutzräume“ referierte Professor Leutz, ehemals Ministerialrat im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Er ist der eigentliche Urheber sämtlicher deutscher Schutzbauvorschriften. Professor Leutz begründete in seinem Vortrag nochmals die Notwendigkeit des Schutzraumbaus an sich, erläuterte die Entwicklung der einzelnen Vorschriften und zeigte, daß die Errichtung von Großschutzräumen, die auch als Tiefgaragen und U-Bahnbauten genutzt werden (Mehrzweckanlagen), ein zwar schwieriges, aber technisch außerordentlich interessantes und vielfältiges Gebiet ist.

Abschließend wurde noch

über die Möglichkeiten von Bundeszuschüssen und erhöhten steuerlichen Abschreibungen gesprochen. Das große Interesse der teilnehmenden Dozenten zeigte sich darin, daß sich an sämtliche Vorträge längere Diskussionen angeschlossen, präzise Fragen gestellt wurden und zum Teil auch Kritik an unklaren Teilen der Vorschriften und an mangelnder Grundlagenforschung geübt wurde. Um im Rahmen ihrer Tätigkeit an den Fachhochschulen auch das Thema „Schutzraumbau“ behandeln zu können, forderten die Dozenten neben präzisen technischen Vorschriften ausführungsfähige Planungs- und Bauunterlagen für eine Reihe möglicher Fälle. Am Interesse der Teilnehmer und an ihren abschließenden Dankesworten gemessen, war diese Tagung ein voller Erfolg.

besondere Schwierigkeiten noch zusätzliche Mühe macht. Außerdem erläuterte er die statische Berechnung unter Berücksichtigung der neuen DIN 1045.

Dipl.-Ing. Potthast, Lüftungsingenieur mit langjährigen Erfahrungen im Schutzraumbau, wies auf die grundsätzliche Bedeutung der Lüftung von Hausschutzräumen hin, insbesondere unter Berücksichtigung des heute erforderlichen Daueraufenthaltes. Er begründete die Lüftungstechnischen Forderungen der „Bautechnischen Grundsätze“ und gab Hinweise für die Planung und Installation von Lüftungsanlagen.

Diskussionen ausgelöst

Das Thema „Abschlüsse und Einrichtungen von Schutzräumen“ behandelte Dipl.-Ing. Erker vom Ingenieurbüro Erker und Reinheimer, Frankfurt.

Beim

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ,
bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts,

sind zwei Stellen an der BVS-Bundesschule in 527 Gummersbach-Deitenbach, ab 1974 in 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler, zu besetzen, und zwar:

eine Fachlehrkraft

— Verg.-Gr. IIa BAT —

für die Ausbildung von BVS-Fachlehrern mit Schwerpunkt auf den Gebieten „Bergung und Sanitätsdienst“ und für die Mitwirkung bei Informationsveranstaltungen.

eine Fachlehrkraft

— Verg.-Gr. IIa BAT —

für die Ausbildung von BVS-Fachlehrern mit Schwerpunkt auf dem Fachgebiet „ABC-Schutz“ und von BVS-Rednern (Zivilschutz/Selbstschutz, Zivilverteidigung) sowie für die Mitwirkung bei Informationsveranstaltungen.

Gesucht werden zwei kontaktfreudige Mitarbeiter mit didaktischen Kenntnissen oder Erfahrungen, auch auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung. Ein entsprechender Bildungsgang wird vorausgesetzt. Fachliche Vorbildung auf dem Gebiet des Zivil- und Selbstschutzes oder in ähnlichen Bereichen ist erwünscht.

Geboten werden neben der Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie Trennungsgeld und Umzugskosten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenen Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 15. Juli 1973 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ,

— Bundeshauptstelle —

5 Köln 41, Eupener Straße 74

— Telefon 02 21 /49 50 71, Apparat 345 —

Personalbogen wird auf telefonische Anforderung übersandt.

60 Jahre ASB

Anlässlich der 60-Jahr-Feier des Ortsverbandes Kiel des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) fand auf dem Gelände des Stadtreinigungs- und Fuhramtes an der Gutenbergstraße eine Katastrophenschutzübung statt. An dieser nahmen auch Kieler Freiwillige Feuerwehren sowie — als Gäste — Samariter aus Hadersleben (Dänemark) teil. Durch die Feuerwehrmänner wurde der interessierten Bevölkerung eine wirksame Brandbekämpfung und durch die Samariter eine fachgerechte Verletztenbehandlung vorgeführt. Dabei wurde 50 Verletztendarstellern mit Brandwunden, Rauchvergiftungen und anderen Schäden Erste Hilfe geleistet. Danach brachten Krankentransportwagen des ASB sie zu einer Verletzensammelstelle auf dem Nordmarksportfeld. Bei dieser Veranstaltung konnten sich die Kieler davon überzeugen, daß sie sich im Katastrophenfall auf die freiwilligen Helfer des Arbeiter-Samariter-Bundes in jeder Weise verlassen können.

Wie der langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes, Otto Hellriegel, bekanntgab, werden von den 60 Kieler Schulen 34 durch den ASB betreut. Täglich unterrichten hier zwei Ausbildungsleiterinnen in Erster Hilfe. Im vergangenen Jahr erwarben rund 2000 Schulabgänger den Erste-Hilfe-Schein des ASB. 560 Erwachsene wurden in 8 doppelstündigen Abendkursen und 940 Führerscheinerwerbende in sogenannten SM-Kursen im ASB-Heim Boninstraße ausgebildet.

ASB-Helfer betreuen nicht nur Veranstaltungen jeglicher Art in Kiel; sie stehen im Katastrophenfall bereit (wie bei der Silo-Explosion am Nordhafen), sie helfen auch bei Verkehrsunfällen mit Krankentransportern. Hierfür stehen ihnen drei eigene Fahrzeuge zur Verfügung. Zudem wurde in den letzten Jahren ein Alters- und Pflegeheim geschaffen, das mit 214 Plätzen als das größte und modernste Heim dieser Art in Kiel gilt.

Otto Hellriegel gab einen Überblick über die Entwicklung des Ortsverbandes. Seit April 1913 gibt es den ASB auch in Kiel. Im Stadtzentrum und in den damaligen

Vororten Elmschenhagen, Dietrichsdorf und Friedrichsort entstanden Kolonnen. Vor 1933 hatte er in Kiel 350 Mitglieder, davon 120 Aktive. Nach dem 2. Weltkrieg erfolgte 1947 die Wiedergründung des Ortsverbandes. Die Ausbildung fand während der folgenden zehn Jahre im Städtischen Krankenhaus statt, danach in der Boninstraße, wo sich der ASB ein Heim erstellt hatte. Der Fuhrpark umfaßt zur Zeit 3 Krankentransportwagen, 1 Funkwagen, 3 Anhänger für Katastrophenabwehr und 1 Feldkochherd. Alle Fahrzeuge und Geräte werden gegenwärtig von 150 einsatzbereiten Helfern betreut. In dem Gebäude des Kieler ASB befinden sich u. a. auch Übernachtungsräume für die Helfer beim Katastropheneinsatz.

Für die 60-Jahr-Feier hatte Stadtpräsidentin Ida Hinz die Schirmherrschaft übernommen. Der Ortsverband Kiel des ASB unterhält gute Beziehungen zu den anderen Katastrophenschutzorganisationen wie auch zum BVS. Nach Ansicht des DRK-Landesverbandes Schleswig-Holstein wird die Verabschiedung der in der Beratung befindlichen Bundesgesetze über das „Berufsbild des Rettungssanitäters“ sowie über die „Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen“ eine wesentliche Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für den Rettungsdienst und Krankentransport bringen.

In Anbetracht der zu erwartenden Maßnahmen wurden vom DRK-Landesverband Schleswig-Holstein in enger Zusammenarbeit mit der Gesundheitsabteilung des Landessozialministeriums an der DRK-Landesschule in Bellin (Ostholstein) schon 10 Fortbildungslehrgänge mit einer Dauer von zunächst einer Woche durchgeführt. Daran haben insgesamt teilgenommen: 160 Mitarbeiter von 17 Krankentransportdiensten. Hierbei war es unwesentlich, ob es sich bei der Trägerschaft des Krankentransportdienstes um einen DRK-Verband, eine Kreisverwaltung oder einen Privatunternehmer handelte. Diese Fortbildungsarbeit wird jetzt in erweitertem und verstärktem Maße weitergeführt. An einem einleitenden Lehrgang von zwei Wochen schließt sich ein zunächst vierwöchiges Klinikpraktikum an. Danach folgt ein Abschlußlehrgang von einer Woche.

Für den einleitenden Lehrgang wird nur zugelassen, wer eine abgeschlossene Sanitätsausbildung von 46 Stunden nachweisen kann.

Seminar für Frauen

Ein vom BVS zusammen mit dem Landfrauenverein durchgeführtes Informations-Seminar in Marne für Frauenverbände war ungewöhnlich gut besucht. Es waren Mitglieder der beiden örtlichen Frauenorganisationen, Frauen des DRK und des Arbeiter-Samariter-Bundes sowie Mitglieder der Frauenvereinigungen der Parteien erschienen.

In seinen Begrüßungs- und Einführungsworten erläuterte der Leiter der BVS-Dienststelle Itzehoe, Gustav von Gruenewald, zu dessen Wirkungsbereich auch der Kreis Dithmarschen gehört, Sinn und Zweck der Veranstaltung und dankte der 1. Vorsitzenden des Landfrauenvereins Marne, Gretl Brühe, für die tatkräftige Unterstützung bei deren Vorbereitung.

Leitender Regierungsmedizinalrat Dr. Klaus Zur vom Landesministerium für Soziales und Gesundheit in Kiel zeigte in seinem Referat „Der Mensch in der Katastrophe“ die seit jeher bestehende Bedrohung der menschlichen Existenz auf. Dieser Tatsache könne nur durch richtiges Verhalten, nicht aber durch Panik, abwehrend begegnet werden. Völlig falsch, ja geradezu gefährlich sei es, sich irgendwelchen Illusionen — auch hinsichtlich eines „ewigen Friedens“ — hinzugeben.

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Ausführungen der Bundestagsabgeordneten Dr. Elisabeth Orth, die zugleich auch Mitglied des Europarates ist, über „Zivilverteidigung — Gemeinschaftsaufgabe für den Staat und seine Bürger“. Hier wurde u. a. auch die hohe Unfallgefährdung im täglichen Leben angesprochen. Ein Verlust von bald 40 000 Menschen in einem Jahr durch Unfälle im Verkehr, in den Betrieben und im Haushalt bedeute vergleichsweise die Ausrottung einer Mittelstadt. Am Schluß ihres Vortrages betonte die Politikerin, daß die in der Bundesrepublik vorhandenen Einrichtungen zum Schutz

der Zivilbevölkerung viel zu knapp seien. Für jeden Bürger sollte ein Schutzplatz zur Verfügung stehen, und eine NATO-Forderung gehe dahin, ein Zwanzigstel des Verteidigungsetats für den Zivilschutz auszugeben.

Mit einem Referat über „Zivilverteidigung — Zivilschutz — Selbstschutz“ stellte sich der neue Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, Dieter Hoberg, vor. Anknüpfend an die Darlegungen der Vorrednerin ging er auf Einzelheiten ein, insbesondere auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein.

Eine angeregte und anregende lebhafte Aussprache zeigte, welche gute Aufnahme die gesamte Information gefunden hatte. Einige der Vorstandsamen von Frauenvereinigungen zeigten sich für Informations-Seminare in ihrem Wirkungsbereich interessiert.

Zwischen Nord- und Ostsee

Neumünster. Ostern hatte das Deutsche Rote Kreuz in Schleswig-Holstein zum ersten Mal seine 30 Krankentransportwagen im Festtagsverkehr eingesetzt zur Ergänzung des beruflichen Rettungsdienstes. Vorher waren diese Fahrzeuge im DRK-Zentrallager Bellin am Selenter See zu einem Prüfpappell zusammengezogen worden.

*

Eckernförde. Im Rahmen der Ankündigung eines energiepolitischen Programmes für Schleswig-Holstein wies Wirtschaftsminister Dr. Westphal auch auf die Planung weiterer Kernkraftwerke hin, auf die man auch im nördlichsten Bundesland nicht verzichten könne. Selbstverständlich würden hierbei alle Fragen des Umweltschutzes genauestens beachtet werden.

*

Mölln. Von der BVS-Dienststelle Mölln ist ein Informationsseminar über den Selbstschutz für Pastoren aus dem Bereich des Landesuperintendenten für Lauenburg vorgesehen. Als Gastreferent u. a. wird Landesbischof Maltusch

(Bückerburg) über „Selbstschutz — eine Notwendigkeit christlicher Verantwortung“ sprechen.

*

Hohenlockstedt. Die Volkshochschule hatte in ihr Frühjahrsprogramm auch einen Kurs (6 Doppelstunden) mit dem Thema „Allgemeine Unterweisung über Selbsthilfemaßnahmen“ aufgenommen. Dieser wurde durchgeführt von der BVS-Dienststelle Itzehoe.

*

Husum. Aufgrund reger Informations-tätigkeit konnte im Bereich der Dienststelle Husum in vier weiteren Orten ein Selbstschutz-Grundlehrgang stattfinden, und zwar in Tönning (Bahnhofshotel), Friedrichsstadt (Schule), Schwabsted (Haus des Kurgastes) und Schobüll (Gemeinde-saal).

*

Bad Bramstedt. Zusammen mit dem Ortsverband Bad Bramstedt des Deutschen Hausfrauenbundes wurde von der auch für den Kreis Segeberg zuständigen BVS-Dienststelle Pinneberg eine Informationsveranstaltung in der Rolandstadt im Hotel „Zur Post“ durchgeführt. Das durch Schaubilder unterbaute Referat von Fachbearbeiter H. Schlosser über „Die Bedeutung des Selbstschutzes für die Frau“ war unterteilt in: 1. „Was ist Selbstschutz?“, 2. „Die Gefahren der Umwelt“ und 3. „Die praktische Verwirklichung der Selbstschutzmaßnahmen“. Die anschließende lebhafte Aussprache zeigte, daß die Veranstaltung ihren Zweck erfüllt hatte.

*

Geesthacht. Mit gutem Erfolg fand in Geesthacht ein von der BVS-Dienststelle Mölln durchgeführter Selbstschutz-Grundlehrgang seinen Abschluß. An ihm hatten Mitarbeiter der Geesthachter Stadtverwaltung, des Amtsgerichtes sowie des Amtes Geesthacht-Land teilgenommen.

BVS bei PRODUCTA in Kiel

Die turnusmäßige Landesausstellung fand — als PRODUCTA 1973 — in Kiel in der Ostseehalle und auf

ihrem Vorgelände statt. Dieses ursprünglich als reine Hauswirtschaftsschau konzipierte Unternehmen hat sich inzwischen zu einer Schau für die gesamte Familie ausgeweitet mit den Abteilungen „Bauen und Wohnen“, „Frau und Heim“ und Producta, d. h. Ausstellung von neuen wie auch altbewährten Produkten aus Industrie, Gewerbe und Hauswirtschaft. Einem solchen größeren Rahmen haben sich die Institutionen angepaßt, die von Anfang an oder neu bei der Landesausstellung mit einer Sonderschau vertreten sind.

Diesmal hatte der BVS seinen Stand der jetzigen Tendenz noch mehr angepaßt und durch Kombination von IPA-Koje und der während der vorhergegangenen Monate entwickelten neuen landesstellen-eigenen BVS-Ausstellung eine sehr attraktive Schau geboten.

Als der Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Westphal, und sein Parlamentarischer Stellvertreter, Landtagsabgeordneter Hahn, sich am BVS-Stand eingehend informieren ließen, meinten sie, diese Art der Aufklärung des Bürgers über Gefahren und Schutzmaßnahmen im Rahmen einer größeren Ausstellung sei richtig und durchaus notwendig.

Während der Dauer der Ausstellung (8 Tage) waren von der BVS-Dienststelle Kiel neben den Bediensteten 20 ehrenamtliche Berater, davon 1 Bauberater, eingesetzt worden. Von den Besuchern kamen etwa 1500 Personen zu einer eingehenden Besichtigung und darüber hinaus manche von diesen zu einer persönlichen Information im Gespräch zum BVS-Stand. Im Vordergrund des Interesses stand der Schutzraumbau. So wurde auch die neue Schutzbau-Fibel gern entgegengenommen. Aber auch das BVS-Informationsmaterial wurde — meist erst nach Durchsicht — mitgenommen. Zudem zeigten einige der Besucher ein Interesse für einen Grundlehrgang.

Tag der offenen Tür

Etwa 120 freiwillige Helfer von den ersten Fernmeldezügen Nordfriesland und Dithmarschen, dem DRK-Kreisverband Husum, dem THW Flensburg sowie der BVS-Dienststelle Husum hatten sich in Bredstedt an einem „Tag der offenen Tür“

zusammengefunden, um sich auf dem Hermannplatz im Rahmen der Standortausbildung der Einheiten des Katastrophenschutzes der Bevölkerung vorzustellen. Über 500 Besucher, vor allem Jugendliche, waren zum Platz gekommen. Unter den interessierten Zuschauern befanden sich Kreispräsident Schettler (Nordfriesland) Landtagsabgeordneter Spaeth (Ostenfeld) wie auch der Leiter des Amtes für Zivilschutz bei der Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisoberamtmann Peters (Husum).

Die Gesamtleitung der Vorfürhungen lag bei Zugführer Otto Tischler (Stollberg). Den Schwerpunkt bildete das Verlegen eines Ortsnetzes innerhalb des Stadtgebietes und eines Fernmeldenetzes über Feldvermittlung in das Netz der Bundespost hinein. Ein Teil der Sprechanlagen war gleichzeitig funküberlagert, so daß über Telefon und Funk u. a. Bundesverkehrsminister Dr. Lauritzen, Landesinnenminister Titzck und Landrat Dr. Petersen (Nordfriesland) erreichbar waren und auf Fragen verschiedener Veranstaltungsbesucher Antwort gaben. So war es erfreulich, bei der Übung festzustellen, daß in

Fällen größerer Katastrophen schnell Verbindung zu maßgebenden Stellen hergestellt werden kann, um von dort entsprechende Weisungen zu empfangen.

Besonderes Interesse fand bei der Bevölkerung auch das Informations- und Beratungszelt der BVS-Dienststelle mit den von der BVS-Landesstelle erstellten und laufend eingesetzten Selbstschutz-Ausstellungen sowie den ansprechenden Filmvorführungen.

2400 Brandeinsätze

Einen Überblick über Anzahl, Struktur, Ausrüstung und Einsatz der Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein gab der Landesfeuerwehrverband anlässlich einer Zusammenkunft in Eckernförde. Überwiegend von diesen Wehren wird der Brandschutz im Lande getragen. Denn den 1474 Freiwilligen Feuerwehren stehen nur 4 Berufsfeuerwehren gegenüber. Zu den insgesamt über 44 250 aktiven freiwilligen Feuerwehrmännern in Schleswig-Holstein kommen noch

mehr als 1600 Jugendliche, die in 85 Jugendfeuerwehren Dienst leisten, sowie weit über 42 000 fördernde Mitglieder.

Im vergangenen Jahr hatten diese Wehren rund 2400 Brandeinsätze, in 316 Fällen bei Großbränden. Bei diesen Einsätzen verlegten die Feuerwehrmänner Schlauchleitungen in einer Länge von insgesamt 696,5 Kilometern. Dies entspricht einer Entfernung entlang der Autobahn von Flensburg bis Würzburg. Die Gemeinden waren bestrebt, die Ausrüstung der Wehren zu vervollständigen und zu modernisieren. Insgesamt stehen den Freiwilligen Feuerwehren im Lande jetzt zur Verfügung: 429 Löschgruppenfahrzeuge, 1403 größere und 80 kleinere Tragkraftspritzen, 152 Tanklöschfahrzeuge, 109 Sonderfahrzeuge und 32 Drehleitern. Der Verständigung untereinander dienen 21 Funkstationen, 162 Funkanlagen in Fahrzeugen und 132 tragbare Funkgeräte. Löschwasser kann an 13 608 Hydranten gezapft werden, daneben gibt es Löschteiche. Für den Wassertransport können insgesamt 25 304 B-Schläuche und 20 577 C-Schläuche benutzt werden.

Bremen



KS warb in Bremerhaven

Drei Tage lang stand in der Seestadt Bremerhaven die fahrbare Informationsausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ des BVS im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Vor über 40 Ehrengästen eröffnete Oberbürgermeister Bodo Selge die Ausstellung und wies betont darauf hin, daß der Schutz vor Katastrophen eine echte Gemeinschaftsaufgabe sei. Der Staat allein könne nicht die ganze Arbeit tragen und sei besonders auf viele freiwillige Helfer angewiesen. Das freiwillige Helfen, bedauerte Selge, sei jedoch leider nicht für jeden Bürger selbstverständlich. Aus diesem Grund begrüße er ganz besonders diese Informationsausstellung. „Wir alle haben die Aufgabe, die Not der Katastrophe und des Unglücks nach besten Möglichkeiten so rasch und so umfassend wie erforderlich



Die DLRG beteiligte sich mit zwei Booten und einer Puppe in voller Taucherausrüstung an der Ausstellung. Besonders die Jugend war hieran interessiert.

zu lindern“, erläuterte BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Eckhoff in seiner Ansprache. Grundlage des Zivil- und Katastrophenschutzes sei der Wille der Bevölkerung zum Überleben und die Fähigkeit zur

Selbsthilfe. Diese Selbsthilfe bedürfe jedoch der Ergänzung durch organisierte Hilfeleistung geschulter Einheiten.

Der Katastrophenschutz wird in Bremerhaven gestellt vom Deutschen



Blick auf die Ausstellung — rechts das BVS-Rundzelt — von der ausgefahrenen Leiter der Freiwilligen Feuerwehr aus Langen aus.

Roten Kreuz, dem Technischen Hilfswerk, der freiwilligen und der Berufsfeuerwehr und der DLRG.

Was diese Organisationen im Katastrophenschutz leisten, zeigt die Informationsausstellung an eindringlichen Beispielen. In dem vom BVS errichteten Zelt sind sieben verschiedene Situationsmodelle von Unglücksfällen beziehungsweise Katastrophen naturgetreu nachgebildet. Die einzelnen Organisationen bauten parallel dazu ihren Fuhrpark auf dem Ausstellungsgelände auf. Das Deutsche Rote Kreuz kam mit einem Operationszelt, zwei Großraumkrankswagen und einer Feldküche. Mit zwei Stahlbooten für den Einsatz bei Hochwasser, einem Gerätewagen für die Bergung und zwei Mannschaftstransportwagen war das Technische Hilfswerk vertreten. Der ZB Bremerhaven zeigte einen Wagen aus der Funkgruppe, von dem aus der Funkkontakt zu allen anderen Organisationen hergestellt werden kann. Außerdem wurde ein Sirenenwagen vorgestellt, mit dem die Bevölkerung alarmiert werden kann, wenn das Sirenenystem ausgefallen ist. Die freiwilligen Helfer der Feuerwehr — der Brandschutzdienst — kamen mit drei Löschfahrzeugen. Und die Freiwillige Feuerwehr aus Langen/Niedersachsen kam über die Landesgrenze und brachte ihre 30 Meter hohe Drehleiter mit. Zwei Boote und eine Tauchergruppe mit voller Ausrüstung stellte die DLRG, Bezirk Bremerhaven, vor.

Außer bei den zahlreichen Besuchern fand die Informationsausstellung des BVS auch viel Interesse bei der Presse. So war unter anderem auch ein ARD-Fernsehteam zu Gast. Anfang Oktober wird die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ in der Hansestadt Bremen gezeigt.



Zur Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ hatte die ARD ein Fernseheteam entsandt, das besonders Ausstattung und Ausrüstung einfing.

Fernsehen berichtete

Mit Radio Bremen wurden zwei Kurzfilme unter den Arbeitstiteln „Katastrophenschutz“ und „Selbstschutz“ für das Dritte Programm/Nord bzw. ARD-Nordschau-Magazin erstellt. Sendetermine waren am 1. und 10. Mai. Die fachlichen Beratungen zu beiden Fernsehfilmen (9 und 6 Minuten-Dauer) erfolgten durch die Landesstelle Bremen.

Neben Aufnahmen von Mehrzweckanlagen, im Warnamt II bei Bassum, eines Brandschutzlehrganges in Bremerhaven sowie des unterirdischen Hilfskrankenhauses Syke enthält die Fernsehdokumentation Reportagen mit verantwortlichen Leuten des Zivil- und Katastrophenschutzes zu Fragen staatlicher Vorsorge und Maßnahmen zur Förderung des Selbstschutzes.

Der 2. Film zeigt Ausschnitte aus dem Aufgabengebiet des BVS: Öffentlichkeitsarbeit anlässlich der Wanderschau „Rund um den Katastrophenschutz“ in Bremerhaven und eine Selbstschutzgrundausbildung.

Ernst Lindemann †



Am 8. April verstarb nach schwerer Krankheit Ernst Lindemann. Er leitete bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden im Sommer 1972 das Fachgebiet Organisation und

Helferbetreuung des Landesstelle. Als Chemiker und Fachlehrer für Physik, Optik/Photographie und Bakteriologie war Lindemann ab 1933 ehrenamtlich beim Reichsluftschutzbund, von 1935 bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1943 hauptamtlich in der Ausbildung beim RLB in Berlin tätig. Bereits 1952 stellte er sich wieder ehrenamtlich, als einer der Mitbegründer des BLSV in Bremen, zur Verfügung. Ernst Lindemann erfüllte mit ganzem Einsatz seiner Persönlichkeit und vorbildlichem Pflichtbewusstsein die Arbeit des BLSV/BVS, insbesondere als Fachgebietsleiter VI — Öffentlichkeitsarbeit. Über Monate und Jahre ertrug er schwere Krankheiten und überwand sich dabei selbst, indem er dem Uneingeweihten ungebrochenen Geist und gesunden Körper demonstrierte. In der Gemeinschaft der alten Idealisten hinterläßt er eine Lücke.

Helferehrung

Alle Helferinnen und Helfer der Dienststelle Hamburg-Mitte, die dem Verband länger als 10 Jahre angehören, hatte Dienststellenleiter Ingram Bonny zu einem Beisammensein eingeladen. Über 40 Teilnehmer konnte er begrüßen. Landesstellenleiter Müller fand Worte des Dankes und der Anerkennung für die Bereitschaft und Treue, mit der die ehrenamtlichen Helfer ihren Dienst gegenüber der Bevölkerung versehen. Besonders hervorgehoben wurden die Leistungen in der Ausbildung und in der Öffentlichkeitsarbeit. Abschließend überreichte der Landesstellenleiter den Helfern, die seit den letzten 12 Monaten dem BLSV/BVS 10 Jahre angehören, die Ehrenurkunden. Geehrt wurden: Fachbearbeiter II 3 (Bau und Technik) K. Hermanüssen; die Beauftragten K. Lemke, H. J. Burghardt, W. Harbeck, E. Dede, W. Drewes und E. Görgl; die BVS-Fachlehrer B. Eißner und A. Skowronek und Bauberater W. Fitter und die BVS-Lehrer H. Herzberg, W. Mertins und D. Hirt.

Bezirkspersonalrat gewählt

Die Bediensteten der Landesstelle Hamburg wählten einen neuen Personalrat. Zum vierten Mal stellte sich der Kollege Günther Rietze zur Wahl. Gewählt wurden: Günther Rietze, Karl-Heinz Hotfilder und Jürgen Pries, als Ersatzmitglieder Horst-Günter Balfanz und Manfred Lindner.



BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny (stehend) begrüßt die Helfer.

Aktion „Hamburg-Putz 73“

An der Aktion „Hamburg-Putz 73“ im Bereich des Bezirksamtes Hamburg-Wandsbeck haben auch Helferinnen und Helfer der BVS-Dienststelle teilgenommen. In einem Schreiben an Landesstellenleiter L. Müller bedankt sich Bezirksamtsleiter v. Beust für die unerwartet hohe Beteiligung von freiwilligen Helfern:

„Für die tatkräftige Unterstützung anlässlich der Aktion „Hamburg-Putz 73“ möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie auch Ihren Mitarbeitern meinen Dank aussprechen würden.“

Durch die unerwartet hohe Beteiligung von freiwilligen Helfern, die mit Eifer und Erfolg an die Arbeit gingen, ist es gelungen, beträchtliche Mengen von Unrat und sperrigen Gegenständen zu beseitigen. Rückblickend darf ich wohl ohne Übertreibung feststellen, daß es im Bezirk Wandsbek seit vielen Jahren nicht so sauber ausgesehen hat.

Ich bin sicher, daß unser gemeinsames Anliegen, eine saubere, umweltfreundliche Landschaft zu schaffen und zu erhalten, durch Ihren Einsatz vielen Menschen nähergebracht wurde.“

Wir gratulieren

Am 11. Mai heiratete unser langjähriger ehrenamtlicher Mitarbeiter von der Dienststelle Hamburg-Mitte, BVS-Lehrer Uwe Alke, die BVS-Aufklärungshelferin Wiebke Neuling.

Emil Nossol †



Am 24. April verstarb Emil Nossol im Alter von 77 Jahren. In Helmstedt geboren, war er als Chemiker und Betriebsleiter tätig. Bereits 1930 wurde der ständige Wohnsitz nach

Hamburg verlegt. Hier war Emil Nossol von 1933 bis 1938 als Ausbildungsleiter im RLB Hamburg tätig und leitete anschließend bis 1945 den Werklufschutzabschnitt VIII. 1951 war er wieder aktiv für den BLSV tätig und maßgeblich am Wiederaufbau der Abschnitte Harburg und Bergedorf beteiligt. Zuletzt war er als ehrenamtlicher Abschnittsleiter in Hamburg-Bergedorf eingesetzt.

Heinz Hoyer †



Völlig unerwartet verstarb am 1. Mai der BVS-Beauftragte für Harburg-Wilhelmsburg, Heinz Hoyer. Fast 56 Jahre alt, stand er im vollen Schaffen und Wirken. Nach seinem Einsatz

während der Flutkatastrophe von 1962 wurde er Helfer des Verbandes. Sein enger Kontakt zu Behörden und Verbänden war für unsere Öffentlichkeitsarbeit von großem Nutzen. Der von ihm gegründete Spielmannszug der von BVS-Helfern gestellten Deichwacht war ihm besonders ans Herz gewachsen.

Kontra gegen Einspruch

Sie brauchen sich Ihrer angeblichen Unkenntnis von Ausbildungsvorschriften wirklich nicht zu schämen, lieber Kollege Bastian. Ihr Schwabe müßt ja net alles wisse, was bei uns in Hessen geschieht.

Zuerst einmal ein herzliches Dankeschön für Ihren „Einspruch“ in Heft 4/73. Damit haben Sie die gleichförmigen Berichte mit ein bisserl Paprika aufgelockert. Nun zur Sache: Niemand widerspricht Ihnen, daß im „Ernstfall“ keiner nach der Farbe des Parteibuches oder der getuschten Augenbrauen fragt. Hier ging es aber nicht um einen Ernstfall, sondern um die Ausbildung für diesen Ernstfall. Ich wäre so froh und beruhigt, wenn ich Ihnen zustimmen könnte, daß es allein Sache des Ausbilders ist, daß es nicht zu Mißgriffen kommt. Daß die Teilnehmer nichts Außergewöhnliches bei gemeinsamem Üben finden — auch da gebe ich Ihnen recht, falls Sie hinzufügen: „... in den allerallermeisten Fällen“.

Es gibt nämlich leider auch das „bees Maul“ — wie wir es in Hessen nennen. Da sitzt irgendwann einmal einer dabei, dem unsere Bemühungen um den Selbstschutz mißfallen. Wenn der uns etwas am Zeug flicken will, dann findet er bei dem gemeinsamen Üben den willkommenen Aufhänger für seinen hinterhältigen Widerhaken.

Und das leise Aufspritzen dieses Steines des Anstoßes in das klare Wasser auch Ihrer sauberen Ausbildung schwillt an zu der sich ausbreitenden Welle vom „Vielleicht“ und „Möglich“ bis zu „Wahrscheinlich“ und „Bestimmt“. Und aus dem Grinsen hinter vorgehaltener Hand wird ein heimtückisches Geschwätz mit verächtlichen Mundwinkeln. Und wenn zuletzt das böartige Gerücht zum allgemeinen Wohlgefallen als haltlos und unbeweisbar widerlegt worden ist — auch nach dieser „Bereinigung“ bleibt der arme Ausbilder als „schwarzes Schaf“ weiter verdächtig. Und wissen Sie, ob wir von jedem Gerücht etwas erfahren und es beseitigen können?

Nicht wegen der „Tanzstunden-

Etikette“ unserer Großmütter und „zur Verunsicherung unserer Ausbilder“ mußte die Verfügung erlassen werden — sondern gerade zu deren Schutz!

Sie fragen nun mit berechtigter Sorge, wie die Ausbildung durchgeführt werden soll, wenn nur Mädchen vorhanden sind. Wie denken Sie über unsere Lösung: Der Ausbilder zeigt zuerst an sich selbst den Knoten. Anschließend findet sich immer eine Teilnehmerin, die den Knoten richtig — oder fast richtig — nachknöteln kann. Dieses Mädchen wird dann zur Ausbilderin „erhoben“ — was meinen Sie, wie sie sich jetzt fühlt! Und sofort bekommt die Ausbildung den Schwung der Selbständigkeit und die Begeisterung der persönlichen Verantwortung.

Mir wäre es auch lieber, wenn jeder so sachlich und vernünftig denken würde wie Sie und ich. Wenn z. B. ein Vorturner eine Turnerin anfassen muß, wird das „bees Maul“ auch nicht aufgerissen. Aber gegen uns gibt es nun mal gelegentlich diese bösen Mäuler, die stets gegen unsere Aufgabe eingestellt sind. Und ihnen müssen wir jede Möglichkeit nehmen, unseren Ausbildern etwas anzuhängen. Und deswegen müssen wir — aus Erfahrung klug! — dabei bleiben: In der Ausbildung Hände weg von der Damenwelt — und sei sie noch so nett!

Hoffentlich haben Sie jetzt ein bisserl mehr Verständnis für „den argwöhnisch lauernenden Bleistift“ Ihres „Tanzstundenetiketten-Opas“

Sickert

Gemeinschaft für die Gemeinschaft

Die vom Bundesverband für den Selbstschutz in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz in Darmstadt gezeigte Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ hat bei der Bevölkerung große Beachtung gefunden. Kernstück des Ausstellungsstandes ist eine kreisrunde Modell-Landschaft von etwa zehn Meter Durchmesser, in der sieben unterschiedliche Schadensfälle dargestellt werden. Sie zeigen verschiedene Einheiten des Katastro-

phenschutzes, sowohl entsprechend ihrer spezifischen Einzelaufgaben, als auch im sinnvollen Zusammenwirken im Einsatz und in Verbindung mit der Selbsthilfe der Bevölkerung.

Der bei dieser Ausstellung erstmals verwandte Slogan „Katastrophenschutz — Gemeinschaft für die Gemeinschaft“ gab Anlaß zu Diskussionen zwischen den Besuchern und Helferinnen und Helfern des BVS, die Informationsmaterial verteilten und auch zur persönlichen Beratung zur Verfügung standen. Moderne Fahrzeuge, Ausrüstungen und Geräte konnten von den Besuchern in Augenschein genommen werden, vor allem von technisch Interessierten.

Verdiente Ehrungen

Im Mittelpunkt zahlreicher Ehrungen aus Anlaß seines 80. Geburtstages stand Kurt Hoffmann in Bad Wildungen, der neun Jahre für unseren Verband tätig war. Neben Glückwünschen seiner früheren Mitarbeiter freute sich der Geehrte besonders über ein persönlich gehaltenes Schreiben des Landrats und die Glückwünsche, die Landesstellenleiter Heldmann übersandt hatte. In einem Dankschreiben an die Landesstelle betonte Kurt Hoffmann, wie oft und gerne er an seine Tätigkeit in der Selbstschutzarbeit zurückdenke.

Gewählte Helfervertreter

Bei der Wahl von Helfervertretern im Gebiet der BVS-Landesstelle Hessen wurden bisher folgende Helfer gewählt:

Frankfurt: Dr. Rudolf Jung; Friedberg: Heinz-Dieter Pfeiffer; Heppenheim: Oswin Jäkel; Wetzlar: Otto Walden; Hanau: Georg Falkowski; Gießen: Alfred Wels; Fulda: Rolf Leopold Jost; Alsfeld: Helmut Baumung; Groß-Gerau: Herbert Holzer; Darmstadt: Horst Dannhauser; Wiesbaden: Werner Holste; Kassel: Karl Israel; Marburg: Bernhard Stenzel; Offenbach: Hans-Jörg Eiler; Kelkheim: Fred Ziegenhagen; Witzenhausen: Jakob Wenderoth.

Im Ruhestand

Bereits Ende Februar 1973 schied Karl Kux, Personalsachbearbeiter für die Arbeitnehmer der Bundeshauptstelle und der Bundesschule, im Alter von 64 Jahren aus dem Dienst des BVS aus. Nachdem er bereits seit 1947 bei verschiedenen Verwaltungen im öffentlichen Dienst tätig gewesen war, wurde er 1957 als hauptamtlicher Mitarbeiter der Bundeshauptstelle des damaligen BLSV eingestellt.

1962 wurde er Leiter der Gebührensstelle; hier hat er sich in den folgenden Jahren durch seinen Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit besondere Verdienste erworben. Nach der Übernahme der Zahlung der Dienstbezüge durch die Besoldungsstelle der Bundesfinanzverwaltung im Jahre 1969 übernahm Kux die Aufgaben eines Personalsachbearbeiters. Verwaltungsdirektor Boison konnte bei der Verabschiedung des bewährten Mitarbeiters mit Recht feststellen, daß das Ausscheiden des Angestellten Kux, auch wegen seines vorbildlichen Kameradschaftsgeistes, einen echten Verlust für das Personalreferat des BVS darstelle.

25 Jahre im öffentlichen Dienst



Sein silbernes Dienstjubiläum beging Dienststellenleiter Hermann Thomkowitz, Bochum. In einer Feierstunde überreichte Landesstellenleiter Kopsieker dem Jubilar die Urkunde.

Zusammen mit den Mitarbeitern gratulierten auch Verwaltungsdirektor Schlauch und Verwaltungsrat Richert von der Stadtverwaltung. Auch die Tagespresse berichtete ausführlich über das Jubiläum, da Thomkowitz in der Bochumer Öffentlichkeit nicht

unbekannt ist. Als Stadtverordneter vertrat er die Interessen der Stadt im Städtetag und im Landschaftsverband. Darüber hinaus war er in vielen städtischen Ausschüssen und anderen staatlichen und karitativen Einrichtungen als fachkundiger Bürger tätig.

Als ehemaliges Mitglied des RLB schloß er sich 1955 dem Verband an. Er wirkte zunächst bei der Dienststelle Dortmund und wurde 1956 hauptberuflich als Ausbildungsleiter bei der Dienststelle Bochum eingesetzt und 1962 mit der Leitung der Dienststelle beauftragt.

*



Der Leiter der Dienststelle Detmold, Max Böntgen, beging sein silbernes Dienstjubiläum. Landesdienststellenleiter Kopsieker überreichte ihm die Urkunde und

sprach ihm Anerkennung für seine im Dienste der Allgemeinheit geleisteten Dienste aus. Die BVS-Dienststelle Detmold erreichte unter seiner Leitung einen beachtlichen Ausbildungsstand. Die Dienststelle verfügt über eine fahrbare Ausbildungsstelle, die sich fast täglich im Kreis Lippe und Höxter im Einsatz befindet. In den Jahren 1963 bis Ende 1972 wurden von ihr in 1466 Informationsveranstaltungen und Selbstschutzlehrgängen 40 594 Personen aus Behörden, Betrieben, Schulen und Bevölkerung über den Selbstschutz informiert und ausgebildet.

Nachruf

Unerwartet starb Mitte April Ltd.Min.Rat Dr. Freund von Innenministerium NW. Die BVS-Landesstelle verliert in dem langjährigen stellvertretenden Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ einen aufrichtigen Förderer unseres Verbandes. In enger Zusammenarbeit mit der Landesstelle wurden sämtliche im Bereich des Selbstschutzes

anstehenden Probleme miteinander erörtert, welche in ihrem Ergebnis in der Gesetzgebung und den nachfolgenden Ausführungsbestimmungen oder Empfehlungen ihren Niederschlag fanden.

Dr. Freund stand der Landesstelle für Vortragsveranstaltungen jederzeit zur Verfügung. Mit seiner Versetzung in ein anderes Aufgabengebiet — kurz vor seinem Tode — ließ er die Landesstelle wissen, daß er sich im Kreise der Mitarbeiter der Landesstelle bei Informationstagen und Seminaren immer wohl gefühlt habe und die sachliche und menschliche Atmosphäre sehr zu schätzen wußte. Alle die ihn kannten, werden ihm ein gutes Gedenken bewahren.

*

Mitte März ist Regierungsdirektor a. D. Albert Kleuser vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales verstorben. Seit mehr als 10 Jahren war er als Behörden-Selbstschutzleiter im Landeshaus Düsseldorf tätig gewesen. In ihm verliert der BVS einen seiner tatkräftigsten Förderer. Ihm war es zu verdanken, daß in dem vorgenannten Ministerium des Landes NRW der Behördenselbstschutz mit drei Zügen und einer Gruppe mit schweren Geräten aufgebaut und fortlaufend geschult wurde. In vielen Lehrgängen in Warstein, Körtlinghausen und Düsseldorf wurde eine Selbstschutzgemeinschaft in bester Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Düsseldorf gebildet und auf kameradschaftlicher und kollegialer Basis zusammengehalten. Alle, die ihn kannten und mit ihm zusammenarbeiteten, werden diesen beliebten und geschätzten Menschen in guter Erinnerung behalten.

Schülerredakteure in Körtlinghausen

20 Redakteurinnen und Redakteure von Schülerzeitungen sowie Hauptsprecher der Schülermitverwaltung besuchten die BVS-Landesschule Schloß Körtlinghausen bei Warstein. Außerdem nahmen zwei weibliche Mitglieder des Rates der Stadt Köln, zwei Redakteurinnen der Deutschen Welle Köln sowie Hauptschulrektor Froitzheim teil.

Die BVS-Dienststelle Köln hatte zu dieser Informationstagung eingeladen. Den jungen Menschen sollten die Aufgaben des BVS verdeutlicht werden. Den Seminar-Teilnehmern wurde klar, daß viele Menschen gerettet werden können, wenn man sich besser auf Gefahren und Notstand vorbereitet hat. Alle Redaktionen der Schülerzeitungen Prisma, Saphir, Ente, Echo und Experiment sowie die Sprecher der Mitverwaltung wollen nun den BVS unterstützen. Neben der Erörterung zahlreicher Sach- und Fachfragen in Vortrag und Diskussion kam auch der gesellige Teil am Abend bei fröhlichem Gesang und Gitarrenmusik zur Geltung.

Dienststellenleiter Redmer lud die Tagungsteilnehmer auf der Heimfahrt nach Köln zu einer Stadtbesichtigung in Soest ein und zeigte hier den jungen Menschen die Sehenswürdigkeiten.

Hauptschulrektor Froitzheim äußerte sich sehr lobend über die Informationstagung und über die Vortragsart der Referenten. Gleichzeitig bat er die Dienststelle Köln — ebenso wie im Jahr 1972 — Selbstschutzgrundlehrgänge für 60 Schüler von Kölner Schulen im Schullandheim Wyk auf Föhr zu vermitteln.

Das Echo dieser Informationstagung war außerordentlich positiv und fand ihren Niederschlag in den Berichten, die in den Kölner Schülerzeitungen bisher erschienen sind.

Nicht nur unterrichtet

Wie schon mehrfach berichtet, leistete die BVS-Dienststelle Herne durch Informationsveranstaltungen im Ev. Krankenhaus gute Vorarbeit für die sich anschließende Ausbildung des Pflegepersonals im Lehrgang ES und im Fachlehrgang Sanitätsdienst.

In Anerkennung dieser Arbeit übersandte die Oberin des Krankenhauses, Frau Helene Brüggemann, der Dienststelle folgendes Schreiben: „Wir möchten den durch die Heirat von Schwester Doris eingetretenen Wechsel unserer leitenden Schulschwester zum Anlaß nehmen, Ihnen für die langjährige Mitarbeit bei der Ausbildung unserer Schwesternschülerinnen und Pfleger sowie der Pflegehelferinnen und -helfer in der Selbst- und Nächstenhilfe herzlich zu danken.

Daß der Bundesverband für den Selbstschutz dies nicht nur lehrt, sondern auch zu praktizieren weiß, hat er unter Beweis gestellt, als er uns bei vorübergehenden personellen Schwierigkeiten mit dem Einsatz seiner ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zu den Wochenenden im Krankenhaus geholfen hat. Auch dafür unseren herzlichen Dank.

Wir hoffen, daß Sie auch mit unserer leitenden Schulschwester Erna ein ebenso gutes Einvernehmen haben werden und Ihre Tätigkeit in unserer neuen ‚Zentralen Krankenpflegeschule‘ wie bisher erfolgreich sein wird.“

Sämtliche Bedienstete unterwiesen

Aufgrund vorangegangener Verhandlungen mit der Amtsverwaltung Sundern wurden in der ersten Hälfte des Monats April sämtliche Bedienstete in der Selbstschutz-Grundausbildung unterwiesen. Für Nachzügler (Termin-, Urlaubs- oder Krankheitsgründe) ist im Oktober ein Lehrgang angesetzt. Die gute Resonanz der Lehrgänge veranlaßte den Amtsdirektor, sich bei der Dienststelle Arnberg zu bedanken. In seinem Schreiben heißt es u. a.:

„... Der Selbstschutz-Grundlehrgang hat den Teilnehmern Kenntnisse vermittelt, die es ihnen ermöglichen, in ihrem Lebenskreis Hilfe zu leisten, wo sie benötigt wird.

Mein besonderer Dank gilt den beiden Bediensteten, die als Ausbilder bzw. Fachlehrer interessant und abwechslungsreich das erforderliche Wissen vermittelt haben.“

RHEINLAND~PFALZ



„Moselland 73“

Die BVS-Dienststelle Trier war auch in diesem Jahr mit einem Informationsstand auf der alle zwei Jahre stattfindenden Moselland-Ausstellung vertreten. Der Stand war nach allen Seiten offen, und unablässig kamen die Ausstellungsbesucher an den Tischen, Bildtafeln und Ausstellungsstücken vorbei.

Informationsschriften über Zivilschutz, Selbstschutz und den BVS waren reichlich vorhanden, und die Tragetaschen wurden gerne in Empfang genommen. Zahllos waren auch die Informationsgespräche mit interessierten Ausstellungsbesuchern. Nur ganz wenige zeigten den freundlichen Helfern, unter denen sich zwei Hostessen befanden, ein abweisendes Gesicht.



Am Stand der BVS-Dienststelle versucht sich ein junger Besucher am „Phantom“, links neben ihm eine der BVS-Hostessen.

Erfreulich war, daß auffallend viele junge Leute um Rat fragten und sich für Grundlehrgänge vormerken ließen. Im Verlauf der neun Tage, an denen die Ausstellung geöffnet war,

besuchte eine Reihe von Persönlichkeiten den BVS-Stand, u. a. der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, Karl Haehser, Oberbürgermeister J. Harnisch, Erster Bürgermeister Hans König und Bürgermeister Steckeweh (alle Trier) und nicht zuletzt der rheinland-pfälzische Minister von Wirtschaft und Verkehr, Heinrich Holtenbrink. Aber auch ausländische Gäste besuchten uns: der französische Konsul Legley mit zwei Generalen und Verbindungsoffizier Oberstleutnant Welchinger. Ebenfalls sahen Ratsmitglieder aller Stadtratsfraktionen und die Leiter der verschiedenen Kommandos der Bundeswehr in Trier den BVS-Stand. Alles in allem war die Beteiligung des BVS an der „Ma 73“ ein Erfolg. Alle BVS-Mitarbeiter freuen sich, am guten Gelingen der Ausstellung beteiligt gewesen zu sein.

Chance genutzt

Wer ständig aufmerksam beobachtet, wo und wann Aufklärungsvorträge über BVS-Themen untergebracht werden können, wird immer wieder auf geeignete Anlässe stoßen. Meist wird es allerdings noch umfangreichen Dazutuns bedürfen, bis es endlich soweit ist, denn nur selten fällt einem eine Vortragsveranstaltung sozusagen von selbst in den Schoß. Da hatte der Kreisverband Heidelberg des Bundesverbandes Bildung und Erziehung seine Mitglieder zu einem Vortrag über Umweltschutz geladen. Referent: ein Gartenbaudirektor aus Freiburg. Leider hatte dieser kurzfristig absagen müssen. Der Vorsitzende ging ans Telefon: „Ob vielleicht die BVS-Dienststelle Heidelberg . . . ?“ Dienststellenleiter Wenzel witterte die Chance: „Umweltschutz — selbstverständlich, übernehmen wir gern!“ Nur, so meinte er, müßte es im Verlauf des Vortrags gestattet sein, auf das Thema „Selbstschutz“ überzuschwenken. Für den Kreisvorsitzenden war die Situation gerettet.

Vor den versammelten Lehrern und Rektoren des Kreisgebietes sagte er wenig später einleitend und im Hinblick auf die Verhinderung, es sei da bedauerlicherweise etwas schief gegangen usw. . . . Dann übergab er Erich Wenzel das Wort. Dieser leitete seinen Vortrag „Umweltschutz“ ein, mit „Selbstschutz“ führte er ihn fort und beendete ihn mit „Zivilschutzverteidigung“.

In seinem Schlußwort meinte der Vorsitzende, er müsse die einleitende Bemerkung, es sei etwas schiefgegangen, voll und ganz zurücknehmen. Nichts sei zu bedauern und nichts sei schiefgegangen. Was man gehört und aus den projizierten Grafiken gesehen habe, sei des Nachdenkens und der Unterstützung wohl wert. Eine solche Umfunktionsierung des Themas ließe man sich gern gefallen.

Bei den Landfrauen

Im Herbst vergangenen Jahres erfolgte mit der Vorsitzenden der Landfrauenvereine der Kreise

Ohringen und Künzelsau eine Absprache über die Ausbildung bei den örtlichen Vereinen. Nachdem die Kreisvorsitzende in einer Arbeitsbesprechung die Se-Grundausbildung und Aufklärung angeboten hatte, lief die Ausbildung zunächst nur zögernd an.

Nach einem Referat von Dienststellenleiter Grab (Schwäbisch Hall) bei einer zweiten Arbeitsbesprechung im Januar, bei der sämtliche Ortsvorsitzenden und Schriftführerinnen anwesend waren, war der Andrang nach Terminen für eine Grundausbildung so groß, daß noch Tage darauf telefonische Anfragen an die Dienststelle gerichtet wurden. Unter Einsatz der fahrbaren Ausbildungsstelle wurden von den BVS-Mitarbeitern Held und Staudenmaier sowie zwei ehrenamtlichen Selbstschutzlehrern an 59 Abenden 18 Grundausbildungen mit 470 Teilnehmern und 15 Aufklärungsveranstaltungen mit 562 Teilnehmern durchgeführt. Außerdem waren die Mitarbeiter Held und Staudenmaier tagsüber in Haupt- und Berufsschulen mit Grundausbildung eingesetzt. Nach Abschluß der Lehrgänge versicherte Kreisvorsitzende Frau Wüstholt, daß die Damen von dieser Ausbildung sehr beeindruckt waren. Ortsvereine, bei denen Aufklärungsveranstaltungen stattfanden, und solche, die noch keinen Termin bekommen konnten, legen heute schon Wert darauf, im kommenden Winterhalbjahr berücksichtigt zu werden.

Fritz Büchner wurde 75

Am 30. April beging Fritz Büchner, seit 24 Jahren ehrenamtlicher Leiter der Dienststelle Bühl/Baden, seinen 75. Geburtstag. Büchner, ehemaliger Polizeibeamter, stellte sich schon 1958 dem Verband zur Verfügung und leitet seit März 1959 ununterbrochen die Dienststelle. Seinerzeit schrieb der Bühler Landrat: . . . „Ich freue mich, daß es gelungen ist, für dieses nicht sehr begehrte Arbeitsgebiet einen ehrenamtlichen Mitarbeiter gefunden zu haben und wünsche für die künftige Arbeit, die ich bemüht sein werde stets zu unterstützen, vollen Erfolg . . .“

Und Erfolg hat Büchner in den vielen Jahren gehabt. Unterstützt von einer Anzahl aktiver Mitarbeiter und Dank seines Talentes, Kontakte herzustellen und Verbindungen zu pflegen, war im Kreise Bühl der Aufbaustand des Selbstschutzes beispielhaft. Heute ist der BVS in allen Gemeinden durch Beauftragte präsent.

Ihm wurde die Anlage und Durchführung einer gemeinsamen Kreis-Katastrophen-Planung anvertraut, aus der das „Planspiel Bühl“ entstand. Er übernahm spontan mit seinen Helfern die Vorbereitungen und die Durchführung der wohlgelungenen badischen Selbstschutz-Zugwettkämpfe 1968. In seinem Dienstbereich wurde durch eine groß angelegte Papiersammlung für den Selbstschutz Bühlertal ein Kraftfahrzeug und zahlreiches modernes Rettungsgerät angeschafft.

Besonders versteht es Büchner, den kameradschaftlichen Zusammenhalt der BVS-Helfer und auch der Selbstschutzkräfte zu fördern. Immer wieder weiß und findet er Wege, den Gemeinschaftssinn und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller im Katastrophenschutz Tätigen zu stärken.

Seine Getreuen nahmen an seinem Ehrentag regen Anteil. Die unmittelbaren Helfer der Dienststelle überreichten einen großen Präsentkorb, und Dr. Hund überbrachte die Glückwünsche und Grüße im Namen der Beauftragten und der Helfer des Dienstbereichs.

Die Landesstelle schließt sich allen guten Wünschen für den weiteren Lebensabend ihres Kameraden Büchner an.

Anerkennung gefunden

Dank guter Kontakte zu den Schulen des Stadt- und Landkreises kann die Dienststelle Heilbronn auf eine langjährige Tätigkeit an diesen zurückblicken. Jungen Menschen wurden wertvolle Kenntnisse und praktische Fähigkeiten in der Selbst- und Nächstenhilfe, verbunden mit Sofortmaßnahmen am Unfallort, vermittelt. Nicht selten überzeugte sich auch das Lehrerkollegium vom Wert der Ausbildung und der

Informationen. Dies hatte in vielen Fällen zur Folge, daß unserem Lehrpersonal als auch der Dienststelle mündlich und schriftliche Anerkennungen entgegengebracht wurden.

In besonders eindrucksvoller Weise durften die Ausbilder den Abschluß einer Reihe von Selbstschutz-Grundlehrgängen an der Hauptschule Willsbach erleben.

Als Abschluß der Lehrgänge hatte unter Leitung ihrer Lehrerin eine Reihe von Schülerinnen und Schülern eine kleine „Show“ des Gelernten als Überraschung ausgedacht und eingeübt, die den Beteiligten dargeboten und mit großem Interesse aufgenommen wurde. Ihren Höhepunkt fand diese wohl einmalige Abschlusveranstaltung in einem Vortrag recht sinniger Verse, die gemeinsam von dem Konrektor und seiner Gemahlin verfaßt worden waren. In ihnen wurden in gelungener und humorvoller Weise sowohl Würdigung als auch Anerkennung der Leistungen des Ausbildungspersonals zum Ausdruck gebracht. Der Einmaligkeit wegen möchte die Dienststelle es nicht versäumen, mit freundlicher Zustimmung der Autoren eine Veröffentlichung folgen zu lassen:

In der Schule wo seit Jahren wir als Schüler tätig waren, um die nahen und die fernen Gegenstände zu erlernen, trieben wir so manche Sachen, wo wir uns Gedanken machten, ob sie uns im spät'ren Leben irgendwelchen Nutzen geben. Umso größer das Vergnügen, wenn wir was zu hören kriegen, wo wir ohne alle Fragen uns und uns'ren Lehrern sagen: „Das ist nötig; das ist wichtig, das ist zweifelsohne richtig; davon muß man was verstehen. sonst könnt' es ins Auge gehen. Wenn man gar, sofern es nötig, bei der Schule selber tätig, wenn man, statt nur aufzupassen, Zeit hat, selber zuzufassen, um das Ganze nach Belieben am Objekte durchzuüben, dann gehört das zu den Sachen, die den Schülern Freude machen. Und so lernten wir die Normen künstlicher Beatmungsformen, alle Fragen bei Transporten, Sicherheit an Unfallorten, alle Arten der Verbände, Finger, Schulter, Kopf und Hände; auch was man mit einem Knochen anstellt, wenn er durchgebrochen. Ja, es gibt so viele Sachen,

die kann auch der Laie machen. Statt zu stehen und zu gaffen, kann man häufig Hilfe schaffen; so, wie man es hier studierte und auch praktisch ausprobierte. Denn es ist der Sinn der Sache, daß man's dann auch richtig mache.

Eine Gemeinde übt

Die Gemeinde Uttenweiler hat im Verlauf von drei Jahren 3 Selbstschutzgrundlehrgänge durchgeführt. Die große Beteiligung veranlaßte den Lehrgangleiter, BVS-Fachlehrer Helmut Stumm, in einer fachlichen Unterrichtung und Übung, zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr, die erworbenen Kenntnisse zu festigen. Im Einvernehmen mit Bürgermeister Abt und der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Bürger konnte die Übung an einem Samstagnachmittag erfolgen. Im Schloßhof der Brauerei Sauter ließen die Männer der Feuerwehr zwei ausgediente Autos zusammenstoßen. Die Insassen, gestellt von den Helfern des Selbstschutzzuges Biberach, waren verletzt und sollten von den Teilnehmern des Grundlehrgangs geborgen werden. Die Teilnehmer brachen mit Werkzeugen, die sie aus den umliegenden Häusern und privaten PKW geholt hatten, die verklemmten Türen auf. Nun konnten sie die Verletzten aus dem Wrack befreien, auf die bereitgelegten Bergetücher legen und aus dem Gefahrenbereich tragen.

Der zweite Teil der Übung galt dem Brandschutz. BVS-Fachlehrer Stumm zündete die Fahrzeuge an, um den Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, mit Kleinlöschgeräten den Brand zu bekämpfen. Zuerst wurde der Einsatz von Pulverlöschern gezeigt. Für das Ablöschen von brennenden Personen mit der Löschdecke hatten die Helfer des Se-Zuges Biberach ihre Brandgruppe mitgebracht. Die Freiwillige Feuerwehr führte zum Abschluß Schaumlöschgeräte vor.

Der dritte Teil der Übung, die lebensrettenden Sofortmaßnahmen, wurde im Schulgebäude durchgeführt. Dort waren schon neun „Verletzte“ des Biberacher Se-Zuges geschminkt bereitgelegt worden. Die nahegelegene Baracke der Schule wurde als Sammelplatz bestimmt. Die Kursteilnehmer brachten die Verletzten mit Berge-

tüchern, Tragen und auch behelfsmäßigen Tragen zu dieser Ablage, hier wurden sie dann weiter versorgt bis zum Eintreffen der Sanitäter.

Mit diesen Übungen sollte gezeigt werden, was man als Laie und Soforthelfer alles unternehmen kann, um weitere Schäden zu vermeiden und um die Zeit zu überbrücken, bis weitere Maßnahmen von Fachkräften getroffen werden können.

Nach Abschluß der Übungen traf man sich im Gasthaus Rössle. Nun konnte BVS-Fachlehrer Stumm noch einmal an alle Mitwirkenden ein Dankeschön sagen, voran Bürgermeister Abt, der Freiwilligen Feuerwehr mit ihrem Kommandanten Albert Ehmann und Zugführer Hans Steiner, Herr Sauer, daß er seinen Schloßhof als Übungsplatz zur Verfügung gestellt hatte, den Helfern des Se-Zuges Biberach und allen Kursteilnehmern der Gemeinde.

Stadt wirbt für Selbstschutz

Zu einem Informationsgespräch über den Selbstschutz in Wohnstätten hatte anfangs April die Stadt Tuttlingen mehrere an der freiwilligen Mitarbeit interessierte Bürger ins Rathaus eingeladen. Teilnehmer waren u. a. Oberbürgermeister Balz, BVS-Dienststellenleiter Gneist (Rottweil), BVS-Kreisbeauftragter Stadtrat Allmendinger sowie der Sachbearbeiter für Zivilschutzfragen der Stadt, Thorn.

Das Interesse von jungen Bürgern, an einem Informationsgespräch teilzunehmen, bezeichnete Stadtrat Allmendinger eingangs als begrüßenswert. Um so mehr fühle er sich denen gegenüber verpflichtet, die bereits freiwillig ihre Bereitschaft bekundet haben, als Selbstschutzberater in der Gemeinde tätig zu werden. Der Aufbau des Selbstschutzes in der Stadt Tuttlingen habe heute schon erfreulicherweise recht konstruktive Formen angenommen, dank der rührigen Vorarbeit des erst kürzlich ernannten Sachbearbeiters für Zivilschutzfragen. Die Wichtigkeit des Selbstschutzes im Rahmen des Zivilschutzes stellte auch Oberbürgermeister Balz in den Vordergrund, der aus bitterer Erfahrung heraus argumentierte. Als ein positives Zeichen im Aufbau des Selbstschutzes wertete er die zugrunde gelegte Freiwilligkeit.

Seminar mit der Friedrich-Naumann-Stiftung

Die Landesstelle führte am 6. und 7. April an der BVS-Schule Birkenfeld ein Informationsseminar über Zivilschutz für das Regionalbüro Saarland der Friedrich-Naumann-Stiftung durch. Damit wurde eine Informationsreihe für Kommunalpolitiker und Mitglieder kommunalpolitischer Ausschüsse der FDP im Saarland fortgesetzt, die vor drei Jahren begonnen hatte.

An dem Seminar, das unter Leitung des Fachgebietsleiters für die Öffentlichkeitsarbeit, Oskar Wachsmuth, stand, nahm auch der Landesgeschäftsführer des FDP/DPS-Landesverbandes Saarland, Rechtsanwalt Scheuer, teil, der in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit einer Information der Kommunalpolitiker über aktuelle Fragen und Probleme der Zivilen Landesverteidigung und des Zivilschutzes herausstellte.

In einem rhetorisch und fachlich sehr bedeutsamen Vortrag gab Ministerialrat Erich Hoffmann vom saarländischen Ministerium des Innern — in Anwesenheit von BVS-Landesstellenleiter Ernst Krakowsky — interessante Einblicke in den Stand des Katastrophenschutzes im Saarland, wobei der Referent mit

Nachdruck die Überwindung einer augenblicklichen Stagnation infolge fehlender finanzieller Mittel forderte. Dieser Vortrag aus regionaler Sicht wurde ergänzt durch ein Referat des BVS-Redners Amtsrat Albert Martini (Landratsamt St. Ingbert) über die Durchführung des Selbstschutzes in den Gemeinden durch die Bürgermeister als örtliche Zivilschutzleiter.

Gute Vergleichsmöglichkeiten über den Stand des Zivilschutzes im Saarland und dem benachbarten Lothringen ergaben sich dann durch einen in deutscher Sprache gehaltenen Vortrag des Generalsekretärs der Association Departementale pour la Protection Civile in Metz, A. Bizeul, der zugleich Direktor des Service de la Protection Civile de la Moselle ist. Mr. A. Bizeul erläuterte die Aufgaben der Association, die im Gegensatz zum Service (einer Körperschaft des öffentlichen Rechts) einen Verein (Körperschaft des privaten Rechts) darstellt. Sie besteht aus zahlreichen Einzelmitgliedern, in ihrem Präsidium sind die Präsidenten des Französischen Roten Kreuzes, der Pompiers und vieler anderer Organisationen vertreten. In ganz Frankreich hat diese Association 40 000 Mitglieder. In Lothringen sind es rund 4000 Personen. Aus den Mitgliedsbeiträgen konnten bisher neben den staatlichen Zivilschutz-

schulen 5 neue Schulen eingerichtet werden, die jüngste bei Metz. Jede dieser Schulen hat einen Einzugsbereich von zehn Departements. Die neue Schule in Metz ist u. a. für das Moseldepartement zuständig.

Im Verlaufe seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrags lud Direktor und Generalsekretär Bizeul saarländische Helfer des BVS für Oktober dieses Jahres zu einem zweitägigen Besuch der neuen Zivilschutzschule in Metz ein, dem sich eine Fahrt zu den Schlachtfeldern von Verdun anschließen soll, wo die Munitionssprengkommandos auch heute noch jährlich zwanzig- bis dreißigtausend Granaten, zum Teil noch mit Gelbkreuzfüllung, finden und beseitigen.

Nach Beendigung des Vortrages sprach ein weibliches Vorstandsmitglied der FDP-Ortsgruppe Wallerfangen spontan Generalsekretär Bizeul den Dank der Teilnehmer aus und gab im Namen aller Tagungsteilnehmer ihrer Freude über die enge Zusammenarbeit des saarländischen und lothringischen Zivilschutzes Ausdruck, die beide im Dienste der Humanität tätig seien.

Ein Vortrag des Fachgebietsleiters für Bau und Technik, Architektur F. W. Glaser, über die finanziellen und technischen Möglichkeiten des Schutzraumbaus beendete die Tagung.

Bayern

50.000. Teilnehmer erwartet

Als Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting die Dienststelle Ansbach besuchte, konnte Dienststellenleiter Dietmar Peter auch Landrat Georg Ehnes willkommen heißen. An dem Gespräch nahmen außerdem der BVS-Bereichsbeauftragte für Ober-, Unter- und Mittelfranken, Richard Breu, sowie Beauftragte und ehrenamtliche Mitarbeiter teil. Dietmar Peter berichtete über die erfolgreiche Aufklärungsarbeit, die der BVS im

Landkreis geleistet habe. Er konnte dabei auf die besondere Leistung der fahrbaren Ausbildungsstelle hinweisen. Im Laufe dieses Jahres wird der 50 000. Teilnehmer an öffentlichen BVS-Veranstaltungen im Dienstbereich erwartet.

Frhr. v. Leoprechting wies auf die schwierige Personalsituation hin. Die Gebietsreform hat ihre Auswirkungen auch auf die BVS-Organisation. Künftig sollen Großraumdienststellen gebildet werden, welche den ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern vor allem die Verwaltungsarbeiten abnehmen sollen. Als Hauptaufgabe

bezeichnete der Landesstellenleiter die Öffentlichkeitsarbeit, bei der verstärkt für die ehrenamtliche Tätigkeit im BVS geworben werden solle, um den Personalstand zu verbessern.

Landrat Georg Ehnes informierte sich näher über die Tätigkeit des BVS im Großkreis und hob die Ausbildungsleistung des BVS auf den Gemeinden besonders hervor. Die Ansbacher Dienststelle könne auch weiterhin mit einer Unterstützung bei der Aufklärung und Information der Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen rechnen.

Eltern sind angesprochen

In engster Zusammenarbeit mit der örtlichen BVS-Dienststelle wendet sich das Referat für Kreisverwaltung und öffentliche Ordnung der Landeshauptstadt München mit einem Brief an die Eltern der Schüler, die durch den BVS eine Ausbildung erhalten. In dem Brief werden die Eltern aufgefordert, selbst an einer Ausbildung im Selbstschutz teilzunehmen. Oberbürgermeister Kronawitter hat dieser Aktion, die auch vom Staatlichen Schulamt gefördert wird, ausdrücklich zugestimmt. Durch den Brief an die Eltern wird die Aktion des BVS „Können Sie helfen“ von der Landeshauptstadt nachhaltig unterstützt.

Ausstellung in Erlangen

Die Ausstellung „Selbstschutz“ wurde vom 12. März bis 4. April in der Hauptstelle der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen, im Zentrum der fast 100 000 Einwohner zählenden Universitätsstadt, gezeigt. Die weiträumige Schalterhalle erlaubte eine großzügige Gliederung der einzelnen Ausstellungsteile. In einem gezogenen Oval waren zehn Rundtische mit je einer Bild- und Schrifttafel aufgestellt. Mit einem Ansteckschild „BVS-Information“ kenntlich gemacht, standen abwechselnd 8 Aufklärungshelfer — insgesamt 82 Stunden — bereit, informierten interessierte Besucher und boten Aufklärungsmaterial an. Die Wahl der Ausstellungszeit trug wesentlich zur guten Publikumswirksamkeit bei, denn nach Auskunft der Sparkasse ist „um Ultimo“ mit der größten Besucherzahl zu rechnen. „Vorsorgen“, jedem Sparkassenkunden geläufig, fügte sich auch thematisch gut gewählt in den Gesamtrahmen ein und bildete den Ausgangspunkt aller Informationsgespräche.

Bundesverdienstkreuz

In den Diensträumen des Ministerialdirigenten Dr. Josef Prandl überreichte Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting den ehrenamtlichen Mitarbeitern des BVS Franz Englhard (Regensburg) und Carl Riesche (München) das Bundesverdienstkreuz

am Bande. Er würdigte die Mitarbeit im BVS von Franz Englhard, der seine Hauptaufgabe seit Jahren in der Ausbildung sieht. Carl Riesche sei es



Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting (l.) mit Carl Riesche und Franz Englhard.

wesentlich zu verdanken, daß die Verwaltungsarbeit reibungslos gemeistert und auf dem Gebiet der Prüfung und Abwicklung der Verdienstausfälle keine Stockungen eingetreten seien. Ministerialdirigent Dr. Prandl wies als Repräsentant der Freistaates Bayern auf die Tätigkeit des Verbandes hin, die noch immer zu wenig Anerkennung finde, beglückwünschte die beiden ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter für die verdiente Auszeichnung und betonte gleichzeitig seine engen guten Beziehungen zum Bundesverband für den Selbstschutz.

Diskussion in Bad Reichenhall

Im „Haus der Jugend“ in Bad Reichenhall fand eine sehr gut besuchte Plenumsdiskussion statt. Bereichsbeauftragter Konrad Hinderberg, der bereits in Oberfranken eine Reihe solcher Veranstaltungen mit Erfolg durchführte, zeichnete auch hier verantwortlich für die Vorbereitung, die von der BVS-



Blick in den gut besetzten Saal des Hauses der Jugend in Bad Reichenhall während der Plenumsdiskussion.

Dienststelle Laufen geleistet wurde. Zusammen mit Oberregierungsdirktor Dr. Ludwig Kaußler, Landrat Dr. Rudolf Müller, dem SPD-Kreisvorsitzenden Hans Sobek sowie den BVS-Mitarbeitern Konrad Hinderberger, Rudolf Spieske, Alfred Lierheimer und Walter Eder beantwortete Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting die von den rund 120 Anwesenden sehr zahlreich gestellten Fragen. Allgemein wurde dabei daran Kritik geübt, daß der Staat bisher zu wenig für den Selbstschutz der Zivilbevölkerung getan und die Bevölkerung ihrerseits bis heute immer noch zu wenig Interesse zeige. Ein Diskussteilnehmer charakterisierte die allgemeine Situation mit dem Hinweis, man sehe zwar die Dinge, ziehe aber nicht die notwendigen Konsequenzen. Oberregierungsdirktor Dr. Kaußler wies mit Nachdruck darauf hin, daß die öffentliche Hand schon eine ganze Menge getan habe. Die Arbeit des BVS, der mit einem Minimum an Geldmitteln auskommen muß, würdigte Landrat Dr. Müller mit anerkennenden Worten. Es ist bemerkenswert, daß sich ein Diskussteilnehmer nach der Aussprache zur freiwilligen Mitarbeit im Bundesverband für den Selbstschutz meldete.



Max Poppe (r.) nimmt den Glückwunsch des Landesstellenleiters zum Jubiläum entgegen.

Dienstjubiläum

Während einer geselligen Veranstaltung der BVS-Landesstelle ehrte Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting den Bediensteten Max Poppe anlässlich seines silbernen Dienstjubiläums. Mit einer Würdigung seines verdienstvollen Wirkens — Max Poppe gehört der Landesstelle seit dem 1. 2. 1956 an — überreichte er ihm die Ehrenurkunde für eine 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst. H. Hoppe war früher bei der Stadtverwaltung Jägerhof (Sudetenland) und Leobschütz (Oberschlesien) tätig.



Landesbeauftragter W. Lenz ausgeschieden

Am 25. April vollendete Dipl.-Ing. Walter Lenz, Landesbeauftragter der Bundesanstalt THW für Baden-Württemberg, sein 65. Lebensjahr. Nach Besuch der Technischen Hochschule in Stuttgart und in Berlin-Charlottenburg, wo er sein Diplomexamen für den allgemeinen Maschinenbau ablegte, war er in maßgeblichen Funktionen in der Industrie tätig. Im Jahre 1952 übernahm er bei der damals noch im Aufbau befindlichen Dienststelle des THW-LB VIII in Stuttgart die Leitung des Hauptsachgebietes I —

Organisation, Ausbildung, Einsatz und Technik. Mit dem Amt des Landesbeauftragten wurde er 1959 betraut.

Am 26. April erfolgte bei einem Empfang im Haus des Corps Stauffia in Stuttgart seine Verabschiedung durch den Vizepräsidenten des BzB und Direktor des THW im Beisein von Vertretern des Innenministeriums Baden-Württemberg, der Hilfsorganisationen, der Bundeswehr, der Stadt Stuttgart — Amt für Zivilschutz —, eines repräsentativen Querschnittes der Kreis- und Ortsbeauftragten des THW, des Vorsitzenden des örtl. Personalrates, allen Angehörigen der LB-Dienststelle und einigen auswärtigen THW-Geschäftsführern. In seiner Ansprache wies Vizepräsident Dipl.-Ing. E. Schmitt auf die vielfältigen Fähigkeiten des ausscheidenden LB hin, u. a. das Leistungsvermögen des THW in seinem Dienstbereich wesentlich zu steigern und auch neue Aufgaben aufzugreifen, wie z. B. den Bailey-Brückenbau.

Den Dank des Landes für die im Interesse des Katastrophenschutzes geleistete Arbeit überbrachte im Auftrage des Ministerpräsidenten und des Innenministers Ministerialdirektor Dr. Geiger. Er führte aus, daß es Lenz gelungen sei, das THW in Baden-Württemberg weitverzweigt in den Gemeinden zu verankern.

Zusammenfassend konnte aus diesen und den folgenden Worten anderer Persönlichkeiten entnommen werden, das das THW in der Dienstzeit des LB Lenz beträchtlich verstärkt und



THW-Vizepräsident E. Schmitt verabschiedete Landesbeauftragten Lenz.

ausgebaut wurde. In 103 Ortsverbänden sind jetzt über 7500 Helfer mit entsprechenden Fahrzeugen und Geräteausstattungen für den Katastrophenschutz verfügbar. Ihre ausgezeichnete Einsatzfähigkeit haben diese Kräfte mehrfach bei Katastrophen und Notfällen bewiesen. Auch bei verschiedenen humanitären Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland wurden mehrmals THW-Kontingente aus dem Südwesten eingesetzt. Unter der talentierten Leitung des scheidenden LB Lenz entwickelte sich das THW im Lande Baden-Württemberg zu einer qualifizierten Katastrophenschutzorganisation.

Nachruf

Unser Kamerad und Träger des THW-Helferzeichens in Gold

Gerd Klesse

ist an den Folgen eines Betriebsunfalls verstorben.

Wir verlieren in ihm einen THW-Kameraden, der uns allen Vorbild in Pflichterfüllung und Kameradschaft war. Er wird uns sehr fehlen.

Ortsverband Büsum

Der Ortsverband Wittlich trauert um den Helfer

Willi Heil,

der im Alter von 47 Jahren durch einen tragischen Arbeitsunfall ums Leben kam.

Heil war seit Gründung des Ortsverbandes Wittlich als Helfer tätig. Der Ortsverband Wittlich verliert in ihm einen stets beliebten und zuverlässigen Kameraden.

Ortsverband Wittlich

*

Durch einen tragischen Betriebsunfall verloren wir unseren Kameraden

Wolfgang von Windheim

im Alter von 19 Jahren.

Der Bezirksverband Hamburg-Mitte nimmt Abschied von einem Helfer, der durch seine selbstlose Hilfsbereitschaft und sein kameradschaftliches Verhalten bei allen Helfern beliebt war.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Bezirksverband Hamburg-Mitte

*

Durch einen tragischen Unfall verlor der Ortsverband Kassel am 14. April seinen Kameraden

Paul Pfaff

im Alter von 52 Jahren.

Der Ortsverband nimmt von einem Helfer Abschied, der seit 1966 dem THW angehörte.

Durch sein offenes Wesen, seine stete Einsatzbereitschaft und sein kameradschaftliches Verhalten war er bei allen Helfern beliebt und dem OV Kassel ein treuer Mitarbeiter. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverband Kassel

*

An den Folgen eines Unfalls verstarb der Helfer

Albert Erb

am 16. April in Ausübung seines Berufs als Kraftfahrer.

Die Kameraden des Technischen Hilfswerks werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ortsverband Schwäbisch Hall

Wirbelsturm wütete in Kiel

Ein Todesopfer und viele Verletzte sowie Sachschäden von mehreren Millionen DM verursachte am 5. Mai eine Windhose, die gegen 18 Uhr, aus dem Westen des Kreises Rendsburg-Eckernförde kommend, die Landeshauptstadt heimsuchte. Auf einer ungefähr neun Kilometer langen Schneise deckte der Sturm reihenweise Häuser ab, zerstörte weit über 100 Autos, warf Bäume um, knickte Lichtmasten und zertrümmerte tausende Fensterscheiben.

Die Verwüstungen begannen in Kiel-Hammer und setzten sich über Russee und Hassee in Richtung Innenstadt fort. Entlang der Rendsburger Landstraße von Russee bis Wulfsbrook/Saarbrückenstraße wurde nahezu jedes dritte Haus mehr oder weniger beschädigt.

Der Sturm zog über das Sophienblatt am Bahnhof vorbei, übersprang die Hörn — einen Teil des Kieler Hafens — und wütete dann weiter im Werftgelände von Gaarden sowie im anschließenden Wohngebiet, in dem erhebliche Gebäudeschäden entstanden.

Als der Sturm über die Rendsburger Landstraße hinwegbrauste, befand sich Geschäftsführer Hübner des OV Kiel gerade in der dort gelegenen Unterkunft. Als er die Heftigkeit des Sturmes erkannte, rief er sofort die Berufsfeuerwehr an und informierte sie darüber sowie über die Tatsache, daß voraussichtlich mit erheblichen Folgeschäden zu rechnen sei; ferner, daß sich zur Zeit etwa 45 Helfer aus 3 Bergungszügen anlässlich eines Ausbildungsdienstes auf dem Elandsberg befänden, die sofort einsatzbereit wären.

Zu diesem Zeitpunkt hatte man bei der Berufsfeuerwehr noch keine vollständige Übersicht über die Lage. GF Hübner fuhr sofort zum Elandsberg hinauf und sorgte für den Einsatz der dort vorhandenen Kräfte.

Um 19.03 Uhr kam von der Berufsfeuerwehr die Anforderung durch: „Möglichst zahlreiche Kräfte sind im Gebiet Königsweg/Ringstraße einzusetzen, wo Straßen freizumachen und Häuser, insbesondere Dächer, zu sichern sind“.



Zertrümmerte Dächer und Autos kennzeichneten das Straßenbild.

Eine weitere Anforderung betraf die Hassee Straße 131, wo eine Freileitung quer über der Straße lag. Die Stadtwerke waren nicht in der Lage, allen Anforderungen nachzukommen. Diesen Schaden beseitigte der E-Dienst. Vom THW-OV Kiel waren zu diesem Zeitpunkt außer dem E-Dienst noch drei weitere Züge im Einsatz.

Von einer technischen Hilfeleistung kamen in diesem Augenblick Kräfte des 8. Bergungszuges in Stärke von 10 Mann zurück. Kurze Zeit darauf trafen außerdem Kräfte des 7. Bergungszuges ein, die auf einer Bewegungs- und Ausbildungsfahrt gewesen waren.

Auf diese Weise standen ab etwa 19 Uhr insgesamt 62 Kräfte zur Verfügung — ohne daß eine besondere Alarmierung durchgeführt zu werden brauchte. Inzwischen verstärkten sich die Einsätze.

Lichtmasten in der Gärtnerstraße waren zu beseitigen, ebenfalls zwei Bäume. Weitere Einsatzaufträge lauteten auf Beseitigung von Dachschäden und gefährdete Teile eines abgerissenen Balkons am Königsweg; daneben lief der schon länger andauernde Einsatz Räumung des Königswegs.

Bei dieser Gelegenheit wurde von den Helfern auch das Dach der Frauenfachschule gesichert, indem lose Teile

entfernt und schwere Teile, die sich ebenfalls gelockert hatten, befestigt wurden; außerdem mußten sie im gegenüberliegenden Blindenheim umfangreiche Dachsicherungsarbeiten durchführen. Letzteres hatte mit Rücksicht auf die Bewohner mit besonderer Behutsamkeit zu geschehen.

Anschließend kam die Anforderung für einen Einsatz in der Rendsburger Landstraße 313. Es handelte sich um ein Haus, in dem sämtliche Fenster zerstört worden waren und die gesamte Dachfläche mit Folie oder Plan abgedeckt werden mußte.

Zu dieser Zeit lief ein weiterer Einsatz an, und zwar im Bereich Gaarden. Hier galt es in einem Wohngebiet weitere Dachschäden zu sichern und der Bevölkerung bei der Abdichtung von Fenstern tatkräftig Hilfe zu leisten.

Es zeigte sich, daß es am späten Sonnabendabend äußerst schwierig war, Folie zu bekommen. Schließlich gelang es doch, so daß 30 Männer in dem genannten Gebiet eingesetzt werden konnten, um dort mit Polyäthylen-Folie und Holzlatten die Arbeiten vornehmen zu können.

Die Einsätze liefen gegen Mitternacht aus. Die Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr hat ausgezeichnet geklappt.

Am darauffolgenden Morgen, also am Sonntag, 6. Mai, wurde der Orts-

beauftragte durch die Kieler Wohnungsbaugesellschaft angerufen und um einen weiteren Einsatz gebeten. Es wurde vereinbart, diesen in Form einer Technischen Hilfeleistung durchzuführen. Es handelte sich ebenfalls um Dachsicherungsarbeiten in Kiel-Gaarden. Der Auftrag wurde am Sonntagnachmittag in der Zeit von 12 bis 18 Uhr mit insgesamt 25 Einsatzkräften erledigt.

Allen Helfern des Ortsverbandes Kiel, die an diesem Sturminsatz teilgenommen haben, spricht der Landesbeauftragte auch an dieser Stelle noch einmal Dank und Anerkennung für ihre Einsatzbereitschaft und ihre vorbildlichen Leistungen aus.

Oberbürgermeister Bantzer richtete am 7. Mai folgendes Schreiben an Ortsbeauftragten Lienhart:

„Die freiwilligen Helfer des THW-Ortsverbandes Kiel haben am 5. und 6. Mai 1973 bei der Bekämpfung der Unwetterschäden schnelle und wirkungsvolle Hilfe geleistet. Besonders ist das umsichtige und vorsichtige Verhalten im Blindenheim zu erwähnen. Durch den selbstlosen Einsatz konnten Gefahren in kurzer Zeit gebannt und weitere Schäden verhindert werden. Auf diesem Wege möchte ich allen Beteiligten für die in unserer Stadt tatkräftig geleistete Hilfe danken.“

MdB Möller informierte sich

Während einer ganztägigen Bereisung informierte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Möller (Lübeck) über die Aufgaben, die organisatorischen Probleme nach der Einordnung sowie über die materielle und finanzielle Ausstattung des Technischen Hilfswerks.

MdB Möller ist Berichterstatter für die zivile Verteidigung im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages. Daher galt sein besonderes Interesse auch der Unterbringung der THW-Ortsverbände, die in manchen Fällen der vordringlichen Mittelbereitstellung bedarf, um sachgerechte Unterkünfte zu schaffen.

Gespräche mit Führungskräften, so z. B. in Großhansdorf, rundeten das gewohnte Bild ab, das der stark interessierte Abgeordnete sich im Verlauf dieser Informationsreise verschaffen konnte. Für ihn war es nur schwer faßbar, unter welchen primitiven Verhältnissen ehrenamtlich im THW tätige Staatsbürger in einigen Fällen untergebracht sind.

Beim Abschied versprach er seinen Gesprächspartnern vom THW, daß er sich in Zukunft intensiv um die Belange des Technischen Hilfswerks bemühen werde.

Landesinnenminister würdigte THW

Innenminister Rudolf Titzck empfing am 14. März den Landesbeauftragten von Schleswig-Holstein der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Volkswirt Helmut Meier, dessen Stellvertreter Dr.-Ing. Friedrich Dölbör sowie die gewählten Vertreter der Kreis- und Ortsbeauftragten, Gewerbeoberstudienrat i. R. Fritz Jatho und Stadtbaumeister Gerd Rittner, zu einem Gespräch.

Aufgrund einer von LB Meier gegebenen Übersicht über Ausbildungsstand und Einsätze der Einheiten des THW wurden die umfangreichen Aufgaben des THW-Landesverbandes Schleswig-Holstein, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung des Katastrophenschutzes, erörtert.

Dabei bildeten die Probleme, die sich aus der Anfang des Jahres begonnenen Umorganisation des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik ergeben, einen besonderen Schwerpunkt.

Der Innenminister dankte allen Angehörigen des THW für ihren selbstlosen Einsatz und sagte zu, daß die Landesregierung alle Maßnahmen unterstützen werde, die die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk und den weiteren Aufbau des Katastrophenschutzes fördern.

niedersachsen



Ausbildung beim OV Oldenburg

Neue Helfer im THW nehmen an einer Grundausbildung teil, bevor sie in den Fachsparten weiter ausgebildet werden. Im LV Niedersachsen schließt die Grundausbildung mit einer Prüfung ab.

An einem Samstag hatte der OV Oldenburg seine Grundschein-Anwärter zu einer Ausbildungsveranstaltung auf einem Übungsgelände des BVS eingeladen. Zweck dieser Ausbildung im Gelände war es, neben der Ausbildung in Tätigkeiten, die in der Unterkunft nicht möglich sind, einen Überblick über das praktische Können der Helfer zu gewinnen.

Dementsprechend war der Vormittag mit dem Bau eines Beselersteiges und dem Errichten einer Faschinenbank mit anschließender Faschinenherstellung ausgefüllt. Dabei mußten die Helfer unter erschwerten Bedingungen arbeiten, denn kurz nach Übungsbeginn begann es stark zu regnen, und die Helfer waren im Nu durchnäßt. Der Boden des Geländes wurde schlammig, und die Stiche und Bunde des Beselersteiges ließen sich nur schwer wieder lösen. Die Bindeleinen saßen durch die Nässe „bombenfest“.

Gegen Mittag besserte sich das Wetter beträchtlich. Der Hauptteil des Nachmittags war mit dem schulmäßigen Bau von Erdankern und Arbeiten mit dem Greifzug ausgefüllt. Die Taucher aus dem OV hatten den Auftrag, mehrere Fässer aus einem Baggerloch zu bergen. Dabei wurden die Helfer der Grundschein-Gruppe zu

Hilfe gezogen, die damit eine echte Bergungsaufgabe erhielten, die nicht vorher besprochen und eingeplant war. Mehrere Helfer hatten in Eigenleistung ein Versorgungszelt geschaffen, das nun nach fast halbjähriger Arbeit bei dieser Veranstaltung zum ersten Male eingesetzt wurde. Es hat sich bei dem starken Regen gut bewährt. Bei der Übungsbesprechung am nächsten Dienstagabend wurde der Wunsch geäußert, solche wirklichkeitsnahen Übungen öfter abzuhalten. Diesem Wunsch wird Rechnung getragen werden durch vierteljährliche Einplanung einer derartigen Ausbildung in den Dienstplan. Dabei sollen alle im OV tätigen Helfer einbezogen werden.

Abschließend wurde beschlossen, die neuen Helfer dem Landesverband für die Ablegung der Grundschein-Prüfung vorzuschlagen.



15 Jahre Mithilfe beim Fischereihafen-Rennen

Seit 15 Jahren beteiligt sich der OV Bremerhaven an der Durchführung des jährlichen Fischereihafen-Rennens. Am 28. und 29. April war es wieder einmal soweit.

Mit 147 Helfern an beiden Tagen wurde die zur Routine gewordene Aufgabe durchgestanden.

An der rund 2200 m langen Rennstrecke wurden am Sonnabend, wie immer, waggonweise Strohballen abgeladen und damit Straßenkurven, Hallenecken, Lichtmasten usw. gesichert. Kilometerlange Absperrungen wurden aufgebaut und eine Tribüne für 600 Personen aufgestellt.

Während der Aufbauarbeit der Rennstrecke bereitete der OV-Koch mit 6 Helferinnen in der Unterkunft die 240 Portionen Erbsensuppe vor, die am Sonntag vor dem Hauptrennen ausgegeben werden sollten. Nebenbei wurden von dieser Gruppe die am Fischereihafen arbeitenden Helfer gepflegt.

Am Sonnabend gegen 21 Uhr war es dann geschafft und die Rennstrecke für das Motorradrennen aufgebaut. Am Sonntag um 7 Uhr fuhren 63 Helfer des OV Bremerhaven, verstärkt durch 18 Helfer des BV Bremen-Hastedt, zum Fischereihafen, um während des Rennens ihre Aufgabe als Absperr-, Kurven- und Streckenposten zu erfüllen.

Leider war das Wetter dem Unternehmen nicht wohlgesonnen, denn ab mittag wurde durch einen Dauerregen von vier Stunden der

Hilfeinsatz für die Helfer reichlich verwässert und ungemütlich. Mit Tee und Rum wurde die Einsatzfreude wieder hergestellt und alle Helfer wieder aufgewärmt, so daß nach dem Rennen, gegen 17.30 Uhr, die Rennstrecke und die Tribüne in knapp 3 Stunden wieder abgebaut werden konnten.

An diesen zwei Tagen leisteten Helferinnen und Helfer 1900 Stunden.

Gemeinsame Übung

Im Landesverband Bremen konnte, wie schon des öfteren geschehen, das gute Zusammenspiel zwischen den Bezirksverbänden und einer Wochenendübung erprobt werden. Bei einer gemeinsamen Übung, an der sich die Bezirksverbände Bremen-Vegesack und Bremen-West beteiligten, wurde Waldbrandbekämpfung und Waldlagerbau in den Wäldern von Garlstedt durchgeführt. Die Anregung zu dieser Übung gab der Revierförster. Er erinnerte sich gerne an das Technische Hilfswerk, hatte doch der Bezirksverband Bremen-West in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband Bremen-Neustadt im Sommer 1970 eine 20-to-Brücke im Wald von Garlstedt erstellt.

Diesesmal sollte ein an einem Bach mitten im Wald gelegener Jugendlagerplatz, der durch den Sturm im November vergangenen Jahres zerstört wurde, wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt werden. Da außerdem auch noch

sämtliche Zufahrtswege zu diesem Platz durch umgestürzte Bäume versperrt waren, wurde für die Übung folgende Lage angenommen.

Eine Gruppe junger Menschen sitzt am späten Abend um ein Lagerfeuer. Ein plötzlich auftretender Sturm zerstört diese Idylle, ein stürzender Baum zerstreut das Feuer, so daß es sich schnell ausbreitet und für den Wald akute Gefahr besteht.

In dieser Situation rückt das Technische Hilfswerk mit 35 Helfern und 6 Fahrzeugen an. Helfer und Fahrzeuge, darunter ein GKW, müssen sich durch die von umgestürzten Bäumen versperrten Zufahrtswege kämpfen, um den Brandherd zu erreichen. Vier Motorsägen, davon zwei durch Notstromaggregate angetrieben, werden eingesetzt sowie Äxte, Beile und Bügelsägen. Nachdem die Gruppen sich bis an das Feuer herangearbeitet haben, müssen Schneisen geschlagen und der Bach aufgestaut werden, um zusätzlich Löschwasser zu erhalten. Nach Beendigung dieser Arbeiten wurde „Feuer aus“ gemeldet. Inzwischen hatte auch der Koch für das leibliche Wohl der Helfer gesorgt. Nach dem Essen wurden die zerstörten Feuerstellen wieder instandgesetzt und das Lager für die Nacht vorbereitet.

Am Sonntagmorgen, nach einem kräftigen Frühstück, wurden Baumstämme auf die für Dreibeck und Derrickbau benötigten Längen geschnitten, geschält und verladen. So konnten die Bezirksverbände gleichzeitig ihren Bedarf an Rundhölzern decken. Abschließend wurde der Lagerplatz aufgeräumt und der Heimweg angetreten.



Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr

In den vergangenen Jahren hatte sich das THW bemüht, an Einsätzen der Feuerwehren im normalen Alltag — also nicht nur im Katastrophenfall entsprechend KatSG — beteiligt zu werden. Dieser Wunsch der THW-

Helfer ist verständlich, und die Argumentation dazu wird von den zuständigen Behörden uneingeschränkt anerkannt. Gescheitert war es jedoch bisher u. a. an Alarmierungs- und an Kostenproblemen.

Als dem neuen LB für Hamburg, Ing. grad. Trautvetter, die Dienstgeschäfte vor fast genau einem Jahr übertragen wurden, beschäftigte auch ihn dieses

Thema sehr stark, denn er kannte die gleichen Wünsche aus seiner Tätigkeit beim LB für Berlin. Eine praxisnahe Ausbildung durch die Teilnahme an Einsätzen bringt nicht nur für die Helfer, Unterführer und Führer von Einheiten wichtige Erkenntnisse und fördert die Gesamtarbeit, sondern sie vermittelt auch für die Einsatzabteilung eines LV wertvolle Aufschlüsse. Was lag also näher, die

in Berlin gemachten Erfahrungen auf Hamburger Verhältnisse zu übertragen und der Feuerwehr entsprechende Vorschläge für eine Unterstützung zu unterbreiten.

In Gesprächen mit dem Leiter der Hamburger Berufsfeuerwehr, OBD Gebhardt, und BD Faasch mußten zunächst für die in Hamburg gegenüber Berlin z. Zt. noch nicht vorhandene Möglichkeit der Alarmierung mit Funkalarmempfängern und der Einsatzlenkung über Funk, Übergangslösungen gesucht und erarbeitet werden; sie wurden in Kompromissen — telefonische Alarmierung und Einsatzlenkung über die Leitfeuerwehren in den Verwaltungsbezirken — gefunden. Mit Unterstützung des BzB soll nunmehr das THW Hamburg mit Funkalarmempfängern neuester Bauart und Funkgeräten für den gemeinsamen Einsatz mit der Berufsfeuerwehr und den Freiwilligen Feuerwehren baldmöglichst ausgestattet werden. Erste Gespräche dazu wurden bereits zwischen dem BzB, der Berufsfeuerwehr und dem THW in Hamburg geführt.

Seit dem 1. Januar, nach über neunmonatiger Vorbereitungszeit, wird das THW mit seinen Bergungs- und Instandsetzungsarbeiten bei Ausnahmeständen der Berufsfeuerwehr der Freien und Hansestadt Hamburg zusammen mit den Freiwilligen Feuerwehren alarmiert und zur Unterstützung herangezogen. Die Aufgaben, die in solchen Fällen auf die THW-Helfer warten, sind nicht nur in der Lage Hamburgs als Hafenstadt zu suchen, sondern wie in jeder Großstadt, wobei der Hafen ein besonderes Kriterium bildet, vorzufinden.

Der 13. November des vergangenen Jahres — Hamburg hatte nur einen Ausläufer des Sturmes zu spüren bekommen — und die nachfolgenden Tage des Einsatzes von Hamburger THW-Helfern in den angrenzenden Landkreisen in Niedersachsen haben den Verantwortlichen klar gezeigt, wo die Einsatzschwerpunkte auch in Zukunft liegen. Diese Tage haben auch der Berufsfeuerwehr und der THW-Führung gezeigt, daß die Helfer nicht nur bereit sind zu helfen, sondern auch fachlich gut vorbereitet sind. Wie wird sich nun ein Einsatz in Hamburg abspielen?

Bei einer entsprechenden Sturmwarnung des Seewetteramtes werden die BV über den LV voralarmiert, um bei einem Ausnahmestand der



THW-Helfer Hand in Hand mit Feuerwehrmännern bei Aufräumarbeiten.

Berufsfeuerwehr schnell zur Verfügung zu stehen. Nach Ausrufen des Ausnahmestandes wird der LV des THW von der Einsatzzentrale (EZ) der Feuerwehr angesprochen und um Unterstützung gebeten. Vom LV aus werden je nach Lage alle BV oder nur Spezialeinheiten alarmiert. Ein Vertreter des LV begibt sich sofort zur Einsatzzentrale der Feuerwehr — er sitzt dort zusammen mit dem Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr —, um von dort aus die THW-Einheiten zu lenken. Der Ersteinsatz wird nach der Einsatzbereitsmeldung der Einheiten über den LV an diese weitergeleitet. Alle nachfolgenden Einsätze werden von den Leitfeuerwachen in den einzelnen Bezirken, die diese Aufträge wiederum von der EZ der Hauptfeuerwache erhalten, an die Einheiten weitergegeben. Alle Einheiten — in der Regel rückt bei Sturm- und Wasserschäden nur ein THW-Fahrzeug als selbständige Einheit aus — müssen also zur Erledigung eines Auftrages die zuständige Leitfeuerwache anfahren oder telefonisch bei ihr anfragen, wo weitere Schäden zu beheben sind. In den Leitfeuerwachen lenkt der jeweilige Bereichsführer einer Freiwilligen Feuerwehr den Einsatz seiner Einheiten und gibt die Aufträge für die THW-Einheiten weiter.

Das als Übergangslösung anzusehende Zwischenschalten eines Bereichsführers auf den Leitfeuerwachen wird nach Fertigstellung der neuen Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr und der Ausrüstung der THW-Einheiten mit ausreichenden Sprechfunkgeräten entfallen können; ein Einsatz wird dann direkt aus den EZ gelenkt werden.

Die beteiligten Behörden — Feuerwehramt und THW Hamburg — sind sich darüber im klaren, daß mit dieser Lösung z. Zt. das Optimalste erreicht werden konnte. Die Erfahrungen des Großeinsatzes am 13. 11. 1972 sowie kleinere Einsätze mit Spezialaufgaben seit dieser Zeit haben dieses gezeigt und bestätigt.

Die Helfer des THW Hamburg sind über die Entwicklung nach Jahren des Zusehens sehr erfreut und wünschen sich für die Zukunft in größerem Umfang als in der vergangenen Zeit helfen zu können. Die Voraussetzungen dazu sind seit dem 1. Januar 1973 von der Berufsfeuerwehr der Freien und Hansestadt Hamburg und dem THW geschaffen worden. Funkalarmempfänger werden den weiteren Ausbau der Unterstützung der Feuerwehr zum Wohle der Bürger mit Hilfe des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz fördern und das Hamburger THW damit zum Partner für die Berufsfeuerwehr machen.

„Im Grunewald ist Holzaktion“

Noch Monate nach dem schweren Orkan am 13. November 1972 ist in den Wäldern das verheerende Ausmaß der Verwüstung auf Schritt und Tritt zu sehen. Obwohl die Forstverwaltungen alle verfügbaren Kräfte für die Aufräumung eingesetzt haben, konnten sie trotzdem nur einen Bruchteil dessen aufarbeiten, was bei diesem Orkan zu Schaden kam. Schwere Folgeschäden drohen jedoch nun dem Wald. Das viele liegende dürre Holz vermehrt in beängstigender Weise die Waldbrandgefahr. Ganz akut ist jedoch der Borkenkäferbefall, der auch den gesunden Baumbestand bedroht. Der milde Winter und die ersten warmen Frühlingstage haben nun auch gezeigt, daß die Befürchtungen in dieser Richtung durchaus zutrafen und mit allen Kräften versucht werden muß, die Brutstätten dieses Schädlings, d. h. das liegende Holz, zu beseitigen und nötigenfalls zu verbrennen. Zur Unterstützung des Forstpersonals sind zu diesem Zweck schon seit längerer Zeit die Bereitschaftspolizei und die Freiwillige Polizeireserve eingesetzt. Über den Senator für Inneres ging deshalb vom Landesforstamt die Anforderung auch an das THW, sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Aus Termingründen wurde dann kurzfristig innerhalb von zwei Tagen ein Wochenendeinsatz vorbereitet, und am folgenden Samstag zogen 150 Helfer mit 30 Fahrzeugen zur „Holzaktion in den Grunewald“. Durch die Forstbeamten wurden die Aufgaben zugewiesen. Hierzu entnehmen wir dem Einsatzbefehl:

„Es sind folgende Arbeiten durchzuführen:

- Fällen von beschädigten Bäumen,
- Entrinden von liegendem Holz,
- Schneiden von liegendem Holz,
- Zusammentragen und Verbrennen von Baumkronen.“

An sieben verschiedenen Einsatzstellen arbeiteten die Helfer zwei Tage lang von frühmorgens bis abends. Bei herrlichem Frühlingswetter, während der Grunewald von Spaziergängern und Reitern wimmelte, haben diese Helfer und deren Familien auf ein freies gemeinsames Wochenende



THW-Helfer transportieren Baumkronen ab und verbrennen sie.



Von den entästeten Stämmen wird die Rinde entfernt.

verzichtet, um einer Gemeinschaftsaufgabe nachzukommen, die für die gesamte Bevölkerung lebenswichtig ist.

Es soll in diesem Zusammenhang jedoch auch nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der Helfer Kritik an dieser Art von Einsätzen übt, da sie mit der Grundaufgabenstellung des THW nichts mehr zu tun hätten. Zugegebenermaßen ist der Umweltschutzgedanke hierbei stark ausgeprägt. Andererseits sind der vorbeugende Katastrophenschutz und

die Arbeiten zur Abwendung einer drohenden Katastrophe primäre Aufgabe aller zuständigen Kräfte. Sicherlich wird unter der leider so spät erkannten drohenden Gefahr der Umweltverschmutzung eine Aufgabenerweiterung auch für das THW sich zwangsläufig ergeben müssen, da es kaum eine Aufgabe gibt, die im weitesten Umfange mehr humanitäre Züge aufweist als die Arbeiten für den Umweltschutz. Hierzu müssen jetzt die Bedingungen geschaffen werden, damit die Welt auch morgen noch lebenswert ist.



THW und Feuerwehr probten den Einsatz

In den Morgenstunden des Sonntags fand am Langemarckweg in der Nähe des Bundeshauses eine überaus realistische Großübung von Freiwilliger Feuerwehr und THW statt. Bereits um 8.15 Uhr hatte sich der Löschzug Bonn-Poppelsdorf der Freiwilligen Feuerwehr als „Brandstifter“ betätigt. Brandobjekt war ein altes verlassenes Haus, das mit Holz und alten Möbeln vollgepackt war. Zusätzlich wurden die neuralgischen Punkte der Holzkonstruktion mit Altöl begossen, um die Brandwirkung zu verstärken. Ein wesentlicher Nebenzweck war es nach Aussage des Einsatzleiters der Feuerwehr, Brandamtmann Gehrman, während des Brandes die Wiederstandsfähigkeit einer feuerdämmenden Decke auszuprobieren, die schließlich nach einer halben Stunde zusammenbrach.

Alarmiert wurde die Feuerwehrebereitschaft III Bonn-Bad Godesberg mit drei Zügen. Als erster Zug war der Löschzug Godesberg-Mitte zur Stelle. Da sich die Alarmierung der anderen Züge etwas verzögerte, wurde zusätzlich der Löschzug Bonn-Kessenich alarmiert. Beteiligt waren insgesamt 124 Feuerwehrmänner. Nach der „Brandstiftung“ durch die Feuerwehr und dem anschließenden Löschen begann die eigentliche Arbeit der freiwilligen Helfer des THW. Um 9.05 Uhr konnte ein Zug mit 30 Helfern in Richtung Brandherd in Marsch gesetzt werden. Die THW-Helfer begannen alsbald mit den Vorbereitungsarbeiten zum Einreißen des Hauses.

Gewaltige Seilzüge — verbunden mit den Motorwinden von Gerätekraftwagen — wurden um die Mauerwände gelegt. Die günstigsten Angriffspunkte wurden vor Ort von Ausbildungsleiter Severin Krämer sowie den Zugführern Wolfgang Delfosse und Wille Nürnberger bestimmt. In Anwesenheit vieler Zuschauer gelang es durch den gleichzeitigen Einsatz zweier Motorwinden bereits nach 20 Minuten, eine tragende Wand zum Einstürzen zu bringen. Zwischen den Einsätzen der Motorkraft hatten die Helfer alle Hände voll

zu tun, um, eingehüllt in dichte Rauchschwaden, mit Enterhaken und Stemmeisen neue Angriffspunkte für die Seilwinden zu schaffen.

Zweck dieser Vormittagsübung war es, zusammen mit Feuerwehr und THW gemeinsame Tätigkeit im Bereich humanitäre Hilfe zu üben sowie vor allen Dingen festzustellen, wieviel Helfer in einem Ernstfall ohne vorherige Benachrichtigung an einem Sonntag alarmiert werden können. Diese Feststellung fiel auf jeden Fall positiv aus, wenn man z. B. berücksichtigt, daß nach Aussage des stellvertretenden Ortsbeauftragten des THW, Siegfried Werle, in einer Alarmierungsgruppe 70 v. H. aller Helfer erschienen waren.

Ausbildungsfahrt an den Rhein

Einige Frühaufsteher werden sich am Samstag, 14. April, gewundert haben, als um 7 Uhr in der Frühe der blaue Gerätewagen mit aufgepacktem Boot sowie ein Mannschaftswagen des Technischen Hilfswerkes durch Wetter führen. Für sieben Angehörige der THW-Ortsgruppe Wetter hieß es: Wasserdienstausbildung auf dem Rhein bei Wesel.

Einmal nicht heimatische Gewässer der Ruhr und des Harkortsees, sondern zwischen Schleppzügen und Tankschiffen wirklichkeitsnahe Ausbildung am und im Boot mit 40 PS starken Außenborder.

Nach der Ankunft in Wesel um 9 Uhr mußte man noch eine einstündige Wartezeit wegen zu dichten Nebels auf dem Rhein durch theoretische Ausbildung überbrücken, ehe es dann um 14 Uhr „Leinen los“ hieß und Ausbildungsfahrten auf dem bewegten Rhein gestartet werden konnten. Nicht eingeplant war bei dieser Ausbildungsveranstaltung ein Defekt am Außenborder, der die Mannschaft des Bootes inmitten der Rheinschiffe traf. Da hieß es nicht lange gezögert und an das Ufer gepaddelt, wo der Schaden durch fachlich speziell dafür geschulte Angehörige des THW schnell beseitigt war.

Nach 2stündiger Rückfahrt kamen alle Wasserdienstler nach einem Tag der praktischen Ausbildung wohlbehalten um 16 Uhr wieder in Wetter an.

OV Siegburg auf der SIWO 73

An der Siegburger Woche vom 7. bis 15. April, einer Leistungsschau von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, war auch der OV Siegburg beteiligt. Im Freigelände stellten die Helfer neben dem GWK und dem darauf verlasteten Gerät u. a. ein 50-kVA-Notstromaggregat mit Flutlichtanlage, eine Schmutzwasserpumpenpumpe, ein Außenbordmotorboot, ein Erdbohrgerät und Einrichtungen für die Rohrverlegungen zur Schau und gaben damit den Besuchern der Ausstellung einen Einblick in ihre Arbeit.

Die gleichzeitig im Informationszelt laufenden Filmvorführungen über THW-Katastropheneinsätze im In- und Ausland wurden von jung und alt mit großem Interesse aufgenommen und boten Gelegenheit zu weiteren aufklärenden Gesprächen. Der THW-Stand fand bei Besuchern und Presse ein freundliches Echo. Die Mühen der Helfer wurden damit belohnt.

Erdbeben bedrohte Wohnhaus und Straßenverkehr

Starke Regenfälle ergossen sich über den Raum Kürten. Die Wassermassen brachten das auf felsigem Untergrund liegende Erdreich mitsamt seinem Baumbestand ins Rutschen und drohte auf die Straße herunterzustürzen sowie ein in der Nähe stehendes Haus zu beschädigen.

Die Kreisverwaltung alarmierte das Technische Hilfswerk. Innerhalb von einer Stunde waren drei Einsatzfahrzeuge der 55. ZS BB am Einsatzort. Sofort wurde mit dem Aufbau der Beleuchtungsanlage begonnen, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet, die erforderlich wurden, da sich der Steilhang zwar geringfügig, jedoch noch stetig bewegte. Eine weitere Gefahr bestand darin, daß ein in diesem Steilhang verlegtes Hochspannungskabel durch die Bewegung des Erdreiches unter Zugspannung geriet und zu reißen drohte.

Für die Helfer des Bergungszuges bestand nun die Aufgabe darin, unter diesen schwierigen Verhältnissen die auf dem losen Erdreich stehenden Bäume zu fällen. Nach vierstündigem risikoreichen und hartem Einsatz war die akute Gefahr beseitigt.

Begeisterte Junghelfer

Beim OV Neu-Eichenberg/Witzenhausen besteht eine THW-Jugendgruppe: acht aufgeweckte Burschen, deren Mitarbeit im THW allen Spaß macht. Von ihrem Ausbilder Manfred Winter werden sie mit den Hilfsmaßnahmen vertraut gemacht, die sie bereits erfüllen können.



Einem Erdbeben zuleibe ging die THW-Jugendgruppe des OV Neu-Eichenberg/Witzenhausen.



Die Erbsensuppe mit Speck mundet nach getaner Arbeit.

Zum Abschluß der „Jugend-Grundausbildung“ war natürlich eine Übung fällig. „Durch orkanartige Stürme mit Unwettern und pausenlosen Regenfällen hat sich in den Steinköpfen bei Neu-Eichenberg ein Erdbeben ereignet. Die Zufahrtswege zum Schadensgebiet sind durch umgeknickte Bäume versperrt.“ Diese Schadenslage war der THW-Jugendgruppe zum Abschluß der 13monatigen Grundausbildung zugrunde gelegt.

Die Jugendlichen bauten eine Arbeitsbühne mit Mastkranen, mit dem „Verletzte“ geborgen wurden. Zusätzlich hatten sie die Aufgabe, den Verletzten Erste Hilfe zu leisten und sie über schwieriges Gelände zu transportieren.

Der Versorgungstrupp des OV hatte Kalt- und Warmverpflegung bereit-

gestellt. Erbsensuppe mit Speck und Krakauer, in der Unterkunft gekocht, ließ die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte der jungen Helfer schnell wiederkehren.

Ortsbeauftragter Adolf Winter ist mit dem Ausbildungsstand der Jugendlichen sehr zufrieden. Mit Begeisterung nehmen sie die Ausbildung auf, immer auf den Zeitpunkt wartend, mit vollendetem 17. Lebensjahr als „großer Helfer“ im OV übernommen zu werden.

„Klappern gehört zum Handwerk“

Eigentlich waren wir vom Ortsverband Hünfeld ein wenig überrascht, als uns der „hauptamtliche Kraftfahrer“ den Haufen Werbepлакate brachte, den ihm der Landesverband für uns übergeben hatte.

Was, um alles in der Welt, sollen wir damit anfangen? Soviel Säulen, Wände und Anschlagtafeln gibt es in unserer kleinen Stadt gar nicht, um diesen Segen unterzubringen. Und wer soll das alles organisieren, verteilen und aufhängen?

So also sahen die ersten Reaktionen aus — ganz ehrlich! Aber dann, na ja, dann machten wir es wie immer: wir gingen die Sache an!

Sonntag vormittags, da sitzen immer ein paar von den „alten Hasen“ in der Unterkunft zum Frühschoppen. (Warum auch nicht?) Und da wurde der Plan zum Werbefeldzug ausgeheckt, der durch das übergebene Material einfach ausgelöst worden war.

Also, erst mal auf die Dörfer. Wer fährt wohin, wo gibt's Anschlagtafeln, Scheunentore, Kästen für Streugut an den Straßen? Ja sicher, wir mußten schon damit rechnen, daß uns die Obrigkeit auf die Finger klopfte, von wegen unerlaubtem Anbringen von Plakaten. Aber was macht es, erst würden diese mal von vielen gelesen, na, und dann konnte man sich entschuldigen und überhaupt, bei dem guten Einvernehmen, das wir zu den Ordnungshütern hatten!

Und so hingen innerhalb der nächsten vier Wochen (so lange hat das immerhin gedauert) in allen Dorfschänken des Umkreises und an vielen Stellen der öffentlichen Verkehrswege Plakate mit THW-Bildern. Ein Aufkleber drüber: „Helfen will gelernt sein“, Anschrift und Telefon der

Unterkunft, Übungsabende und, nicht zu vergessen, die Wehrdienstbefreiungsklausel.

Das war also die eine Hälfte des Planes. Für unsere Stadt hatten wir uns etwas Besonderes ausgedacht. Da sollte noch mehr getan werden. Schaufenster brauchten wir. Gerät muß da rein. Sauber geputzt und mit einem Schild, was es jeweils darstellt (für die Laien unter den Schaulustigen). Also los, rein in den Laden, Chef sprechen (hier kennt ja einer den anderen), Wunsch vorgetragen, genehmigt — oder abgelehnt, das gab es natürlich auch. Aber da darf man nicht so schnell aufstecken und einem THW-Helfer, einem richtigen, dem fällt dann immer noch ein Argument ein — für sein THW. Wir hatten also sechs Schaufenster. Große, von honorigen Geschäften, jeweils für eine Woche. Die haben wir ausgestattet mit unserem Gerät. Das war eine Wucht mit Wirkung! Viele, die uns ansonsten gleichgültig gegenüberstanden, haben sich das angesehen und einen Einblick in unsere Tätigkeit bekommen. Und das war ja der Zweck des Unternehmens. Ob wir viele Helfer gewonnen haben? Das kann man nicht genau ermessen. Sie kommen; mal zwei, mal einer, oft auch gar keiner. Wir sind, wie gesagt, eine Kleinstadt und unsere vier Gruppen, nach STAN, die haben wir sowieso beisammen.



„Auf die Dörfer“ ging es beim OV Hünfeld.

Aber die Leute sind mal von unserer Anwesenheit unterrichtet worden; vom THW und seinen Möglichkeiten zu helfen und, daß dies von Männern (einige Helferinnen haben wir übrigens auch, und die sind sehr aktiv!) gemacht wird, die mit Leib und Seele dabei sind. Das war das Wichtigste, und das ist in vollem Umfang angekommen.



Zehn Jahre THW Cochem

Von Dezember 1963 bis Dezember 1972 leisteten die freiwilligen Helfer des THW-Ortsverbandes Cochem 29 077 Ausbildungsstunden und beteiligten sich an 6 Katastropheneinsätzen mit 2128 Stunden sowie an 7 technischen Hilfeleistungen für Fremde mit 732 Stunden. Das teilte der Geschäftsführer des THW-Betreuungsbereiches Koblenz, Wilfried Senft, bei der Feier des zehnjährigen Bestehens des Ortsverbandes in der THW-Unterkunft in Cochem-Cond mit.

Der Ortsverband war am 12. Januar 1963 gegründet worden. Erster Ortsbeauftragter war Wilfried Senft. Nachfolger wurde Ende 1964 Gotthelf Daub, der bis zu seinem Tod am 31. Oktober 1972 den Ortsverband führte. Die Zahl der freiwilligen Helfer stieg von anfangs 12 auf nunmehr 85, einschließlich des Stützpunktes Urmersbach. 75 sind aktiv tätig.



Neuer Ortsbeauftragter in Cochem: Bau-Ing. (grad.) Rudolf Weinand (links) erhielt von LB Gerhard Reimann die Ernennungsurkunde.

Der Stützpunkt Urmersbach wird von Zugführer Edmund Steffes geleitet. Er stellt einen der beiden Bergungszüge im Kreis Cochem-Zell. Der zweite Bergungszug wird von den Ortsverbänden Cochem und Zell gemeinsam gebildet. Außerdem bestehen im THW Cochem eine gut ausgebildete Gruppe für den Instandsetzungsdienst und ein Rettungstrupp für den Kaiser-Wilhelm-Tunnel im Falle eines Eisenbahnunglücks.

Für das hochwassergefährdete Gebiet des Kreises wurde den Ortsverbänden Cochem und Zell eine leistungsfähige

Pumpengruppe zur Verfügung gestellt. Die Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr, dem Roten Kreuz und der Polizei war stets gut, die Unterstützung durch den Kreis und die Stadt ließ keine Wünsche offen. Die Grüße des Landesverbandes Rheinland-Pfalz überbrachte der Landesbeauftragte des Saarlandes, Gerhard Reimann, der z. Zt. den THW-Landesverband Rheinland-Pfalz mitführt. Dabei gedachte er vor allem der Helfer, die unter Verzicht auf ihre Freizeit sich stets bei der Bekämpfung von Not und Gefahr für das Wohl der Bevölkerung einsetzen.

Für zehnjährige Zugehörigkeit erhielten Andreas Hölzenbein, Hans-Joachim Loosen, Rudolf Weinand, Helmut Möhnen und Elmar Becker Ehrenurkunden. Das THW-Abzeichen in Gold wurde Uwe Rösler und Hermann Freise (Urmersbach) überreicht. Mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz wurde Peter Hölzenbein ausgezeichnet.

Danach führte der Landesbeauftragte als neuen Ortsbeauftragten Bauingenieur (grad.) Rudolf Weinand ein. Die Glückwünsche des Kreises sprach Landrat Bartos aus, der seiner Freude auch darüber Ausdruck gab, daß sich die Ortsverbände Cochem und Zell so gut ergänzten. Er gedachte des verstorbenen Ortsbeauftragten Gotthelf Daub und erwähnte die verschiedenen Einsätze des THW bei Katastrophen.

Weitere Grußworte sprachen der l. Beigeordnete Ferdinand Zenz für die Stadt Cochem, Wehrleiter Leo Fritsch für die Freiwillige Feuerwehr der Kreisstadt und der 1. Vorsitzende des Ortsverbandes des DRK, Adolf Laux. Zur gleichen Zeit fand auf dem Platz unter der Moselbrücke eine Ausstellung der Fahrzeuge und Geräte des Technischen Hilfswerkes Cochem statt.

Staatssekretär Jung für Neubau in Maudach

„Das Bauvorhaben des OV Ludwigshafen des THW steht bei uns in der Prioritätenliste jetzt an erster Stelle.“ Diese Feststellung traf bei seinem Besuch der Beauftragte für Kata-

strophenschutzeinrichtungen im Bundesministerium, Staatssekretär Jung, in den Kellergewölben des THW in der Schanzstraße. Im Haushaltsvorentwurf 1973 seien bereits Gelder für den Neubau einer Unterkunft mit Übungsgelände in Maudach vorgesehen.

Staatssekretär Jung, der auch andere THW-Ortsverbände besucht hatte, konnte sich in Ludwigshafen davon überzeugen, daß das THW nach mehreren Provisorien auch in der jetzigen Unterkunft schlecht untergebracht ist. Die sieben Fahrzeuge und das gesamte schwere Gerät des THW befanden sich in angemieteten Garagen in Mutterstadt, die inzwischen gekündigt sind.

Die Kellerräume in der Schanzstraße müssen bis Anfang 1974 ebenfalls geräumt werden, da das Gebäude Stadt-sanierungsmaßnahmen zum Opfer fällt. Viel Freude hatten die 120 aktiven Helfer des THW unter ihrem Ortsbeauftragten Dr. Ingo Dorn an ihrer derzeitigen Unterkunft nie gehabt.

Staatssekretär Jung sagte zu, seinen Einfluß beim Bundesministerium für Finanzen geltend zu machen, damit die Mittel für den Neubau keiner Streichung zum Opfer fallen. Für das Maudacher Projekt wird durch Eigenleistungen des Ludwigshafener THW ohnehin schon Beachtliches geleistet.

Ziegelei-Schornstein gesprengt

An der Sprengung des Schornsteins einer alten Ziegelei war nicht nur das Technische Hilfswerk, das mit 14 Helfern im Arbeitseinsatz war, interessiert. Das THW sah diese Aufgabe unter Leitung von Ingenieur Geiger vom LV VII für die ehrenamtlichen und überwiegend jungen Mitglieder als willkommenes Ausbildungs- und Lernobjekt an.

Die Sprengung des Schornsteins, der seit Jahren nicht mehr raucht, weil seit über einem Jahrzehnt in der Ziegelei nicht mehr gearbeitet wird, verlief reibungslos. Das allgemeine Lob an das THW lautete: Besser konnte der Schornstein nicht fallen.

Defekt am Erdgas-Verbundnetz der Gasversorgung-Süd (GVS) in Lörrach

Knapp 100 m vor der Schweizer Grenze, zwischen der Wiese und dem Kanal nach Weil, ist ein Schieber, ein Abzweig, der die Stadt Lörrach und das Wiesetal mit Erdgas versorgt. Die Hauptleitung wird unter der Wiese hindurchgeführt und in Basel in das Schweizerische Verbundnetz eingespeist.

Dieser Schieber ist ein echtes „Sorgenkind“. Ständig waren Reparaturen nötig. Diesmal war er blockiert, er stand in der Stellung „AUF“ und ließ sich nicht mehr bewegen. Ein Reparaturtrupp von zehn Mann führte die Arbeit aus. Mit einem Bagger wurde der Schieber freigelegt. Es entstand eine Baugruppe von 4 x 8 m und einer Tiefe von 3 m. Die Wände wurden abgestützt. Eine Pumpe saugte das eindringende Grundwasser ab.



Defekter Schieber der Erdgasleitung wurde repariert.

Dann wurde das Schiebergehäuse mit einem Kranwagen abgehoben und neben die Grube gelegt. Die Erdgasleitung stand noch unter 40 atü Druck. Da brach der Schieber.

18.30 Uhr: Eine starke Detonation erschütterte den südlichen Teil der Stadt Lörrach. Eine 100 m hohe Staubwolke stand über der Baugrube. Zischend entwich das Gas mit 40 atü der 80 cm großen Schieberöffnung. Es bestand höchste Explosionsgefahr. Wo sich die Männer zur fraglichen

Zeit befanden, konnte man später nicht mehr feststellen. Drei Tote lagen in einem Umkreis von 30 m neben der Grube. In der Grube befand sich ein weiterer. An der Böschung des Kanals lag ein Schwerverletzter. Auch die übrigen Männer waren verletzt. Die Feuerwehren von Weil und Lörrach rückten, durch die Polizei alarmiert, zuerst an. Das DRK folgte. Der einzige Weg zur Unglücksstelle führt über Schweizer Hoheitsgebiet. Noch strömte das Gas aus. Ein Schweizer Anwohner näherte sich trotzdem der Unglücksstelle und stellte das noch laufende Pumpenaggregat ab. Endlich konnte der Schieber vor Ort geschlossen werden. Die Verletzten wurden geborgen. Der Schwerverletzte wurde nach Basel überführt, wo er später verstarb. Ein Mann blieb vermißt, wahrscheinlich wurde er in die starkströmende Wiese geschleudert und in den Rhein abgetrieben.

19.10 Uhr: Das Technische Hilfswerk wurde durch die Polizei angefordert. 15 Minuten später konnte der GWK mit Anhänger und 5 Mann ausrücken.

Der LKW wurde bereitgestellt und der Fuko-Bus fuhr im Pendelverkehr, um die später eintreffenden Helfer einzusetzen. Landesgrenzen gab es an diesem Abend nicht. Ungehindert fuhren die Rettungsfahrzeuge über die Grenze.

Das Technische Hilfswerk stellte die erste Absperrung und später auch die Beleuchtung. 300 m vor der Schadensstelle wurde der Anhänger abgekuppelt und von den Helfern bis auf 100 m herangebracht. Zwei Kabeltrommeln wurden abgerollt und schon befand sich der Unglücksort im Flutlicht von zwei Halogen-Scheinwerfern. Auf Veranlassung des Staatsanwaltes wurde der Ort im Scheinwerferlicht fotografiert und anschließend freigegeben. Die Arbeit zur Wiederherstellung wurde von der GVS sofort aufgenommen, da die Gasversorgung der Schweiz gefährdet war. Zwei Stunden später wurde die Leitung verschlossen.

24.00 Uhr: Der Druck hatte wieder 40 atü, und der Einsatz des Technischen Hilfswerkes war beendet.

Brunnen verseucht – Hilfe mit TWA

Auf Grund starker Verschmutzungen mußte die Trinkwasserentnahme aus dem Brunnen im Ortsteil Reusten der Gemeinde Ammerbuch behördlicherseits untersagt werden. Gemeinsam mit der Anlage des Wasserwirtschaftsamtes Reutlingen wurde die Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) des THW-OV Tübingen eingesetzt, um eine ausreichende Versorgung sicherzustellen.

Durch die somit verfügbare hohe Kapazität der beiden Anlagen blieb

der Bevölkerung eine Notversorgung, d. h. Einzelabgabe aus einer bzw. mehreren Zapfstellen, erspart. Das aufbereitete Wasser wurde direkt in das örtliche Versorgungsnetz geleitet und damit der Bedarf für die 900 Einwohner gedeckt. Nachdem durch eine Behelfsleitung das Ortsnetz an die Wasserversorgung in Poltringen angeschlossen worden war, konnte nach fünf Tagen der Einsatz der mobilen landes- bzw. bundeseigenen TWA beendet werden.



Die Bevölkerung versorgt die Helfer mit heißem Kaffee.

Ehrungen beim Helferball in Saarbrücken

Ein Höhepunkt im Ortsverband Saarbrücken ist der jährliche Helferball, der in diesem Jahr im Foyer der Saarlandhalle stattfand und von über 350 Teilnehmern besucht war. So konnte Ortsbeauftragter Dr. Krajewski neben vielen Persönlichkeiten aus der Verwaltung und den befreundeten Organisationen in Vertretung des Oberbürgermeisters den Städt. Bau- und Katastrophenschutz bei der Stadt Saarbrücken, Freygang, Vertreter der Bundeswehr, der Polizei, der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr, des DRK sowie die Ortsbeauftragten des Betreuungsbereichs und die zahlreichen Helfer mit Frauen bzw. Bräuten begrüßen. Aus einem Bericht ging hervor, daß die Helfern neben der wöchentlichen Ausbildung 1972 in vielen Fällen bei Übungen, Einsätzen und technischen Hilfeleistungen beteiligt waren. Höhepunkte waren die erste Katastrophenschutzübung aller Einheiten der Stadt Saarbrücken, die nach dem Katastrophenschutzgesetz jährlich durchzuführen ist, und die Beteiligung mit über 100 Helfern an der Gemeinschaftsübung aller Ortsverbände des Landesverbandes Saarland am 21. Oktober 1972 als Rahmenprogramm zur Wanderausstellung des BMI. Für das Jahr 1973, dem 15jährigen Bestehen des OV Saarbrücken, kündigte OB Dr. Krajewski abschließend eine Übung als Rahmen zum vorgesehenen „Tag der offenen Tür“ an.

LB Reimann ging anschließend auf das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes ein und erläuterte eingehend die Auswirkungen auf die Organisationsform in den Ortsverbänden entsprechend den „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften“ zum KatSG. Die Aufgaben der neuorganisierten Bergungs- und Instandsetzungszüge standen im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Anschließend zeichnete LB Reimann 29 Helfer für zehnjährige Zugehörigkeit zum THW mit einer Urkunde

aus. Für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW wurden die THW-Helfer Peter Friedrich, Heinz Friedrich, Günther Theis, Jürgen Nix und Gerd Nix mit dem Helferzeichen in Gold und die Zugführer und Ausbilder Hans-Rigobert Malburg und Dieter Bender mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz im Auftrag des Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Schmitt, ausgezeichnet.

THW-Helfer bauten Schutzhütte

Der THW-Ortsverband Freisen, bewährt in vielen Einsätzen, half dem Obst- und Gartenbauverein, der sich auch für Naturschutzmaßnahmen verantwortlich fühlt, indem er auf dessen Wunsch auf der höchsten Stelle des Hellerberges unmittelbar am Steilhang der im Bau befindlichen Bundesautobahn Landstuhl — Trier eine Schutzhütte baute in der Größe von 4 m x 10 m, die den Spaziergängern dieses beliebten Wandergebietes als Schutz gegen Wind und Regen dienen soll.

Die Hütte wurde an mehreren Ausbildungsabenden aus Rundhölzern und Fichtenholzbrettern unter Leitung des Ausbildungsleiters Wahl errichtet. Damit erhielten die Helfer Gelegenheit, den Ausbildungsstand im Waldlagerbau zu überprüfen. Bei der Übergabe an die Bevölkerung wurde die präzise Arbeit besonders hervorgehoben.

Besuch beim OV Völklingen

Um sich einen eingehenden Überblick über die Arbeit des THW, auch im Hinblick auf die Auswirkungen des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und die Verwaltungsvorschriften zum KatSG, zu gewinnen und die Einsatzmöglichkeiten des OV Völklingen zu erkunden, besuchten Bürgermeister Koch, die Beigeordneten, Vertreter aller Stadt-

ratsfraktionen sowie Amtsleiter der Verwaltung der Stadt Püttlingen, die zum Einzugsbereich des OV Völklingen gehört, den Ortsverband.

Ortsbeauftragter Specht begrüßte die Gäste herzlich und betonte die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung Püttlingen und dem OV Völklingen. Anschließend gab er einen Überblick über die Organisationsform des THW und über die interne Arbeit im Ortsverband.

Bürgermeister Koch bedankte sich im Namen aller Gäste für die herzliche Aufnahme und betonte in seinen weiteren Ausführungen die Notwendigkeit des Katastrophenschutzes. Es folgte ein Rundgang durch die Unterkunft, wobei die Gäste von der Vielzahl der Geräte und Ausrüstungsgegenstände beeindruckt waren.

Bergungsübung in Riegelsberg

Unter der Leitung des Ortsbeauftragten König und des Ausbildungsleiters Geiger führte der Ortsverband Riegelsberg an einem Samstagvormittag in dem Gelände „Rote Erde“ in Riegelsberg, einem am Waldrand gelegenen Steinbruch, eine Bergungsübung durch, an der ein Bergungszug mit 30 Helfern teilnahm.

Die Übungsaufgaben beinhalteten die Einzelaufgaben Bergung aus Höhen, Transport von Verletzten sowie schwerer Lasten, Holzbearbeitung sowie Abstützungen und Aussteifungen, wobei auch die Fahrer der Einsatzfahrzeuge ihr Können im unwegsamen Gelände unter Beweis stellen mußten.

Als gegen Mittag die Übung beendet war, konnte sich der Landesbeauftragte Reimann lobend über den Ausbildungsstand der Helfer äußern und stellte fest, daß die vom OV Riegelsberg übernommenen Aufgaben im erweiterten Katastrophenschutz voll erfüllt werden können. Sein besonderer Dank galt den Helfern für die bisherige Arbeit und er sprach die Hoffnung aus, daß sie auch weiterhin der guten Sache dienen werden.

Hilfe im Sumpf

Der Bagger einer Baufirma sollte in Brombach bei Gunzenhausen einen versumpften Fischweiher wieder nutzbar machen. Trotz getroffener Vorichtsmaßnahmen hielt der morastige Untergrund dem Gewicht des 15 t schweren Gerätes nicht stand. Es versank langsam tiefer in den Untergrund. Daraufhin wurde von dem Unternehmer der THW-Ortsverband Gunzenhausen um Hilfe gebeten. Die Helfer fuhren mit einem Bergungsfahrzeug mit schwerer Seilwinde zum Schadensort.

Nachdem das Fahrzeug auf noch festem Erdreich verankert worden war, wurde das Zugseil am Bagger befestigt. Durch langsamen Zug der Seilwinde konnte der schwergewichtige Riese Zentimeter für Zentimeter aus der Umklammerung durch den Morast herausgezogen werden. Dabei mußte das Bergungsfahrzeug immer wieder erneut festgekeilt werden, um ein Abrutschen zu vermeiden.

Der erste Bergungsdurchlauf brachte den Bagger zwar aus dem Morast heraus, durch den Zug aus der Tiefe des Weihers waren aber in Zugrichtung größere Erdhaufen aufgeworfen worden, die die Bergung erschwerten. Das Erdreich wurde anschließend einplaniert. Die starke Seilwinde des Bergungsfahrzeuges hat sich auch für diesen Einsatzfall sehr gut bewährt.

THW auf der 25. Internationalen Handwerksmesse in München

Den Katastrophenschutz als humanitäre Aufgabe stellte das Technische Hilfswerk — Landesverband Bayern — auf der 25. Internationalen Handwerksmesse in Halle 20, Stand 2098, dar. Anlässlich der Eröffnung der Messe am 7. April 1973 durch Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs war neben

anderen Persönlichkeiten aus der Politik und dem Handwerk auch der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb, anwesend. Bei dem anschließenden Besuch des THW-Messestandes durch den Präsidenten ergaben sich interessante Diskussionen über Probleme des THW.

Aus dem weiten Bereich der Aufgaben des THW wurde für die diesjährige Handwerksmesse ein Thema herausgestellt, mit dem heute jeder konfrontiert werden kann:

— Verkehrshilfsdienst auf Bundesstraßen und -autobahnen — Die Schadensfälle auf stark befahrenen Bundesstraßen und Autobahnen sind sehr oft gekennzeichnet durch Auffahrunfälle auf die nach Pannen oder Unfällen haltenden Fahrzeuge. Die schnelle Räumung der Fahrbahn ist daher zwingend notwendig. Hier setzt die Arbeit des THW-Verkehrsdienstes ein. Zu Verkehrsspitzenzeiten sind auf bestimmten Straßenabschnitten in ganz Bayern 20 Bereitschaftsgruppen mit Einsatzfahrzeugen und Bergungsgerät stationiert. Im Einvernehmen mit der zuständigen Polizei, zu deren Einsatzleitungen Funkverbindung besteht, erfolgt sofortige Hilfe an den Schadensstellen.

Im einzelnen ergeben sich für die

Bereitschaftsgruppen besonders folgende Aufgaben:

- Bergung Verletzter und Toter aus Unfallfahrzeugen;
- Freimachen der Fahrbahn von Unfall- und Pannenfahrzeugen nebst heruntergefallener Ladung sowie Abstellen solcher Fahrzeuge auf Standspuren, Parkplätzen oder Ausfahrten;
- Säuberung der Straßendecke von Öllachen und Glas;
- Beheben geringfügiger Pannen;
- Bergung abseits gekommener Fahrzeuge;
- Ausleuchten von Unfallstellen bei Dunkelheit.

Die THW-Bereitschaftsgruppen des Verkehrshilfsdienstes in Bayern konnten 1972

1539 Hilfeleistungen bei Unfällen und Pannen durchführen und 619 Personen aus Unfallfahrzeugen bergen.

Nicht anzugeben sind die Unfälle, die durch sofortigen Einsatz der Helfer und schnelle Räumung der Straße vermieden werden konnten. Auf dem Messestand wurde eines der Einsatzfahrzeuge des Verkehrshilfsdienstes mit seiner Ausrüstung und dem Bergungsgerät gezeigt. Darüber hinaus wurden die Helfer bei ihrer Arbeit zum Nutzen aller auf eindrucksvollen Bildtafeln dargestellt.



Der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb (rechts), beim Rundgang auf dem Messegelände.

Allgemeines

[128] Aufgabe der Höhenmessung ist es, die Höhenlage verschiedener Geländepunkte gegenseitig zu bestimmen. So ist beim Wegebau neben der Länge und Breite des Weges (Längenmessung) auch die Kenntnis des durch den Weg zu überwindenden Höhenunterschiedes notwendig (Höhenmessung). Desgleichen ist die Ermittlung der Höhenlage bestimmter Punkte beim Rohrleitungsbau, bei der Anlage von Deichen und Dämmen und beim Behelfsbrückenbau von besonderer Bedeutung. So läßt sich aus der Bestimmung der Höhenlage bei kulturbautechnischen Arbeiten ersehen, ob das Gefälle ausreichende Abfließmöglichkeiten bietet (Vorflut).

[129] Jede Höhenlage wird auf den Amsterdamer Pegel bezogen, der den Nullpunkt aller geodätischen Höhenmessungen darstellt. Die Festpunkte erhalten die Zusatzbezeichnung ü.N.N. nach dem gemessenen Wert.

Der Höhenfestpunkt ist der Ausgangspunkt jeder Höhenmessung. Fehlt ein solcher oder ist eine Kenntnis der Höhenlage des Geländes ü.N.N. nicht erforderlich, so wird ein Ausgangspunkt der Höhenmessung im Gelände bestimmt. Es sind hierfür nur solche Punkte zu wählen, die sich in absehbarer Zeit in ihrer Höhenlage nicht verändern. Derartige Festpunkte können Brückenpfeiler, Kilometersteine, markante Gebäude o. ä. sein.

Für Punkte dieser Art wird eine Höhe angenommen, die ungefähr ihrer Höhenlage über N.N. entspricht.*) Die korrekte Höhe kann auch bei den

*) Höhen über N. N. werden von den Vermessungsbehörden auf mm genau angegeben. Meßtischblätter geben Höhen höchstens auf den dm genau an.

6.8.

Aufgabe:

Vom Höhenfestpunkt A (125,87 m ü.N.N.) soll die Höhenlage eines Punktes F über N.N. bestimmt werden.

Lösung:

Die Höhenunterschiede werden gemessen in der Reihenfolge der Strecken CB, BA, CD, FE und ED.

Die Höhenlage des Punktes F ergibt sich aus folgender Rechnung

| | | |
|------------------|-----|-----------------|
| Höhenfestpunkt A | = | 125,87 m ü.N.N. |
| Diff. A/B | = + | 1,20 m |
| Zwischenpunkt B | = | 127,07 m ü.N.N. |
| Diff. B/C | = + | 0,95 m |
| Zwischenpunkt C | = | 128,02 m ü.N.N. |
| Diff. C/D | = - | 1,04 m |
| Zwischenpunkt D | = | 126,98 m ü.N.N. |
| Diff. D/E | = + | 0,45 m |
| Zwischenpunkt E | = | 127,43 m ü.N.N. |
| Diff. E/F | = + | 1,64 m |
| Endpunkt F | = | 129,07 m ü.N.N. |
| | | 129,07 m |
| | | - 125,87 m |
| | | = 3,20 m |

Der Höhenunterschied zwischen dem Ausgangspunkt A und dem Endpunkt D beträgt 3,20 m.

Höhenmessen mit der Schlauchwaage

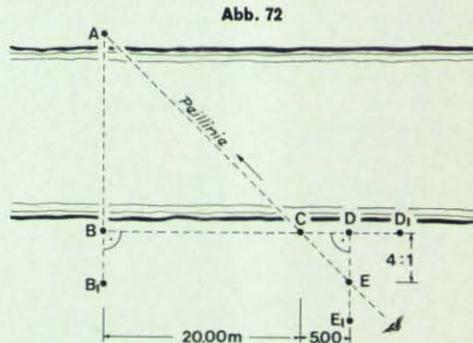
[132] Höhenunterschiede im Gelände können — allerdings nur bis in Augenhöhe — mit einer Schlauchwaage bestimmt werden. Ferner lassen sich Bauteile (z. B. Uferbalken) mit Hilfe einer Schlauchwaage waagrecht ausrichten.

Zur Durchführung von Messungen mit der Schlauchwaage werden zwei Meßplatten 2,00 m benötigt. Die Arbeit wird von zwei Helfern ausgeführt.

Die Strecke DE wird gemessen. Sie entspricht der gesuchten Breite. Stehen Punkt A und B nicht unmittelbar am Ufer, so sind die Abstände a und (oder) b vom Meßergebnis abzuziehen.

3. Verfahren (Abb. 72)

Festlegen der Geraden AB, Verlängerung derselben über B hinaus und Errichten der Senkrechten in B wie in den anderen Verfahren (1., 2. und 4.). Auf der ausgefluchteten Senkrechten wird eine bestimmte Länge — z. B. 20,00 m — angetragen und durch einen Fluchtstab (C) markiert. Die neue Strecke BC wird über C hinaus um eine weitere Strecke, deren Länge in der Strecke BC teilbar sein muß (z. B. 5,00 m), verlängert und dadurch Punkt D gewonnen.



Messen der Breite: Verhältnisgleiches Dreieck

Nachdem die Strecke BCD über D hinaus nach D1 verlängert ist, wird in D eine Senkrechte landwärts errichtet und über den Punkt hinaus, in welchem die Fluchtlinie AC die Senkrechte voraussichtlich schneiden wird, nach E1 verlängert.

Auf der Senkrechten wird nun zurückgegangen, bis

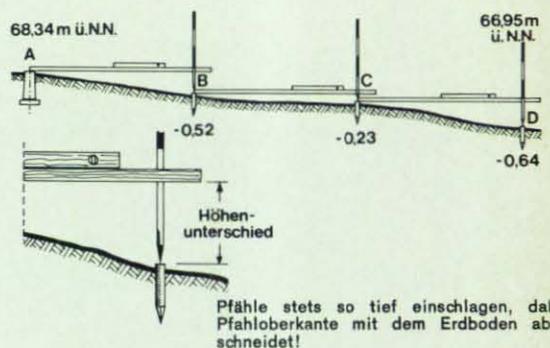
6.8.

zuständigen Behörden erfragt oder Meßtischblättern entnommen werden.

Höhenmessen mit Setzlatte und Wasserwaage (Staffelmessung)

[130] Beim Messen des Höhenunterschiedes eines Geländes werden sowohl die Höhe wie die Länge der einzelnen Staffellungen gemessen. Dabei wird vom Höhenfestpunkt aus begonnen. Die Sichtweiten sollen bei einer Höhenmessung etwa gleich groß sein. Die Entfernungen können abgescritten werden.

Abb. 74



Staffelmessung mit Setzlatte und Wasserwaage

Um den Höhenunterschied zwischen zwei Punkten im Gelände (z. B. A und D) zu ermitteln, werden zwischen beiden Punkten in Abständen bis zur Länge einer Setzlatte Zwischenpunkte festgelegt und durch Holzpfähle markiert (z. B. B und C). Dabei ist Punkt A der Ausgangs- oder Höhen-

durch Anvisieren der Punkte AC der Punkt E gefunden und durch einen Fluchtstab festgelegt ist. Die Strecke DE ist zu messen und mit der Verhältniszahl (hier 4:1) zu multiplizieren. Das Ergebnis entspricht der gesuchten Breite.

Beispiel:

Strecke BC = 20,00 m Verhältnis 4:1
 Strecke CD = 5,00 m
 Strecke DE = 22,50 m gemessen

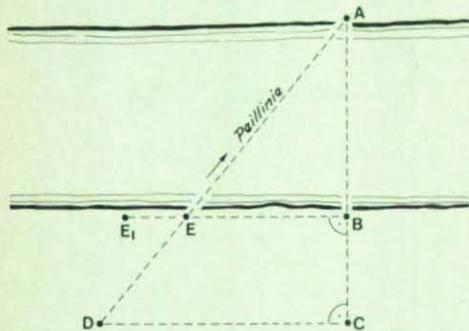
Formel $\frac{4 \cdot 22,50 \text{ m}}{1} = 90,00 \text{ m Breite}$

4. Verfahren (Abb. 73)

Nach Festlegen der Strecke AB und Verlängerung derselben über B hinaus nach C (vgl. Beschreibung zu 1. bis 3.), werden in B und C zueinander parallel verlaufende Senkrechte errichtet.

Die Senkrechte in C wird beliebig bis D verlängert, die Senkrechte in B wird über den voraus-

Abb. 73



Messen der Breite: Verhältnismäßiges Dreieck

6.8.

Zur Durchführung dieses Verfahrens sind wenigstens zwei Helfer erforderlich:

Das Ende der Setzlatte wird in der Mitte des Höhenfestpunktes A angelegt und mittels einer Wasserwaage horizontal ausgerichtet.

Auf dem zweiten Pfahl (B) wird mit einem Fluchtstab oder einer Meßlatte sowie mit einem Schnurlot mittig eine Senkrechte errichtet und die Differenz (Höhenunterschied) Unterkante Setzlatte zu Oberkante Pfahlmitte gemessen.

Das Verfahren wird über den folgenden Punkten fortgesetzt. Es ist abgeschlossen, wenn die Differenz über dem letzten Pfahl (D) ermittelt ist.

Beispiel:

Höhenfestpunkt A = 68,34 m ü.N.N.
 Diff. A/B = - 0,52 m
 Zwischenpunkt B = 67,82 m ü.N.N.
 Diff. B/C = - 0,23 m
 Zwischenpunkt C = 67,59 m ü.N.N.
 Diff. C/D = - 0,64 m
 Endpunkt D = 66,95 m ü.N.N.

$\begin{array}{r} 68,34 \text{ m} \\ - 66,95 \text{ m} \\ \hline = 1,39 \text{ m} \end{array}$

Der Höhenunterschied zwischen dem Ausgangspunkt A und dem Endpunkt D beträgt 1,39 m.

Mit Hilfe des Höhenmeßverfahrens läßt sich gleichzeitig die Entfernung AD vermitteln, indem die Entfernung von Pfahlmitte zu Pfahlmitte jeweils auf der Setzlatte abgemessen wird. Aus beiden Ergebnissen (Länge der Strecke und Höhenunterschied AD) kann die Prozent- oder

sichtlichen Schnittpunkt mit der Fluchtlinie AD hinaus nach E₁ verlängert.

Sodann wird auf DA nach A gegangen und der Schnittpunkt der Fluchtlinie BE₁ mit der Strecke AD in Punkt E festgelegt und gekennzeichnet.

Die gesuchte Breite errechnet sich nach der Formel:

$$AB = \frac{BE \cdot BC}{CD - BE}$$

Beispiel:

BE = 23,00 m
 BC = 13,50 m
 CD = 32,50 m

$$AB = \frac{23,00 \text{ m} \cdot 13,50 \text{ m}}{32,50 \text{ m} - 23,00 \text{ m}} = \frac{310,50 \text{ m}}{9,50 \text{ m}} = 32,70 \text{ m Breite}$$

6.8.

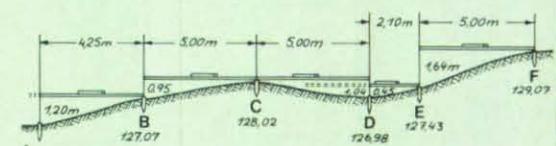
Verhältniszahl errechnet werden, um welche die Strecke AD abfällt bzw. ansteigt.

Die ermittelten Werte sind die Voraussetzung für eine zeichnerische Darstellung des Gelände-profiles. Sie sind daher schriftlich festzuhalten.

Höhenmessen in hügeligem Gelände mit Setzlatte und Wasserwaage

[131] Soll der Höhenunterschied zwischen zwei Punkten in hügeligem Gelände ermittelt werden, so ist zu beachten, daß Steigungen rückwärts gemessen werden. Liegen ein oder mehrere Hügel innerhalb der Strecke, so ist auf jeder Kuppe ein Zwischenpunkt festzulegen. Die Lage der übrigen Zwischenpunkte richtet sich nach der Geländeform und der Lattenlänge. Die Durchführung des Meßverfahrens erfolgt nach der in Ziffer 130 beschriebenen Methode, jedoch entsprechend des Gelände-profiles in wechselnder Meßrichtung.

Abb. 75



| Meßstrecke | Meßrichtung | |
|------------|-------------|-----------|
| | vorwärts | rückwärts |
| C nach B | 0,95 | |
| B nach A | | 1,20 |
| C nach D | 1,04 | |
| F nach E | | 1,64 |
| E nach D | | 0,45 |
| | 1,04 | 4,24 |
| | | - 1,04 |

Höhenunterschied von A nach F = 3,20 m

Staffelmessung in hügeligem Gelände

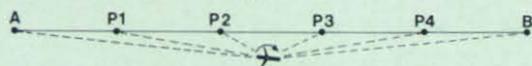
wendig:

- Fernrohr durch Zielen über das Nivelliergerät hinweg in Richtung Nivellierlatte einrichten (Grobeinstellung),
- Feststellschraube am Nivelliergerät leicht anziehen,
- am Okularring den entsprechenden Dioptrienwert zur Einstellung der Sehschärfe einstellen,
- Senkrechtfaden des Fadenkreuzes durch das Fernrohr blickend mit Hilfe der Feineinstellschraube auf die Mitte der Nivellierlatte einrichten,
- Fokussierknopf so lange drehen, bis die Zahlen der Nivellierlatte deutlich erkennbar sind.

Hinweis: Zum korrekten Einstellen des Fadenkreuzes weißes Papier schräg vor das Objektiv halten!

Das Nivelliergerät wird in der Mitte der Strecke, jedoch wenigstens 2,50 m außerhalb der Flucht, aufgestellt und horizontiert.

Abb. 79



Aufstellen des Nivelliergerätes

Unter Beibehaltung des Standortes werden in Reihenfolge der Zwischenpunkte die Höhen sämtlicher Punkte A bis B bestimmt. Beim Übergang von einem Punkt zum anderen wird das Nivelliergerät **nicht** umgesetzt, sondern auf den nachfolgenden Punkt gerichtet, wobei die Libellenblase einspielen muß:

- Nivellierlatte mit Hilfe der eingebauten (oder separaten) Dosenlibelle lotrecht auf Punkt A aufsetzen,
- Fernrohr auf die Nivellierlatte richten,

6.8.

$$\text{Berechnung: } R - V = Ah$$

1. Aufstellung

- Messen der Höhe der Ziellinie über Höhenfestpunkt A (125,67 m ü.N.N. + 1,20 m = 126,87 m),
- nacheinander Höhe der Zwischenpunkte von P1 bis P4 festlegen,
- Nivelliergerät umstellen und Nivellierlatte auf Punkt 4 in die neue Richtung drehen.

2. Aufstellung

- Messen der Höhe der Ziellinie über dem Wechsellpunkt (P4),
- nacheinander Höhe der Zwischenpunkte von P5 bis P9 und Endpunkt B festlegen.

Beim Höhenvermessen ist erst der **Rückblick** und dann der **Vorblick** zu messen. Im Feldbuch sind die entsprechenden Eintragungen mit dem Hinweis "R," (Rückblick) oder "V" (Vorblick) zu versehen.

Feldbuchblatt für Nivellement

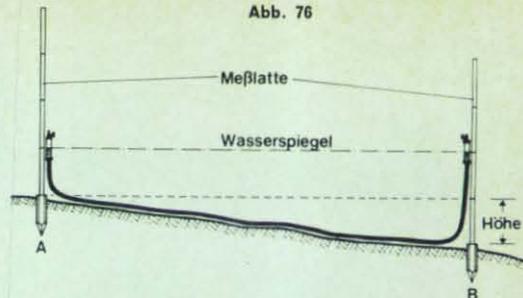
Ort . . . Datum . . . Beobachter . . . Instr.Nr. . . .

| Punkt | Entfernung in m | Ableseung in m | Höhe der Ziellinie in m ü.N.N. | Punkthöhe in m ü.N.N. | Bemerkungen |
|-------|-----------------|----------------|--------------------------------|-----------------------|-------------|
| A | 20,00 | 1,20 R | 126,87 | 125,67 | HP |
| 1 | 20,00 | 1,05 R | | | |
| 2 | 20,00 | 0,88 V | | | |
| 3 | 20,00 | 0,76 V | | | |
| 4 | 20,00 | 0,60 V | | | WP. |
| 4 | 20,00 | 1,52 R | | | WP. |
| 5 | 20,00 | 1,19 R | | | |
| 6 | 20,00 | 0,97 R | | | |
| 7 | 20,00 | 0,95 R | | | |
| 8 | 20,00 | 0,84 V | | | |
| 9 | 20,00 | 0,68 V | | | |
| B | 20,00 | 0,65 V | | | |

Ergebnisse des Nivellements

Das Umstellen des Nivelliergerätes muß aus den Eintragungen im Feldbuch deutlich hervorgehen.

Abb. 76



Bestimmen des Höhenunterschiedes mit der Schlauchwaage

Das Prinzip der Schlauchwaage beruht auf dem Gesetz der „Kommunizierenden Röhren“.

Zu bestimmen ist der Höhenunterschied zwischen dem Höhenfestpunkt A und Punkt B. Hierzu ergreifen beide Helfer je ein Ende der Schlauchwaage mit Glaszylinder und eine Meßlatte:

Der erste Helfer stellt seine Meßlatte auf Punkt A lotrecht auf (auch Ausgangspunkt, durch Pfahl markiert).

Der zweite Helfer verfährt über Punkt B in gleicher Weise.

Der erste Helfer legt, um ein Abknicken des Schlauches zu vermeiden, den Glaszylinder an einer von ihm zu bestimmenden Stelle der Meßlatte — z. B. an der 0,50-m-Marke — an.

Der zweite Helfer legt den Glaszylinder seines Schlauchendes (ebenfalls senkrecht) an die Meßlatte und schiebt denselben langsam von unten nach oben. Während der Aufwärtsbewegung steigt der Wasserspiegel über Punkt A an. Hat der Spiegel über A die festgelegte

6.8.

— Höhenwert der Latte durch das Fernrohr ablesen (Wert auf wenigstens drei Stellen hinter dem Komma bestimmen, z. B. 1,237 m),

— Nivellierlatte von Punkt A auf Zwischenpunkt 1 umsetzen und neuen Höhenwert ablesen.

Hinweis: Ist im Ergebnis eine Meßgenauigkeit auf cm erforderlich, so ist der Höhenwert der Latte auf mm zu bestimmen und abzulesen!

Das Verfahren wird fortgesetzt, bis alle Zwischenpunkte und Punkt B bestimmt sind.

Aufgabe:

Die Strecke AB ist 100,00 m lang und in Abständen von 20,00 m mit Zwischenpunkten versehen. Zu ermitteln ist der Höhenunterschied zwischen dem Höhenfestpunkt A und dem Endpunkt B.

Lösung:

— Nivelliergerät in der Mitte der Strecke außerhalb der Flucht aufstellen und ausrichten,

— Höhe der Ziellinie über Punkt A bestimmen (Ziellinie = 112,90 m ü.N.N. + 1,23 m = 114,13 m)

— von der ermittelten Ziellinienhöhe sodann nacheinander die Meßergebnisse der Zwischenpunkte 1 bis 4 und des Endpunktes subtrahieren.

Berechnung

| | |
|------------------|--|
| Höhenfestpunkt A | = 112,90 m ü.N.N. + 1,23 m = 114,13 m ü.N.N. |
| Zwischenpunkt 1 | = 114,13 m — 0,97 m = 113,16 m |
| Zwischenpunkt 2 | = 114,13 m — 0,83 m = 113,30 m |
| Zwischenpunkt 3 | = 114,13 m — 1,14 m = 112,99 m |
| Zwischenpunkt 4 | = 114,13 m — 1,05 m = 113,08 m |
| Endpunkt B | = 114,13 m — 0,90 m = 113,23 m |

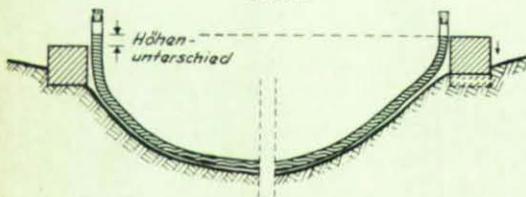
Die ermittelten Werte der einzelnen Höhenmessungen sind in einer Tabelle wie folgt festzuhalten:

Marke (hier 0,50) erreicht, ist mit der Aufwärtsbewegung über Punkt B aufzuhören.

Der zweite Helfer liest nun den Wert, den der Wasserspiegel an seiner Meßplatte über Punkt B anzeigt, ab.

Vom abgelesenen Wert ist die festgelegte Höhe (0,50) abzuziehen. Das Resultat ist der Höhenunterschied zwischen dem Ausgangspunkt A und dem Punkt B.

Abb. 77



Bestimmen des Höhenunterschiedes zweier Uferbalken mit selbstgefertigter Schlauchwaage

Behelfsmäßig können Schlauchwaagen auch aus durchsichtigen Kunststoffschläuchen hergestellt werden. Anstelle der Glaszylinder, welche die handelsübliche Schlauchwaage abschließen, wird die selbstgefertigte Waage mit Holzstopfen luftdicht verschlossen. Es ist beim Befüllen darauf zu achten, daß an beiden Enden ein Spielraum von etwa 10 cm verbleibt.

Beachte:

- Sind die Glaszylinder einer Schlauchwaage mit einer 25-cm-Teilung ausgestattet, können Höhenunterschiede bis $\pm 0,25$ m ohne Hilfsmittel (Fluchtstäbe, Meßplatten) gemessen werden.
- Höhenmessungen mit einer Schlauchwaage werden stets vom höhergelegenen zum tiefergelegenen Punkt durchgeführt.
- Um fehlerhafte Meßergebnisse zu vermeiden, muß die Wasserfüllung einer Schlauchwaage frei von Luftblasen sein.

6.8.

| Punkt | Ableseung in m | Höhe der Ziellinie in m ü.N.N. | Punkthöhe in m ü.N.N. | Bemerkungen |
|-------|----------------|--------------------------------|-----------------------|-------------|
| A | 1,23 | 114,13 | 112,90 | HP "A" |
| 1 | 0,97 | | 113,16 | |
| 2 | 0,83 | | 113,30 | |
| 3 | 1,14 | | 112,99 | |
| 4 | 1,05 | | 113,08 | |
| B | 0,90 | | 113,23 | |

Umstellen des Nivelliergerätes:

Genaue Ableseungen der Meßergebnisse beim Umstellen des Nivelliergerätes sind abhängig von seiner Standsicherheit am neuen Standort (Bodenbeschaffenheit!) und der unveränderten Horizontierung während des Transportes.

Beachte: Wird das Nivelliergerät beim Umstellen mit einem Fahrzeug transportiert, so darf es nicht in den Wagen gelegt werden, sondern muß auf den Knien oder Armen eines Mitfahrers gehalten werden. — Die Zielweite darf nach jeder Seite nicht mehr als 60,00 m betragen.

Bei einer in ihrer Höhenlage zu messenden Strecke muß das Nivelliergerät stets in der Mitte der Strecke aufgestellt werden. Ist die Strecke länger als zweimal 60,00 m (= 120,00 m), so sind mehrere Aufstellungen des Nivelliergerätes notwendig (sog. „Wechseln“).

Abb. 80



Umstellen des Nivelliergerätes

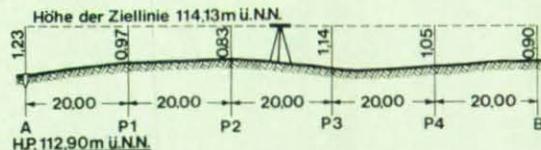
Der Schlauch ist nur so weit mit Wasser zu füllen, bis dieses die Mitte beider Glaszylinder erreicht; beim Füllen ist das Ventil des gegenüberliegenden Zylinders zu öffnen, damit die Luft entweichen kann.

Höhenmessen mit dem Nivelliergerät (Nivellement)

[133] Genauer als mit der Setzlatte und Wasserwaage bzw. mit einer Schlauchwaage läßt sich der Höhenunterschied zwischen zwei Punkten im Gelände mit Hilfe eines Nivelliergerätes ermitteln.

Für alle nachfolgenden Beschreibungen von Vermessungsarbeiten wird das Nivelliergerät Ni 2 der Fa. Zeiss zugrundegelegt (vgl. Gerätebeschreibung Ziff. 33).

Abb. 78



Bestimmen der Höhe mit dem Nivelliergerät

In der zu messenden Strecke AB werden zunächst in Abständen von ca. 20,00 m Zwischenpunkte festgelegt und durch Holzpfähle in Bodenhöhe markiert. Die Markierungspfähle dienen später als Stellfläche für die Nivellierlatte.

Sollen Zwischenpunkte nicht erhalten bleiben, verwendet man als Stellfläche Metalluntersätze (sog. Frösche).

Für die Durchführung des Meßvorgangs sind zwei Helfer erforderlich. Vor dem Ablesen des Nivelliergerätes sind folgende Vorbereitungen not-

6.8.

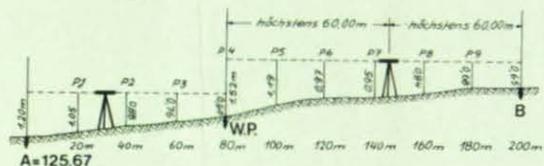
Bei jeder neuen Aufstellung des Gerätes gilt der zuletzt vermessene Geländepunkt der vorangegangenen Höhenmessung als Ausgangspunkt (Höhenfestpunkt). Auf diesem verbleibt die Nivellierlatte, die jedoch in die neue Meßrichtung gedreht wird. Der neu bestimmte Ausgangspunkt wird als **Wechselpunkt (W.P.)** bezeichnet.

Beachte: Je steiler ein Gelände ansteigt, desto häufiger müssen Wechselpunkte bestimmt werden. In besonders steilem Gelände können sogar alle Zwischenpunkte gleichzeitig Wechselpunkte sein.

Aufgabe:

Die Strecke AB ist 200,00 m lang und in Abständen von 20,00 m mit Zwischenpunkten versehen. Der Höhenfestpunkt liegt 125,67 m ü.N.N. Zu ermitteln ist der Höhenunterschied zwischen dem Höhenfestpunkt A und dem Endpunkt B.

Abb. 81



Umstellen des Nivelliergerätes

Lösung:

Das Gelände steigt nach 80,00 m stärker an. Die Gesamtstrecke wird daher in eine Teilstrecke von 80,00 m (1. Aufstellung) und eine Teilstrecke von 120,00 m (2. Aufstellung) zerlegt.

Beachte: Um einen möglichst fehlerfreien Höhenunterschied (Ah) zu erhalten, muß die Länge des Rückblickes (R) etwa gleich groß sein wie die Länge des Vorblickes (V). Nur so werden kleinere Meßfehler ausgeschaltet.

Wieder einmal war es soweit

Austausch betriebstechnischer Erfahrungen in Rodenberg

Vom 25. bis 27. April kamen die Einsatzleiter des Sachgebietes 5 aller Warnämter (Betriebs- und Maschinentechnik) im Warnamt III in Rodenberg zusammen, um den Austausch betriebstechnischer Erfahrungen fortzusetzen. Der Leiter des Ausbildungsvorhabens, RBD Dr. Maske, begrüßte die Teilnehmer und gab eine kurze Einführung in die Vortragsfolge. Entsprechend der festgelegten Tagesordnung war Masch.-Ing. Kadur an der Reihe, über Erfahrungen aus dem Betrieb der Heizungsanlage bei einem eingeschränkten Betrieb der Lüftungstechnischen Anlage im Warnbunker zu berichten. Die hierbei gewonnenen Meßdaten erfordern auch künftig weitere Aufmerksamkeit. Die Darstellung des Schadensbildes der Kurbelwelle an einem Kompressor der Kühlmaschine, vorgetragen von Masch.-Ing. Blume, machte den Teilnehmern eindringlich klar, welche Besonderheiten in der Wartung und beim Betrieb von Anlagen mit dieser Betriebscharakteristik vorliegen. Eingeschoben zwischen die Berichte der Maschineningenieure und -meister wurden Kurzvorträge von Angehörigen des Referates ZS 5 B. Dipl.-Ing. Lux gab einen Überblick über die neuen „internationalen Maßeinheiten“ sowie Hinweise auf ihre künftige Verwendung. TA Wickel hatte sich den CO₂-Löcher und seinen Einsatz im Warnbunker vorgenommen.

Die Wirkungsweise und Probleme der Einstellung der Einspritzpumpe (Fabrikat Bosch) für Dieselmotoren stellte Masch.-Meister Sautter überzeugend dar. Es war eine Freude zu erleben, wie schwäbisches Handwerk sprachlich und fachlich vorgeführt wurde.

RBD Dr. Maske gab einen Überblick über den Einbau von selbsttätigen Luftstoßsicherungen in die Warnbunker. Anhand von grafischen Darstellungen, Kurven und Zahlenangaben erläuterte der Vortragende Luftstöße, wie sie insbesondere bei Kernwaffendetonationen zu erwarten sind. Die Teilnehmer wurden schließlich über den Stand der Untersuchungen der Kunststoffauskleidungen für die Trinkwasservorratsbehälter der Warnbunker unterrichtet. Die vom Staatsbauamt Friedberg in die engere Wahl bezogene Lösung wurde eingehend erläutert.

Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, wenn sämtliche Vorträge und die dazu erarbeiteten Lösungen geschildert würden. Die Ausbildungsveranstaltung vermittelte zahlreiche neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der Maschinentechnik und erfüllte ihren Zweck in vollem Umfang. Im Anschluß an das Ausbildungsvorhaben ergab sich für die Teilnehmer noch die Möglichkeit, die Hannovermesse zu besuchen.

Rudolf Wickel



Schaltpult für die neue Einsatzleiter- und Verbindungsführerkarte.

Neue Richtlinien und Schwerpunkte

Von strahlender Frühjahrs Sonne umrahmt fand Ende März die erste WA-Leiter-Tagung 1973 statt. Dieses Mal fiel die Wahl des Tagungsortes auf Welz bei Linnich, womit dem Warnamt V die Referenz erwiesen wurde.

Aus allen Winkeln der BRD strömten die Warnamtsleiter und Leiter der WD-Verbindungsstellen herbei, um ihre Fragen im Meinungsaustausch mit den Vertretern des Bundesamts vorzutragen und schließlich neue Richtlinien für die jetzt wichtigen Schwerpunkte zu bekommen. Die 2^{1/2}tägige Besprechung wurde durch Abteilungspräsident Dipl.-Ing. Zielinski mit aufmunternden Worten zur freimütigen Darlegung aller Probleme eröffnet. Dieser Aufforderung folgten in der ersten Phase der Tagung die Leiter der Warnämter und WD-Verbindungsstellen, und sogleich kamen Fragen der verschiedensten Art aus dem taktischen Bereich, der Fernmelde-technik, dem Schichtdienst und vielem anderen zur Sprache. Auch die Gebietsreformen und kommunalen Neugliederungen in den Ländern mit ihren Auswirkungen auf den Warn- und Alarmdienst wurden mehrfach angesprochen.



Maschineningenieure und Maschinenmeister der Warnämter stellten sich zu einem Erinnerungsfoto im Warnamt III.



Die Teilnehmer der Warnamtsleiter-Tagung im Warnamt V; in der Mitte Präsident Dr. Kolb und Regierungsdirektor Dr. Stein vom BMI.

Im zweiten Teil der Tagung kamen in besonderem Maße die Referenten des Bundesamtes zu Wort. Bei ihren Ausführungen war ein sehr wesentliches Thema der nun beginnende Aufbau der unbemannten Meßstellen des Warndienstes. Für die Errichtung der mit Personal besetzten Beobachtungs- und ABC-Meßstellen im Rahmen des Katastrophenschutzes waren den Ländern ebenfalls Richtlinien zugegangen. Um einen Überblick über das gesamte Meßstellennetz zu gewinnen und die Standorte im einzelnen festlegen zu können, sollen nun die Warnämter die nötige Verbindung zu den zuständigen Stellen der Länder halten, so daß der für den Warndienst vorgesehene Stufenplan für die Einrichtung des halbautomatischen Abfragesystems mit Außen- und Zentralstationen eingehalten werden kann — ein zweifelsohne interessantes Projekt, worüber in Zukunft an dieser Stelle wohl noch mehr zu berichten sein wird.

Bedrückt war die Stimmung, als es zum Haushalt übergang. Auch am Warndienst gehen die Einschränkungen nicht vorüber. So wurde denn sehr deutlich herausgestellt, daß auch dieser Dienst ein ständige Standortbestimmung nach den finanziellen Möglichkeiten vornehmen muß. Schließlich wurde den Tagungsteilnehmern eine interessante Neuigkeit vorgeführt. Im unterirdischen Bauwerk des Warnamts wurde die eben als Musteranlage fertiggestellte Einsatzleiter- und Verbindungs-

führerkarte gezeigt und erläutert. Diese Kartenanlage, bestehend aus 3 parallel geschalteten Kartenpulten, wurde nach den Richtlinien einer dafür eingesetzten Arbeitsgruppe entworfen und von den technischen Bediensteten des Warnamtes V in Eigenleistung gebaut. Es war erstaunlich zu hören, mit welcher verhältnismäßig geringen Mitteln diese Einrichtung geschaffen wurde. Bei einem Vergleich mit den Kosten, die bei einer Auftragsvergabe an die Industrie angefallen wären, darf festgestellt werden, schneidet hier der Warndienst besonders gut ab. Die 3 Kartenpulte der Anlage — an verschiedenen Stellen im Warnbunker aufgebaut — sollen stets den aktuellen Stand im Warngbiet widerspiegeln. Zur besseren Übersicht können auf ihnen durch regelbare Beleuchtungsstufen die jeweils benötigten Grenzen, darunter vor allem die Sirenenauslösbereiche, sichtbar gemacht werden. Durch eine optische Anzeige mit Glimmlampen werden die Meßstellen (WDM/BAM) kenntlich gemacht, bei denen Meßwerte anfallen. Da diese Anlage nun in allen Warnämtern nachgebaut werden soll, wird sie auch zur weiteren Vereinheitlichung der Arbeitsverfahren beitragen. Um den Überblick über die wichtigsten Themen dieser Tagung abzurunden, bliebe noch das Thema der Fernstzustatübertragungen anzuführen. Aus taktischen, organisatorischen und vor allem haushaltsmäßigen Gründen hat sich eine vermehrte Verwendung solcher Einrichtungen als notwendig

erwiesen. Mit diesen Geräten, so wurde deutlich gemacht, ist es möglich, eine variable Anzahl von Ortsnetzen zur kleinräumigen Auslösung der Sirenen zusammenzuschalten. Der Aufbau ist auf 2 bis 3 Jahre veranschlagt, aber auch hier, wie kann es anders sein, hat das bestimmende Wort der Haushalt. In der Endphase dieser lebhaft verlaufenen Tagung erschien der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Kolb, mit Regierungsdirektor Dr. Stein vom BMI, um sich über den Verlauf der Besprechungen zu informieren. Der Präsident unterstrich die Bedeutung des Warndienstes im Hinblick auf die Möglichkeit, nun auch Friedensaufgaben zu übernehmen. Aus seinen ersten Worten war zu spüren, wie stark der knappe Haushalt die Verantwortung für das Ganze, nämlich das Machbare durchzusetzen, noch erhöht. Dr. Stein verwies auf die enge Zusammenarbeit zwischen seinem Referat im BMI und der Abteilung Warndienst des Bundesamtes. Er unterstrich dabei, daß er trotz seiner vielen Verantwortlichkeiten die hier anfallenden Aufgaben besonders im Auge behalten wolle.

Insgesamt gesehen war die Tagung für alle Teilnehmer sehr nutzbringend und anregend. Wieder einmal wurde auch deutlich, wie wichtig der persönliche Kontakt zwischen dem Bundesamt und dem weitverzweigten nachgeordneten Bereich ist.

Karl-Heinz Felter

Mineralölsteuerbefreiung der Krankentransporte? 1972: JUH steigert die Kranken- und Verlegungstransporte um 73,8%

Die Bundesgeschäftsführung der Johanniter-Unfall-Hilfe gab am 11. Mai die nachstehende Presseinformation heraus:

Mit Genugtuung nahmen die Delegierten auf der Jahresversammlung der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) in Hofgeismar zur Kenntnis, daß die von den meist freiwilligen Helfern dieser offiziellen Hilfsorganisation 1972 durchgeführten Kranken- und Verlegungstransporte gegenüber 1971 um 73,8 Prozent gesteigert werden konnten.

Die Delegiertenversammlung beauftragte die Bundesgeschäftsführung der JUH, Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Regierung aufzunehmen, um eine Befreiung aller Hilfsorganisationen von der Mineralölsteuer für die von ihnen durchgeführten Krankentransporte zu erreichen.

Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen zweckgebunden zur Verstärkung des Rettungswesens und zur weiteren Ausbildung von Fachkräften für den Katastrophenschutz verwandt werden. Bei der JUH könnten somit — gemessen am Vorjahrsbudget — weitere DM 222 000,— für das Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden; dies würde die Anschaffungskosten von vier neuen Rettungswagen ausmachen.

Zur Begründung der Forderung vertritt die JUH die berechtigte Annahme, daß der Staat die freiwilligen Leistungen der Hilfsorganisationen sicher nicht in Anspruch nehmen kann, um zugleich für sich einen geschäftlichen Nutzen zu verbinden.

Einweihung der Landesschule NRW

Am 27. April wurde vom Präsidenten der Johanniter-Unfall-Hilfe, Graf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, eine Erweiterung des bereits bestehenden Gebäudes in Köln eingeweiht. In diesem Erweiterungsbau sind die



Das neue Haus verfügt über Aufenthaltsräume für zwei KS-Sanitätsbereitschaften. Die Funkleitstelle steuert alle Krankentransporte.



Mit dem Erweiterungsbau hat die JUH eine zentrale Ausbildungsstätte für die ständig wachsende Helferschar.

Landesschule NRW mit 22 Übernachtungsmöglichkeiten, Lager-, Büro- und Aufenthaltsräume für 2 Katastrophenschutz-Sanitätsbereitschaften und eine Funkleitstelle für die Steuerung des Krankentransports untergebracht. Dieser Erweiterungsbau war nötig geworden, um für das Land Nordrhein-Westfalen eine zentrale Ausbildungsstätte zu schaffen. Außerdem war bei der stark angestiegenen Kölner Helferschaft der vorhandene Raum zu klein. An der Einweihungsfeier nahmen nicht nur die Mitglieder der JUH teil, sondern auch viele Prominente, die den Aufgaben der JUH aufgeschlossen gegenüberstehen. Hervorzuheben wären Prof. Dr. Mohnen, Oberstadtdirektor, und Kreisbeauftragter der JUH Samuel Kessler, MdR und

Vertreter des Oberbürgermeisters Superintendent Aubel, Polizeipräsident Hosse und der Standortälteste Oberstleutnant Max Morol und die Beigeordneten Braun, Perzborn und Fey. Nicht zu vergessen seien hier die Vertreter der befreundeten Organisationen.

Graf Bentheim würdigte in seiner Ansprache besonders das Werk der verstorbenen Spender der Familie Stiehl-Kersting. Dann enthüllte Frau Haschke als Vertreterin dieser Familie die Namenstafel des Hauses, welches in dankbarer Erinnerung den Namen „Elfriede-Stiehl-Kersting-Haus“ trägt.

Nach dem offiziellen Teil der Feier gab es nicht das übliche Glas Sekt, sondern zünftig nach Kölner Art ein Glas „Kölsch“ und dazu einen kräftigen Schlag Erbsensuppe.

JUH-Arzt entwickelt „Unfallschiene“

Der ehemalige Standortarzt Dr. med. Förster, jetzt Hamburg, entwickelte eine Beinlagerungsschiene, die von der Mannheimer JUH erprobt wurde und jetzt im Handel unter dem Namen „Mannheimer Unfallschiene nach Förster-Beinlagerungsschiene“ erhältlich ist.

Diese neuartige Beinlagerungsschiene aus schlagfestem Polyesterol-Kunststoff unterscheidet sich von den bisher bekannten Modellen durch das leichte Gewicht und die Zusammenlegbarkeit. Diese Schiene kann deshalb auf kleinem Raum gelagert und untergebracht werden. Außerdem ist die Mannheimer Schiene auseinanderziehbar und somit für Unterschenkel- und Oberschenkelagerungen geeignet. Die am Unfallort angelegte Kunststoff-Schiene kann bis zur endgültigen Versorgung — Wundrevision, Drahtextensionen, Gipsverbänden, operativen Eingriffen u. a. — belassen werden. Bei dabei notwendigen Röntgenaufnahmen treten keine störenden Schatten auf; dadurch leichte und sichere Beurteilung von Frakturen und Luxationen.



So wird die neue Unfallschiene angelegt. Sie ist der Länge nach verstellbar.

Durchblutungsstörungen im geschädigten Gewebe, wie sie nicht selten bei aufblasbaren Schienen auftreten, insbesondere bei komplizierten Frakturen, lassen sich bei sinnreicher Lagerung auf der Mannheimer Unfallschiene vermeiden.

In Normalstellung — also nicht ausgezogen — ist die Beinlagerungsschiene für Verletzungen unterhalb des Kniegelenkes gedacht. In vollständig ausgezogenem Zustand lassen sich auch hochsitzende Oberschenkelfrakturen und — vorübergehend zum Transport — Schenkelhalsbrüche ruhig lagern. Der obere Schienenrand reicht hier bis zur Gesäßhälfte.

Die Stand- und Liegefestigkeit der Beinlagerungsschiene ist durch eine entsprechende Konstruktion gewährleistet. Seitliche Verstrebungen am Fußteil geben dem Fuß einen sicheren Halt, wobei Druckstellen an der Ferse durch eine sinnreiche Auswölbung nicht auftreten können. Die äußerst leichte Reinigung von Blut oder sonstigen Verschmutzungen ist ein weiterer Vorteil der stabilen Kunststoff-Schiene.

Technische Daten:

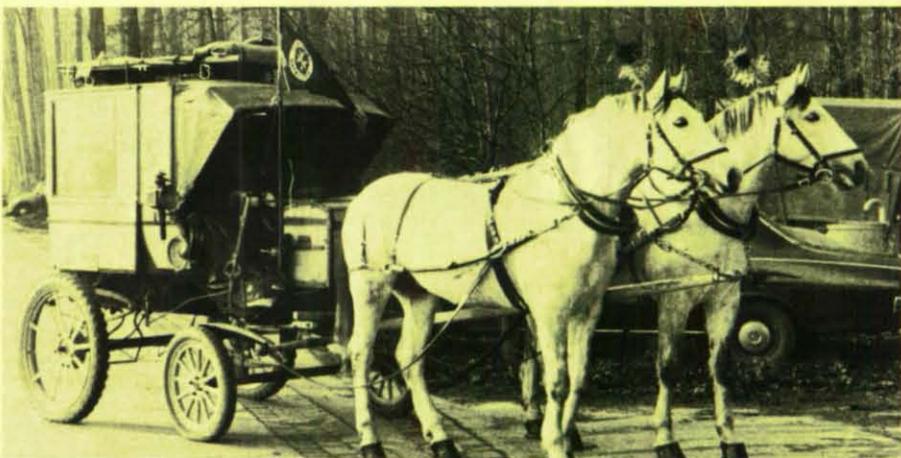
| | |
|----------------------------|-------|
| Schiene auseinandergezogen | 76 cm |
| Schiene zusammengeschoben | 50 cm |
| Schienenbreite | 16 cm |
| Schienenhöhe | 7 cm |
| Gewicht ca. | 930 g |

Postkutsche als Einsatzfahrzeug

Die Helfer der JUH-Bad Salzuflen haben sich im Laufe der Jahre ihre Einsätze bei allen Reitturnieren hier in der Umgebung fest gesichert, da sie den Mut hatten, auch alle anfallenden Arbeiten, wie Parcours-Aufbau, Kasse, Absperrung, Einlaßkontrolle oder Kochen einer Suppe, zu übernehmen. Diese Einsätze finden jeweils den Sommer über bis zum September statt.

Bei den Fuchs- oder Schleppjagden im Herbst, zum Teil mit der Cappenberger Meute, geht es direkt ins Gelände, wo der Bulli nicht oder nur schwer mitkommt. Die Überlegungen gehen dahin, entweder zu Pferde, mit einem Geländewagen — der kann aber nicht springen — oder wie anders den gesamten Ritt durch den Wald und über die Hindernisse zu überwachen. Ein Hubschrauber steht nicht zur Verfügung.

Außerdem sind diese Jagden für die Vereine immer ein gesellschaftliches Ereignis, bei welchem der „tierische Ernst“ zu Hause bleibt. Man schließt das Jahr fröhlich ab, und die Helfer gehören schon zum festen Bestandteil der Reiterei. Da kam ein zündender



Mit 2 PS in den Einsatz! Diese Postkutsche stammt aus dem Jahre 1851.

Funke, den letzten Einsatz mit einer aus dem Jahre 1851 stammenden Postkutsche zu machen. Gewiß waren die Fähigkeiten der beiden Zugpferde nicht so, daß man auch über die Hindernisse gehen konnte. der Zweck konnte aber erfüllt werden (unter uns: ein Bulli war auch noch in der Nähe!).

Zum allgemeinen Gaudi der Teilnehmer und überaus zahlreichen Zuschauer rückten die Helfer der JUH mit diesem Gespann an, ausgerüstet

mit einer verzurrten Trage auf dem Dach und einem Wimpel sowie einer San.-Kiste. Und siehe da, von diesem Fuhrwerk aus wurde sogar ein Verletzter versorgt, den ein ausschlagendes Pferd verletzt hatte. Die Kosten hatten die fünf teilnehmenden Helfer aus eigener Tasche bezahlt. Der Veranstalter dankte es mit einer zusätzlichen Spende. Über die Wirksamkeit dieses neuen Einsatzfahrzeuges als Werbemittel waren sich alle einmütig klar.

Ehrenamtlicher Einsatz
freiwilliger Helfer

Notarztwagen „Rheinbacher Modell“

Aus Anlaß der Einweihung eines Notarztwagens (NAW) in Rheinbach (Rhein-Sieg-Kreis) hielt Dr. R. Schäfer, Anaesthesist am ev. Krankenhaus Bad Godesberg, ein beachtenswertes Referat, in dem er einen interessanten Einblick in dieses Modell gab. Da der Aufbau und die Funktion dieses modernen Notfallrettungsdienstes beispielhaft auch für andere Gliederungen des MHD sein sollte, geben wir nachfolgend den Inhalt dieses Referates wieder.

Skizze des Systems

Die für den Notfallrettungsdienst im Raume Rheinbach bereitstehende Einsatzeinheit des MHD besteht aus einem Rettungswagen (Typ Mercedes L 408) nach DIN 75 080, einem VW-Krankentransportwagen, ebenfalls ausgestattet und ausgerüstet nach DIN 75 080, sowie einem Personen-



Seit dem 1. Januar 1972 wurden bei rund 200 Einsätzen des Rheinbacher RTW 235 Personen ärztlich versorgt und transportiert.



Auch bei diesem Unfall bewährte sich der Einsatz des RTW Rheinbach mit ehrenamtlichen Helfern und Ärzten.

wagen vom Typ VW-Variant 1600 L als Einsatzfahrzeug für den Notarzt. Hieraus ist zu ersehen, daß — wegen der größeren Beweglichkeit — der Arzt nicht auf dem Rettungswagen mit zum Notfall ausrückt, sondern separat im Rendezvous-System mit dem Rettungswagen am Notfallort zusammentrifft. Der Krankenwagen übernimmt bei Unfällen mit mehreren Beteiligten den Abtransport der Leichtverletzten.

Der Einsatzradius dieses Systems beträgt 15 km. Mannschaft und Fahrzeuge sind Tag und Nacht einsatzbereit und über eine zentrale Rufnummer erreichbar. Die Fahrzeuge werden im Einsatz über Funk dirigiert.

Ausrüstung

Neben der DIN-Ausstattung des Rettungswagens (eine in Höhe und Neigungswinkel verstellbare Hebebühne, Narkosegerät, Sauerstoffbeatmungsgeräten, Vakuummatratze, Absaugepumpen, Arztkoffer und diversen Instrumentenbestecken zur Durchführung von Noteingriffen) ist der Wagen des Notarztes mit einem EKG, einem Defibrillator und Herzschrittmacher sowie weiterem Hilfsgerät ausgerüstet. Alle Fahrzeuge sind mit Funk ausgestattet. Die Gesamtausrüstung und die Fahrzeuge repräsentieren einen Anschaffungswert von 130 000,— DM.

Personelle Besetzung

Im Alarmfall besetzen zwei Rettungs-sanitäter den Rettungswagen, ein weiterer Rettungs-sanitäter steuert den Wagen des Notarztes. Die Notarzt-Tätigkeit wird von den Ärzten ehrenamtlich versehen. Die ständige Bereithaltung eines Notarztes garantieren insgesamt 20 Ärzte: 2 niedergelassene und 3 im Rheinbacher Krankenhaus praktizierende Ärzte versehen Tages-, Nacht- und Wochenenddienst, wobei sie von 3 Ärzten der Bundeswehr im Tagesdienst und 12 weiteren Ärzten, die nicht in Rheinbach tätig sind, im Nacht- und Wochenenddienst unterstützt werden.

Von den insgesamt 22 freiwilligen Helfern des MHD sind 8 bereits als Rettungs-sanitäter ausgebildet, während sich die übrigen noch in der Ausbildung befinden.

Die Gruppe der Ärzte trifft sich monatlich zu Fortbildungsveranstaltungen, während für die Rettungs-sanitäter jährlich 40 Stunden theoretische und 100 Stunden praktische Fortbildung betrieben werden.

Zielsetzung des Einsatzes

Das Ziel der ärztlichen Versorgung mit dem NAW ist die Herstellung eines Bindegliedes zwischen dem Notfallpatienten und dem Krankenhaus. Dabei liegt der Schwerpunkt der ärztlichen Tätigkeit bei der Erhaltung und Normalisierung der Vitalfunktionen (Atmung und Kreislauf) am Notfallort und auf dem Transport. Es handelt sich also keinesfalls um einen ärztlichen Notdienst, der an Wochenenden oder zur Nachtzeit die Arbeit der niedergelassenen Ärzte weiterführt.

Kosten

Die Amortisations- und Instandhaltungskosten für Fahrzeuge, Funkgeräte, medizinische Geräte sowie Verwaltungskosten und Verpflegung für die im Nacht- und Wochenenddienst tätigen Ärzte und Rettungs-sanitäter belaufen sich jährlich auf 63 700,— DM. Würden nicht alle Beteiligten ihre Aufgaben ehrenamtlich erfüllen, so würden sich alleine die jährlichen Personalkosten für dieses vorbildliche System auf 250 000,— DM belaufen.

Die so unvergleichbar niedrigen Kosten dieses Modells werden von der Stadt Rheinbach, den Nachbargemeinden und dem Rhein-Sieg-Kreis getragen. Auf diese zusätzliche Finanzierung kann nicht verzichtet werden, da die Gebühren der Krankenkassen die entstehenden Kosten nicht abdecken.

Erste Auswertung

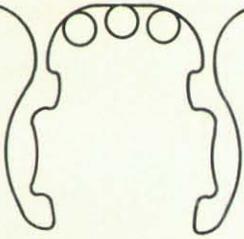
Seit dem 1. Januar vergangenen Jahres wurden bei über 200 Einsätzen insgesamt 235 Personen ärztlich versorgt und transportiert. Bei 17 Personen wurden Wiederbelebungsversuche unternommen, die in 12 Fällen unter Einsatz aller medizinischen und technischen Möglichkeiten erfolglos blieben. Bei fünf Personen konnte eine erfolgreiche Reanimation am Notfallort durchgeführt werden. In vielen weiteren Fällen dürfte es gelungen sein, durch die sofortige fachgerechte ärztliche Versorgung am Notfallort eine Verringerung der Liegedauer und eine Optimierung der ärztlichen Behandlung erreicht zu haben.

Dank

Abschließend dankte Dr. Schäfer allen Beteiligten für die gewährte Unterstützung. Der Dank galt der Stadt Rheinbach, dem Rhein-Sieg-Kreis und den benachbarten Gemeinden für die Bereitstellung finanzieller Mittel, insbesondere aber den ehrenamtlich mitarbeitenden Ärzten und Rettungs-sanitätern, die den Einsatz des Notarztwagens letztlich ermöglichen.

Appell an Gesetzgeber

Bei diesem „Rheinbacher Modell“ ist es gelungen, durch die leistungsfähige Organisation und Koordination unter der Leitung des MHD ein Notarzt-System auf ehrenamtlicher Basis zu erstellen, das einem Notarzt-System mit hauptberuflichen Kräften in technischer Ausrüstung, Personalstärke und Effektivität in in keiner Weise nachsteht. Daher ist es dringend erforderlich, den bereits vorliegenden Gesetzesentwurf zur Neuordnung des Rettungsdienstes so abzustellen, daß in Zukunft auch die Mitarbeit freiwilliger Helfer im Rettungsdienst gewährleistet ist.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Kernwaffen-Verbot

Ein völliges Verbot der Kernwaffen und die Vernichtung bereits vorhandener seien wichtige Forderungen, die mit einer Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges in unmittelbarem Zusammenhang stünden. Dies erklärte in Genf vor dem Abrüstungsausschuß der Vertreter der Sowjetunion, Alexej Roschtschin. Ein Abkommen über ein absolutes Verbot von Kernwaffentests könne erst dann wirksam werden, wenn alle Mächte, die über Kernwaffen verfügen, auch Vertragspartner seien. Die UdSSR sei bereit, die Frage der Nichtanwendung von Gewalt einschließlich des Verbotes des Einsatzes von Kernwaffen auf bilateraler Grundlage mit jeder Nuklearmacht zu regeln. Wenn sich alle Staaten — vor allem diejenigen, die über die materiellen und technischen Möglichkeiten zur Herstellung von Kernwaffen verfügten — an einem Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen beteiligten, könne dieser Punkt rasch realisiert werden.

Erste-Hilfe-Ausbildung in polnischen Schulen

Als ein Beispiel für die intensive Ausbildung in Erster Hilfe in den polnischen Schulen kann die Arbeit des Polnischen Roten Kreuzes in der Wojewodschaft Bydgoszcz (Bromberg) gelten. In den 1707 Schulgruppen des PRK — vorwiegend in ländlichen Gebieten — arbeiten hier mehr als 165 000 Mitglieder aktiv mit. Es bestehen 143 Schul-Sanitätsgruppen und mehr als 1600 Schul-Sanitätsposten.

Über 40 000 Schulkinder haben allein im Jahre 1971 an den in den Schulen veranstalteten Ausbildungskursen teilgenommen; mehr als 45 000 Personen haben durch die Schul-Sanitätsmannschaften und -posten im Rahmen der Erste-Hilfe-Leistung eine Versorgung erhalten. Ein besonderer Aspekt der PRK-Jugendarbeit ist die Bildung von Gruppen, in denen Jugendliche die Betreuung von einsamen, alten und kranken Personen übernehmen. 472 solcher Gruppen sind bisher gebildet worden.

Tatsächlich weniger Kosten

Der in der norwegischen Presse oft vorgebrachten Behauptung, die Errichtung von Schutzbauten sei sehr kostspielig, widerspricht Abteilungs-Ingenieur J. Bakkane in einer Fachzeitschrift des norwegischen Zivilschutzes. Bakkane hat zum Beweis seiner These genaue Berechnungen aufgestellt; er hat die anteilmäßige Verteilung der Gesamtkosten eines Baues wie folgt berechnet:

| | |
|-----------------------|-----------|
| Bauarbeiten | etwa 58 % |
| Be- und Entlüftung | etwa 24 % |
| Sanitäre Anlagen | etwa 8 % |
| Elektrische Anlagen | etwa 3 % |
| Diverse Einrichtungen | etwa 7 % |

Betrachtet man die Ausgaben für den Keller gesondert, dann verteilen sich die Mehrausgaben für den Schutzbau annähernd nach folgendem Schema:

| | |
|-----------------------|-----------|
| Bauarbeiten | etwa 38 % |
| Be- und Entlüftung | etwa 36 % |
| Sanitäre Anlagen | etwa 12 % |
| Elektrische Anlagen | etwa 4 % |
| Diverse Einrichtungen | etwa 10 % |

Entsprechend der Nutzung des Schutzraumes im Frieden kann es sich jedoch ergeben, daß sich die Mehraufwendungen noch erhöhen. So ist bei einer Nutzung als Duschaum ja eben für diesen besonderen Zweck eine besondere Ausstattung erforderlich.

Die tatsächlichen Mehrkosten für den Schutzraum sind jedoch wesentlich niedriger als die anteiligen Gesamtkosten.

Schutzsysteme in Berghöhlen

In Nordvietnam waren im nördlichen Landesteil während der amerikanischen Luftangriffe die Industriebetriebe in Höhlenlabyrinth der Höhengänge

ausgelagert. Diese Höhlensysteme waren in der Regel dreigeschossig übereinander ausgebaut. Im untersten Geschoß mit fast ebenerdigen Ausfahrten und Ausgängen befanden sich die Fabrikationsräume, in denen rund um die Uhr in drei Schichten gearbeitet wurde. Darüber waren im Berg die Verwaltungsräume eingerichtet; ein Stockwerk höher waren die Wohnräume für die Arbeiter angelegt. Die umfangreichen Anlagen waren hervorragend belüftet und gut ausgeleuchtet.

Auch während der Bombenangriffe, mit denen diese ausgelagerten Werke zerstört werden sollten, ging nach dem Bericht von Augenzeugen die Produktion weiter. Es soll den angreifenden Flugzeugen in keinem Falle gelungen sein, an solchen Anlagen Zerstörungen anzurichten oder Menschen zu verletzen oder zu töten.

Katastrophen-Warnung durch DIDS

In den Vereinigten Staaten wird ein ursprünglich nur für einen möglichen Atomkrieg entwickeltes Warnsystem — DIDS — auch für den Fall von Natur-Katastrophen Verwendung finden. Die Erprobung hat in den nördlichen Landesteilen bereits begonnen.

Es handelt sich um ein — zu sehr mäßigen Kosten herstellbares — kleines Zusatzgerät für Fernseh- und Rundfunkgeräte, mit dessen Hilfe über ein besonderes Sendernetz die Besitzer solcher Geräte alarmiert werden können; selbst dann, wenn das Fernseh- oder Rundfunkgerät nicht eingeschaltet ist. Das Zusatzgerät reagiert auf zentral gesteuerte Funksignale und ist permanent empfangsbereit.

Wichtig ist, daß die Alarmierung sowohl allumfassend für das ganze Land, als auch abschnittsweise für bestimmte Sektoren möglich ist. Die Erprobung umfaßt zunächst nur bestimmte Dienststellen und Einrichtungen, in denen das Zentralgerät installiert wurde.

Im kritischsten Falle, bei einem Atomangriff, wird es nach Ansicht der Experten möglich sein, 17 Millionen Menschen zusätzlich zu retten, weil sie zeitig alarmiert werden können. Man ist der Auffassung, daß allerdings eher die Möglichkeit der Warnung vor einer Naturkatastrophe die Bevölkerung zur Anschaffung des Gerätes veranlassen wird.

Hilfe einmal anders

THW heizte der Polizei ein

Komplette Heizstromanlage für das Polizeipräsidium Aachen

Technische Hilfe einmal anders als im gewohnten Rahmen leistete der THW-Ortsverband Aachen; denn er mußte das interessante Problem lösen, mit Hilfe einer kompletten Heizstromanlage vorübergehend das Polizeipräsidium zu beheizen. Dieser außergewöhnliche Auftrag ging an das THW, weil das Polizeipräsidium Aachen an ein Fernheizwerk angeschlossen werden sollte und in dieser Zeit die Zentralheizung stillgelegt werden mußte, um die überalterte Dampfheizung auszubauen und die neue Anlage zu montieren.

Dabei sanken schon nach kurzer Zeit die Temperaturen in den Räumen des Präsidiums auf 11 bis 12 Grad. Eine Beheizung durch elektrische Geräte schied aus, da das Stromnetz durch die umfangreichen technischen Anlagen der Polizei bereits voll ausgelastet war. Trotzdem galt es, eine Heizmöglichkeit zu finden; denn der Polizeidienst mußte auch an diesen Tagen rund um die Uhr funktionieren.

THW-Helfer als „Hetzer“

Ein Anruf bei der THW-Geschäftsstelle Aachen brachte die Lösung des Problems. Der Vorschlag des THW, mit dem vorhandenen Kabelmaterial des THW ein Stromleitungsnetz im Polizeipräsidium aufzubauen, das durch Notstromaggregate gespeist werden und Heizgeräte mit Strom versorgen sollte, erwies sich als durchführbar.



Verteilertafeln mit zehn Außensteckdosen wurden von THW-Helfern angefertigt.

Lagebesprechung klärte Einsatz

Vor Beginn der eigentlichen Arbeiten fand im Präsidium in Anwesenheit von Polizeipräsident Fehrmann eine Besprechung statt, an der vom THW Geschäftsführer Escherich, Ortsbeauftragter Malmendier und Bereitschaftsführer Helmut Martin teilnahmen. Bei dieser Besprechung wurde der Umfang der Hilfestellung festgelegt. Die Anlage sollte voraussichtlich 10 bis 14 Tage in Betrieb sein, da mit einer störungsfreien Funktion der neuen Zentralheizung zu einem früheren Zeitpunkt nicht zu rechnen war. Es wurde beschlossen, den Aufbau der Anlage an einem Samstag vorzunehmen. Dadurch reichte die Zeit zum Heranschaffen des umfangreichen Materials; außerdem stand an diesem Tage eine ausreichende Zahl von Helfern zur Verfügung.

Installationsplan angefertigt

Bereitschaftsführer Helmut Martin, von Beruf selbstständiger Elektromeister, fertigte den Installationsplan an. Ihm wurde auch die technische Leitung der Aktion übertragen, Geschäftsführer Escherich übernahm die organisatorischen Aufgaben. Gemeinsam mit dem zuständigen Beamten der Polizei wurden der Installationsplan skizziert und auch die Materialkosten errechnet.

Folgende Punkte waren zu berücksichtigen:

- Für die einzelnen Etagen in jedem Trakt des Präsidiums war die Zahl der zu beheizenden Räume zu bestimmen. Durch Zusammenlegen von Büros der einzelnen Dienststellen konnte die Zahl der Heizstellen auf rund 150 begrenzt werden.
- Es mußte nach der Größe der Räume errechnet werden, ob für einen Raum z. B. ein Heizgerät mit 1000 Watt Leistung ausreichte.

Dies war vor allem für die zu verlegenden Leitungen von Bedeutung: Die beim THW vorhandenen Kabel dürfen mit höchstens 5000 Watt dauerbelastet werden. Deshalb mußte die Anzahl der Leitungen der Abnahmespannung der angeschlossenen Geräte angepaßt werden.

● Bei der Errechnung der Gesamtlänge des Leitungsnetzes mußte von der Anzahl und dem Standort der Notstromaggregate ausgegangen werden. Die Aggregate waren so aufzustellen, daß eine möglichst geringe Störung des Dienstbetriebes erfolgte. Nach den Berechnungen wurden 5000 m Kabelmaterial der verschiedensten Längen benötigt. Der Strombedarf lag bei 200 KW.

Material aus Bonn, Köln, Düren und Krefeld

Die Materialbeschaffung erfolgte dank der Unterstützung der THW-Leitung, des Landesverbandes und der Geschäftsstellen in Bonn, Köln, Düren, Krefeld und Mönchengladbach ohne große Schwierigkeiten. Die THW-Leitung stellte drei der neuen Notstromaggregate mit einer Leistung von 50 kVA zur Verfügung, die Stadt Aachen ein Aggregat von 20 kVA Leistung. Das Kabelmaterial kam aus den Ortsverbänden des Aachener Betreuungsbereiches sowie über den THW-Landesverband. Dabei war zu beachten, daß die Fahrzeuge einsatzbereit bleiben mußten. Es durfte deshalb nur die Hälfte der Kabel und Abzweiger pro Fahrzeug abgezogen werden.

4.860 Meter Kabel verlegt

Der Instandsetzungszug des OV Aachen, verstärkt durch Helfer der 2. THW-Bergungsbereitschaft Aachen mit insgesamt 32 Helfern unter Leitung von Bereitschaftsführer Martin, bauten die Notstromversorgung auf. Insgesamt verlegten die THW-Helfer folgendes Material: 90 Kabeltrommeln mit je 50 m Kabel, 40 Kabel zu 10 und 64 zu 5 m = 4860 Meter. Mit 73 Verteilern wurden 156 Anschlüsse für Heizgeräte geschaffen. Die Gesamtlänge des Leitungsnetzes betrug 5220 Meter. Die Zuleitungen für die einzelnen Etagen führten von außen durch die Fenster in die Flure, von dort verzweigte sich das Netz in die einzelnen Räume. Dabei mußte sehr sorgfältig

gearbeitet werden, da am Tage immer viel Publikum das Präsidium aufsucht und keine Unfallgefahren geschaffen werden sollten.

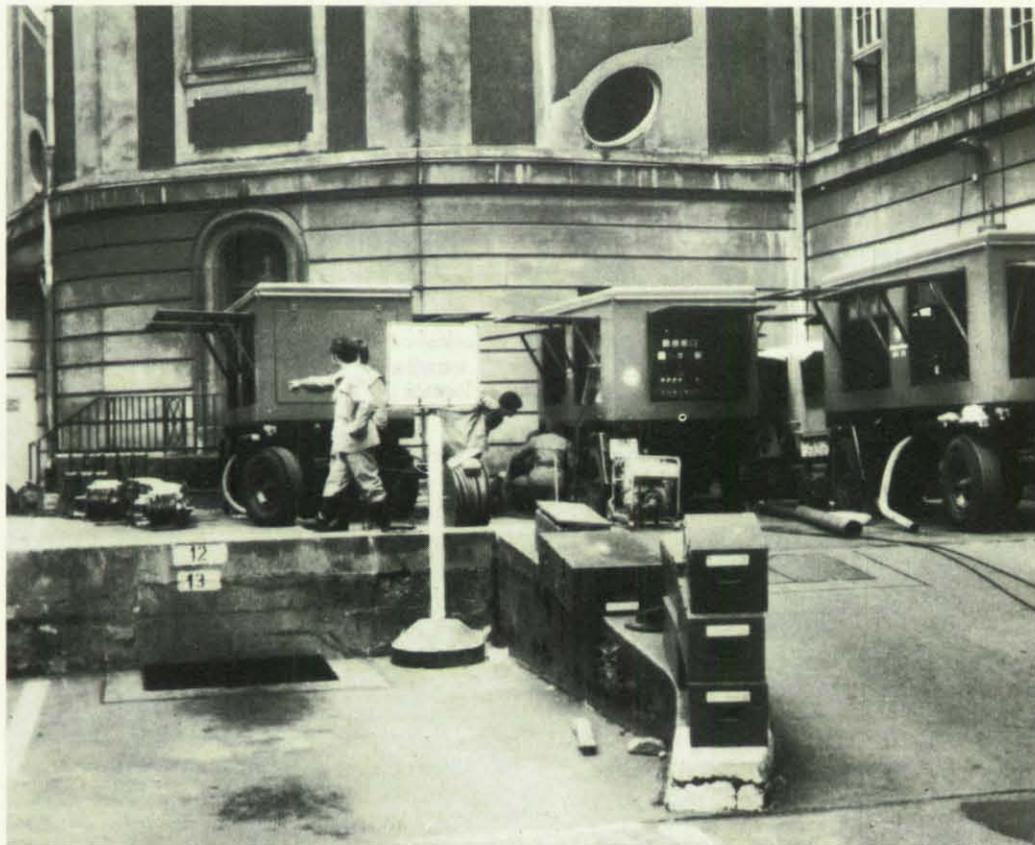
Verteilertafeln hergestellt

Zwischenzeitlich stellten vier Elektriker in der Unterkunft des THW-Ortsverbandes Verteilertafeln her. Auf entsprechend große Spanplatten waren eine Anzahl Außensteckdosen (je 10 für die großen und je 5 für die kleinen Aggregate) zu montieren, die einzeln mit 25 Ampere abgesichert wurden. Über eine Sammelschiene konnten die Verteilertafeln dann mit dem Kraftstromkabel des Aggregates verbunden werden. Nach Anschluß der Verteilertafeln

setzten die Fachleute das Notstromnetz gegen 17 Uhr probeweise unter Strom. Dank der vorsorglichen Durchprüfung jedes einzelnen Kabels bereits vor dem Einbau an einem 5-kVA-Aggregat funktionierte die Leitung völlig fehlerlos. Vom Abend an wurde ein Aggregat von 50 kVA ununterbrochen in Betrieb gehalten, um u. a. die Einsatzleitung, die Funkleitstelle und die Räume der Wache auch nachts zu beheizen. Am Montagmorgen liefen dann die anderen fünf Aggregate an, um den erforderlichen Strom für die übrigen Geräte zu liefern. Die Wartung der Anlage lag in den Händen von Gerätewart Schnitzler und Bereitschaftsführer Martin, die zuvor im Zentrallager Mehlem an den neuen Aggregaten eingewiesen worden waren.

Notstrom für zwei Wochen

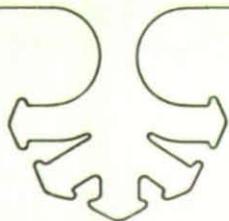
Nach sechs Tagen und Nächten wurde dann die Zentralheizung wieder in Betrieb genommen. Zahlreiche Rohrbrüche, bedingt durch den wesentlich höheren Druck der neuen Anlage, machten immer wieder eine Stilllegung der Zentralheizung und die Inbetriebnahme der Notstromanlage notwendig. Erst nach einer Woche teilte das Polizeipräsidium der Aachener THW-Geschäftsstelle mit, daß die Zentralheizung nunmehr einwandfrei funktioniere und die Notstromanlage nicht mehr benötigt werde. Die Aggregate waren insgesamt 411 Stunden in Betrieb, dabei lagen die Betriebsstunden der einzelnen Aggregate zwischen 112 und 30 Stunden. Den Abbau führte der Instandsetzungszug unter Zugführer Röhrens schnell und reibunglos durch. Das Aussortieren der Kabel und der Rücktransport des Materials und der Aggregate nahmen noch einige Tage in Anspruch.



Drei 50-kVA-Aggregate und ein 20-kVA-Aggregat lieferten den Heizstrom für das Hauptgebäude des Polizeipräsidiums in Aachen.

Dank des Polizeipräsidenten

Aachens Polizeipräsident Fehrmann dankte den Helfern in einem persönlich gehaltenen Schreiben herzlich für ihre Unterstützung und sprach seine Genugtuung über die gelungene Aktion aus. Nebenerscheinung dieser technischen Hilfeleistung, die einen Einblick in die vielseitigen Möglichkeiten des THW vermittelte: Die Aachener Polizei konnte eingehend über das Technische Hilfswerk und seine Aufgaben informiert werden. Auch in der Aachener Presse fand diese Hilfeleistung ein sehr positives Echo.



PRESSESCHAU DES INLANDS

Umweltschutz als Schulfach

Vor allem die Jugend soll über die Fragen des Umweltschutzes informiert werden. Diese Ansicht vertritt nicht nur der österreichische Bundespräsident Jonas, der das Unterrichtsfach Umweltschutz an den österreichischen Schulen einführen läßt. Auch in Bayern wollen das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und das Staatsministerium für Unterricht ein gemeinsames Konzept für die Intensivierung des Umweltschutzes im Schulunterricht erarbeiten.

Die Überprüfung der derzeitigen Lehrpläne soll mit dem Ziel durchgeführt werden, den Lehrstoff mit Inhalt über die Zusammenhänge der Umweltfragen anzureichern. Eine Arbeitsgruppe, die sich der Behandlung dieser Fachfragen widmet, wird beim Staatsinstitut für Pädagogik gebildet. Vom Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen wurden erhebliche Mittel für die Herstellung und Verbreitung einer Reihe von entsprechenden Dia-Serien bereitgestellt. Die Lehrerfortbildungsakademie in Dillingen will der Ökologie einen gebührenden Platz in ihrem Programm einräumen.

(Umweltschutz-Dienst, Düsseldorf)

Nuklearwaffen und militärische Bedrohung

In Verbindung mit den geplanten Truppenreduzierungen in Europa gewinnt die Neukonzeption der taktischen Nuklearwaffen eine besondere Bedeutung. Die Überlegungen in der NATO gehen dahin, daß die reduzierte Truppenstärke durch den eventuellen Einsatz neuer Nuklearwaffen-Kategorien im europäischen Raum ausgeglichen werden müsse.

Das Plus an Feuerkraft, Reichweite, Zielgenauigkeit, Schnelligkeit und

Beweglichkeit dieser neuen Waffen erlaubt es, die Zahl bestimmter Waffen und Verbände in Europa zu verringern, ohne das militärische Kräfteverhältnis zum Warschauer Pakt nachteilig zu verändern.

Im wesentlichen geht es dabei um fünf Kategorien von Waffentechniken:

1. „mini-nukes“, mit geringer Explosionskraft und minimalem Strahlenausfall, die zielgenau auch über weite Entfernungen gegen bewegliche Ziele eingesetzt werden.
2. Nuklearsprengkörper, die zielgenau gegen widerstandsfähige Ziele eingesetzt werden und zwar starke Druckwellen, jedoch nur eine minimale Radioaktivität freisetzen.
3. Nuklearsprengkörper mit hoher, aber kurzlebiger Strahlung zum Einsatz gegen Truppen und zur Geländesperrung.
4. Konventionelle Sprengwaffen mit verbesserter hoher Wirkung und Zielgenauigkeit, die für bestimmte Aufgaben an die Stelle von Nuklearwaffen treten.
5. Verbesserte Nachrichten- und Führungsmittel einschließlich elektronischer Waffenkontrollen über weite Entfernungen, die den kontrollierten Einsatz kleinerer Nuklearwaffen sicherer machen sollen.

(Die Welt, Hamburg)

Ein Film wirbelt Staub auf

Ein über das Fernsehen ausgestrahlter Film, der sich mit einer möglichen „Smog“-Situation befaßt, hat erhebliche Unruhe ausgelöst und damit bewiesen, daß brisante Themen, wenn sie von allgemeinem Interesse sind, von den Massenkommunikationsmitteln sehr wirkungsvoll „unter die Leute“ gebracht werden können. Immerhin ging es um ein Problem, welches in naher Zukunft sich durchaus als eine Katastrophe darstellen kann.

Positiv wurde von den Politikern aller Ebenen und von den Fachleuten gewertet, daß sich das Fernsehen der Thematik angenommen hatte; Kritik wurde darüber geäußert, daß sich das Fernsehen bei der filmischen Gestaltung nur auf das Ruhrrevier beschränkte. Essens Oberbürgermeister: „In anderen Gebieten der Bundesrepublik ist die Luftverschmutzung stärker als an der Ruhr!“ Dagegen ein Anrufer: „Ich kann nicht verstehen, wieso hier eine Schädigung des Reviers gegeben sein soll. In vielen Teilen ist doch wirklich das gegeben, was der Film gezeigt hat.“

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

Konzentration

Ausgelöst durch die Gebietsreform in Bayern, ist auch in der Bundesorganisation des THW eine Änderung eingetreten, die, um die Effizienz in den Aufgaben des Katastrophenschutzes zu erhöhen, die organisatorisch-verwaltungsmäßige Zusammenarbeit enger gestalten soll. Der neugestaltete Betreuungsbereich ist gewissermaßen der größte Modellfall in Bayern nach der ersten Stufe der Verstärkung des Katastrophenschutzes.

Das erste Sachgespräch im Rahmen der Umorganisation fand mit den Ortsbeauftragten, Verwaltungshelfern, Kraftfahrzeug- und Gerätewarten in Gunzenhausen statt.

Man wußte, was man wollte; es sollte die regionale und die überregionale Zusammenarbeit durch Ausbildung und Organisation koordiniert werden. Die Ortsbeauftragten ließen erkennen, daß man willens ist, im Interesse der bestehenden Organisation funktionsfähig zu arbeiten, um den vielseitigen Aufgaben des Katastrophenschutzes gerecht zu werden.

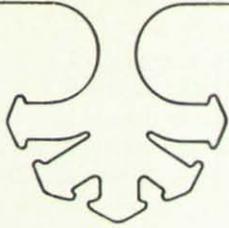
(Fränkischer Anzeiger)

Helfer stehen bereit

Die Stadt Salzgitter ist für den Fall einer Katastrophe bestens gerüstet. Nicht weniger als 1600 Helfer stehen mit ihrem Wissen und ihrer praktischen Ausbildung zur Verfügung. Bevor jedoch diese Helfer aufgerufen und eingesetzt werden, muß ersichtlich werden, daß die verfügbaren Kräfte von Polizei und Feuerwehr nicht mehr ausreichen, um einer Krisensituation Herr zu werden.

Mit einer Umdrehung der Wählscheibe des Fernastgerätes im Rathaus in Salzgitter wird über 82 Sirenen in der Stadt und ihrer Umgebung der Katastrophenalarm ausgelöst, ein Notstandsstab nimmt Meldung entgegen und gibt Weisungen — wenn ein echter Katastrophenfall eintritt. Bisher allerdings wurde ein Notstand dieses Ausmaßes nur geprobt, bei Übungen, auf Lehrgängen und in Form des Katastropheneinsatzplanes der Stadt. Erst dann, wenn die bestellten Organe für Sicherheit und Ordnung bei der Beseitigung eines öffentlichen Notstandes überfordert sind, werden die Abwehrmaßnahmen vom Oberstadtdirektor wahrgenommen. Damit läuft dann auch der Einsatzplan an, der Brandschutz, Bergungsdienst, Technisches Hilfswerk, Sanitätswesen, ABC-Dienst- Betreuung und Veterinär-dienst in Aktion setzt.

(Salzgitter Zeitung)



PRESSESCHAU DES AUSLANDS

Moralische Betreuung im Zivilschutz

Schweizerischer Bund für Zivilschutz

Presse- und Informationsdienst

Es genügt — nach israelischer Auffassung — nicht, daß man nur dafür sorgt, daß genügend Schutzräume vorhanden sind und der Zivilschutz gut organisiert ist. Es müssen auch auf psychologischem Gebiet bestimmte Maßnahmen vorbereitet sein.

Im Rahmen des israelischen Zivilschutzes haben sich bestimmte Arbeitsgruppen, gebildet aus Psychologen und Soziologen, mit den psychologischen Vorbereitungen befaßt.

Der Tätigkeit dieser Gruppen ist es zu verdanken, daß die Bevölkerung des israelischen Jerusalem die Wirren des Sechstagekrieges gut überstanden hat. Neben diesen Gruppen ist zu erwähnen, daß auch Mitglieder der Behörden in dieser Zeit von Schutzraum zu Schutzraum gingen, um den Kontakt mit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Auch für die Betreuung alter, kranker oder körperlich behinderter Menschen wurden gute Lösungen gefunden. Für alle diese Personen wurden Helfer gefunden, die dafür verantwortlich waren, daß ihre Schützlinge rechtzeitig den Schutzraum erreichten und dort auch betreut wurden. Dieses System der „Schutzengel“ hat sich hervorragend bewährt.

Es darf nicht verkannt werden, welche Bedeutung hier gerade den als Schutzraumleitern bestimmten Personen zukommt, an die — abgesehen von der intensiven Schulung auf ihre Aufgaben — charakterlich und auch bildungsmäßig besondere Anforderungen gestellt werden müssen.

(Bern, Nr. 6/1973)

Landwirtschaft ist wichtig

HUNG CHI

Vorsitzender Mao hat die Weisung erteilt, es sei erforderlich, die Schutzstollen tief zu graben und überall genügend Vorräte anzulegen. Diese Weisung ist eine Konkretisierung der großen strategischen Richtlinie: „Vorbereitetsein für den Kriegfall und auf Naturkatastrophen, alles für das Volk tun!“ Ein wichtiger Aspekt für die Durchführung dieser Weisung, die Rangordnung, an der unbedingt festgehalten werden muß: Landwirtschaft, Leichtindustrie, Schwerindustrie bei forcierter Entwicklung der Landwirtschaft. Das ist zudem nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage. Hier ein Beispiel für die Auswirkung: Hsinhua meldet, daß in der Provinz Shantung, die eine Gesamtgröße von 153 300 qkm hat, dank großangelegter Bewässerungsprojekte, an denen 4 Millionen Bauern teilhaben, jetzt 660 000 ha Terrassenfelder künstlich bewässert werden. Man muß bedenken, daß ein Viertel der Ackerfläche der Provinz Hügelland ist.

(Peking, Nr. 3/1973)

Betriebsschutz als Zivilschutzelement

Internationale Zivilverteidigung

Während eines internationalen Kolloquiums in Nancy im Jahre 1970 wurde der Betriebsschutz als ein wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Maßnahmen des Zivilschutzes herausgestellt. Die Schlußfolgerung dieser Studientage führte zu einer konkreten Ausarbeitung von Richtlinien auf dem Gebiet des Betriebsschutzes, wobei insbesondere die Methoden und Mittel herausgestellt wurden, die es ermöglichen sollen, Verluste an Menschenleben und an Material zu vermeiden. Die Planung und Organisation des Betriebsschutzes war zudem Gegenstand von zwei Tagungen des technischen Ausschusses „Betriebsschutz“ der I.O.Z.V., die im Jahre 1971 und 1972 stattfanden und an denen Delegierte der Mitgliedsstaaten der Organisation und geladene Sachverständige teilnahmen. Im Verlaufe dieser Tagungen ging es zunächst einmal darum, die Global-

strategie des Betriebsschutzes zu definieren und die Fakten zu bestimmen, die bei seiner Planung im Vordergrund zu stehen haben. In einem besonderen Dokument wurden die verschiedenen Probleme zusammengestellt, die der Betriebsschutz aufwirft. Vorrangig sind dabei berücksichtigt: Notzustand, Arbeitsunfälle, technische Unfälle, verschiedene Katastrophen- und Konfliktarten. (Genf, Nr. 211)

Individuelle Feuerbekämpfung



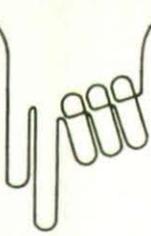
LE BULLETIN
REVUE TRIMESTRIELLE
DE
PROTECTION CIVILE

Eine sehr wichtige Frage, die allgemein noch zu wenig behandelt wird, ist die Ausbildung von Kraftfahrern und Rettungsmannschaften im Gebrauch der persönlichen Ausstattung.

Diese Personen sind zwar zum Einsatz an den ihnen anvertrauten Geräten sehr gut ausgebildet, doch zeigen immer wieder vorkommende Unfälle, daß sie sich der Funktion der eigenen Schutzausstattung nicht immer ganz bewußt sind. Wenn die persönliche Ausstattung nicht einwandfrei gehandhabt wird, kann es sehr leicht geschehen, daß der ganze Einsatz behindert wird.

Persönlicher Feuerschutz ist in zwei Aspekte unterteilt, den direkten Kontakt mit der Flamme und den Schutz gegen Hitzeausstrahlung. Der Gebrauch von Feuerschutzkleidung ist von genau bestimmten Aktionen abhängig, die ein Eindringen in die Flammen selbst notwendig machen. Sicher wäre es ratsam, weit öfter von vorhandener Feuerschutzkleidung Gebrauch zu machen.

Hitzeschutz wird ebenfalls durch den Gebrauch je nach Einsatzerfordernis unterschiedlicher, persönlicher Ausstattung sichergestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, an welcher Stelle der Träger eingesetzt werden soll. Wichtig ist es, hier eine Standard-Ausrüstung zu entwickeln, die den verschiedensten Anforderungen gerecht wird. A und O aber wird die Übung sein, bei der der Helfer mit seiner Ausrüstung vertraut gemacht wird. (Paris, Nr. 206)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Narodna Armija
Belgrad, 21. 9. 1972

Zivilschutz bei Manövern beteiligt

Nicht ohne Interesse wird man den Beitrag in der jugoslawischen Militärzeitschrift lesen, der in vielen Einzelheiten berichtet, in welcher Form Einheiten des Zivilschutzes und örtliche Selbstschutzgruppen im Rahmen eines Manövers mit in den Ablauf der Geschehnisse eingebaut waren. Die verbundenen Manöver fanden im Armeebezirk Skolpje statt, der Name der Übung: „Vardar 72“. Für die Stadt Bitolj, um die im Rahmen des Manövers 6 Tage lang „gekämpft“ wurde, waren die Aufgaben der Zivilverteidigung durchzuführen. Bevor es zu einer „Besetzung“ der Stadt kam, wurde durch die gemeindlichen Dienststellen eine Evakuierung angeordnet. Eine in der Stadt verbleibende versteckte Funkstelle hält den Kontakt mit Partisanengruppen und den Gruppen des Zivilschutzes aufrecht. Es wird die Aktivierung der Zivilschutzeinheiten im besetzten Stadtgebiet durchgespielt und jede Phase eines passiven und später aktiven Widerstandes aus dem Untergrund realistisch dargestellt. Während der Selbstschutz die Bevölkerung vor härteste Schäden schützt, gehen dann die eigenen Verbände und Partisanengruppen zum Gegenangriff über und befreien die Stadt.

Spécial Protection Civile
Genf, September 1972

Die Probleme bei der Errichtung von Schutzstätten

M. Fritz Sager veröffentlicht in der Sondernummer einen Beitrag zu einem sehr aktuellen Thema. Wenn man über den Zivilschutz diskutiert, kristallisiert sich die Frage heraus, wie man menschliches Leben überhaupt nach einem konkreten Plan

beschützen kann. Spricht man heute über das Problem der Errichtung von Schutzräumen, dann muß man die Entwicklung der letzten 10 Jahre vor dem Zweiten Weltkriege mit in Betracht ziehen.

Der Verfasser bringt die damalige Situation in Relation zum Kriegsgeschehen selbst und zu den Verlustziffern. In der Nachkriegsentwicklung zeigte es sich, daß man nach der Einführung nuklearer Waffen wissenschaftliche Untersuchungen angestellt hat und dabei in vielen Ländern zu der Auffassung kam, es ließen sich gegen die schweren Gefahren künftiger kriegerischer Auseinandersetzungen doch gewisse Schutzmöglichkeiten schaffen.

Sager zeigt auf, wie speziell in der Schweiz die Überlegungen zu einer ständigen Erweiterung des Schutzraumes reale Formen annehmen. Ausführlich wird dargestellt, welche wichtige Rolle dabei auch der Zivilschutz zu übernehmen hat. Sager vertritt die Auffassung, der Bau von Schutzstätten müsse im Rahmen des Zivilschutzes einen absoluten Vorrang haben.

Ärztliche Praxis
Gräfelfing, Nr. 18/1973

Organisation der Rettungsdienste

Der Tagungsbericht der Österreichischen Rot-Kreuz-Ärztetagung in Innsbruck wird von der Fachzeitschrift als Beitrag über die Organisation der Rettungsdienste gebracht. Es ist dabei festzustellen, daß heute für den Aufgabenbereich der Organisationen neben dem Einsatz in einem Kriege die Krankenversorgung und das Unfallrettungswesen eine besondere Bedeutung gewonnen haben. Ärzte aus verschiedenen Ländern gaben einen umfassenden Überblick über die Situation im Rettungswesen und die in den einzelnen Ländern üblichen Maßnahmen bei Unfällen. Aus der Bundesrepublik wurden wichtige Erfahrungen aus dem Test-Rettungszentrum in Ulm mitgeteilt; für Österreich sprach Dr. Bergmann, Linz, über die Probleme, die sich bei der Bergung frisch verletzter Personen ergeben. Wichtig, ja sogar ausschlag-

gebend ist hier der Zeitfaktor. Auch der Ausbildungsstand der Helfer ist nach seinen Worten noch ein erhebliches Hindernis. Kernthema eines ungarischen Arztes war die komplette Versorgung des Verletzten am Unfallort. In Ungarn ist die Organisation des Rettungswesens eine staatliche Angelegenheit. Der belgische Referent führte aus, daß eine erweiterte Erste Hilfe die Versorgung am Unfallort wesentlich verbessere. Der Beitrag der Fachzeitschrift umfaßt zahlreiche einschlägige Gesichtspunkte.

Zivilverteidigung
Bad Honnef, Nr. 2/1973

Erste Hilfe beim Einsatz von B-Waffen

Das Fachblatt veröffentlicht einen Beitrag von Heinrich Gottke, der sich mit dem Problem eines B-Waffen-Angriffs beschäftigt und dabei die mögliche Erste-Hilfe-Leistung untersucht.

Gottke ist der Meinung, daß trotz einer weltweiten Ächtung der biologischen Kampfmittel durch das Genfer Protokoll und auch durch die im April 1972 in London, Moskau und Washington von 170 Staaten unterzeichnete „Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer und toxischer Waffen und deren Vernichtung“ die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung mit eben diesen Waffen nicht endgültig gebannt ist.

Aus diesem Grunde sei es notwendig, der Bevölkerung auch Verhaltensregeln gegen biologische Kampfmittel aufzuzeigen.

Nach einer Aufzählung verdächtiger Merkmale und vorbeugender Maßnahmen werden Ratschläge für das Verhalten während eines B-Angriffes und für eine behelfsmäßige Entseuchung gegeben. Es folgt eine Aufzählung der Krankheitserreger, mit denen möglicherweise zu rechnen ist. Die Beschreibung ist gezielt für den Laien gegeben; die „Merkmale für die Erste Hilfe“ sind ebenfalls für diesen Personenkreis zusammengestellt. Der Schlußabsatz gibt Hinweise zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK



Funkalarmgeber

Die Zentrale eines Sprechfunknetzes wird in den meisten Fällen nicht in einem Fahrzeug untergebracht sein, sondern in einem Gebäude, z. B. bei der Einsatzleitung. Die verschiedenen Typen stationärer Funkalarmgeber tragen dieser Tatsache Rechnung. Das hier gezeigte Gerät ist für Anlagen mit maximal zwei Tonruffrequenzen bestimmt. In großen Anlagen wird das Bedienteil mit 30 Ruftasten verwendet. Bei entsprechender Ausstattung mit weiterem Zubehör können damit 100 000 Funknetzteilnehmer selektiv gerufen werden. Das Bedienteil ist ein modernes Tischgerät. Es ist mit einem Schwanenhals-Mikrofon versehen. Der Lautsprecher ist in den pultförmigen Teil eingebaut. Das Bedienteil enthält wie auch die mobilen Geräte — zwei Tonruffgeneratoren. Für die Antenne muß im Interesse guter Sende- und Empfangsbedingungen ein günstiger Standort gewählt werden. Die Verbindung erfolgt durch Kabel.

H. F.

Die Polizei funkt jetzt schneller

Etwa zwanzigmal schneller — nämlich in zwei bis drei Minuten anstatt früher 60 Minuten — kann jetzt die Polizei innerhalb der Bundesrepublik ihre verschlüsselten Funksprüche absetzen. Möglich wurde dies durch das neue Polizei-funkfern-schreibnetz, das vor kurzem den bisherigen Morsebetrieb abgelöst hat und zur Zeit das modernste in Europa darstellt. Mit Hilfe dieses Netzes — das übrigens ein Teil des Sofortprogramms der Bundesregierung zur Intensivierung der Verbrechensbekämpfung ist — können maximal

240 000 Funksprüche pro Jahr automatisch verschlüsselt und ausgesendet werden, was etwa dem Doppelten der im Jahre 1972 abgesetzten Sprüche entspricht. Das neue Funknetz verbindet die Funkfern-schreibzentrale in der Polizeihauptfunkstelle Bonn-Duisdorf direkt mit den Polizeidienststellen der Bundesländer sowie mit den Kommandos des Bundesgrenzschutzes. Über eine Rundschreibeinrichtung können die Länder auch gleichzeitig angesprochen werden. Außerdem sind auch der Sonderzug der Bundesregierung sowie das Bundeskriminalamt in Wiesbaden an die Funkzentrale angeschlossen.

Druckdichte Aufteilungsmuffe für koaxiale Fernkabel

Für den Abschluß von koaxialen Fernkabeln wurde eine neue druckdichte Muffe entwickelt. Gegenüber früheren Ausführungen wurde bei der Neuentwicklung vor allem Wert gelegt auf eine einfache Montierbarkeit, eine leichte Bedienung der Steckelemente und eine Verbesserung der elektrischen Eigenschaften. Bei der Entwicklung der neuen Muffe konnte auf die Erfahrungen zurückgegriffen werden, die bereits mit dem druckdichten Durchführen von Koaxialpaaren bei Unterflurbehältern gemacht wurden. Es entstand so eine Muffe, die hinsichtlich der Konstruktion der Durchführungen und der Montage der Koaxialpaare mit dem Unterflurbehälter identisch ist. Die Muffe besteht im wesentlichen aus der sogenannten Trennplatte mit den druckdichten Durchführungen für die Koaxialpaare und den symmetrischen Beipack sowie aus dem Muffenzylinder mit Kabeleinführungsstutzen. Für die druckdichte Durchführung der Koaxialpaare werden koaxiale

Schaltkabel 1,0/6,5 mm verwendet, die einzeln in der Trennplatte mit Gießharz vergossen sind. Den amtsseitigen Abschluß der Koaxialpaare bilden triaxiale Buchsen mit dem Anschlußmaß 1,6/5,6/12,5 mm. Jede Buchse ist einzeln in einer Halterung befestigt. Muffenseitig ist das Schaltkabel ausgeformt und mit einem Spleißteil versehen. Mit den jeweiligen Übergangsspleißen kann entweder das Koaxialpaar 1,2/4,4 oder 2,6/9,5 mm angeschlossen werden. Die flexiblen und schon ausgeformten koaxialen Schalthebel erleichtern wesentlich sowohl den Anschluß an die Koaxialpaare als auch die Bedienung der Steckelemente. Der Muffenzylinder bildet mit dem Kabeleinführungsstutzen eine Einheit und wird mit sechs Schrauben an die Trennplatte geschraubt. Die Dichtung erfolgt mit einem Neoprene-O-Ring. Eine Lötung ist somit nur noch am Kabeleinführungsstutzen erforderlich, der in verschiedenen Durchmessern von 25 bis 70 mm zur Verfügung steht.



Empfehlenswerte Handbücher und Taschenbücher

4. Ergänzungslieferung zum
Katastrophenschutzgesetz
Verlag für Verwaltungspraxis
Franz Rehm KG, München
DM 16,80; Gesamtwerk DM 37,40

6. Ergänzungslieferung
Das Recht der zivilen Verteidigung
von Göb-Kirchner
W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart
DM 35,50; Gesamtwerk DM 68,—

7. und 8. Ergänzungslieferung
Notstandsrecht
Verlag R. S. Schulz, München
Je DM 26,—; Gesamtwerk DM 48,—

Lufthansa-Taschenbuch der Luft- und
Raumfahrt-Presse
Kroll Verlag, Seefeld/bb.
DM 19,—

Taschenbuch für den Sanitäts- und
Gesundheitsdienst der Bundes-
wehr 1973
Verlag Wehr und Wissen, Darmstadt
Herausgegeben von Dr. B. Stolze
DM 14,80

Betriebs-Verfassungs-Gesetz 1972
Ein Überblick; ab 25 Stück DM 1.90
Institut Mensch und Arbeit, München

Die Broschüre konzentriert sich auf
diejenigen Paragraphen und Artikel,
die für die tägliche Zusammenarbeit
von Betriebsleitung, Betriebsrat
und Mitarbeitern von Bedeutung sind.
Eine Auswahl des Wesentlichen,
damit eine für jedermann
überschaubare Unterrichtung.

Das Überlebensprogramm

Von Frederic Vester
Kindler Verlag, München/Zürich
DM 29,80

Dieses Buch soll nach dem Willen sei-
nes Verfassers dazu beitragen, das
Problem der Umweltverseuchung
endlich aus der Phase pauschaler
Warnungen und emotionaler Empö-
rung herauszuführen. Es bedarf in
diesem Bereiche dringend einer
realitätsbezogenen Aktivität, und aus
diesem Grunde wendet sich das Buch
an alle; als eine Orientierungshilfe für
den mit dem Problem konfrontierten
Wissenschaftler, an Schüler und
Lehrer, an die Hausfrauen — soweit
sie an diesem Problem überhaupt
interessiert sind — und besonders an
die zuständigen Angestellten in den
staatlichen und kommunalen
Behörden.

Die Vorschläge, die der Autor zu
praktikablen Lösungen anbietet, sind
echte, bereits versuchsweise erprobte
Möglichkeiten. Im Anhang gibt ein
rund 500 Stichworte umfassendes
Sachwortverzeichnis dem Leser die
Möglichkeit, sich mit den einschlägigen
Fachbegriffen vertraut zu machen.

Krankenpflegehelferinnen und -helfer

Herausgegeben von W. Heesen
Schlütersche Verlagsanstalt und
Druckerei, Hannover
Einzelpreis DM 38,50

In 3. überarbeiteter Neuauflage ist
dieses Standardwerk, zu dem drei
wichtige Persönlichkeiten Geleit-
worte geschrieben haben, erschienen.
Es wurde nach zahlreichen Anregun-
gen, auch aus dem Kreise von Schul-
schwestern und -pflegern, völlig über-
arbeitet und dabei gerafft und gekürzt.
Noch mehr Bilder als in früheren Auf-
lagen ergänzen die geschriebenen
Anleitungen.

Ärzte, Juristen, Schwestern und Kran-
kenpfleger haben hier ein spezielles
Lehrbuch für Lehrer und Schüler
geschaffen, welches die Voraussetzung
zu einer guten und bestmöglichen
Ausbildung bieten soll.

Für die bereits in der Praxis Stehen-
den ist das Buch als Nachschlage-
werk ein wertvoller Ratgeber. Modern
und rationell sind die Übersicht der
Untergliederungen der Kapitel und
eine durchlaufende Numerierung der
Textabschnitte, durch die eine leichte

Handhabung des Stichwortverzeich-
nisses möglich wird. Dieses Stich-
wortverzeichnis umfaßt rund 6 000
Worte und ist bis ins letzte durch-
dacht — gerade dies ist für ein Lehr-
buch von großer Bedeutung. Bei
Mehrbestellung erhebliche
Preisnachlässe.

Unfallrettung - Medizin und Technik

Von Prof. Dr. R. F. LICK und
Dipl.-Ing. H. SCHLÄFER
F. K. Schattauer Verlag GmbH,
Stuttgart
Balacuir DM 58,—

Ein Buch, welches Ärzte und Techniker
ebenso anspricht, wie die im Unfall-
rettungsdienst und Katastrophenschutz
tätigen Laienhelfer. Die klar abgehan-
delte umfangreiche Thematik bietet
einen informativen Überblick über die
Probleme und vielfältigen Erschei-
nungsformen der Unfallrettung. Die
übersichtliche Gliederung in Grund-
lagen der Unfallrettung, ärztliche
Maßnahmen der Unfallrettung und
Praxis der Unfallrettung wird durch
farbige Seiten noch betont und
erleichtert das Auffinden gesuchter
Kapitel. Besonders instruktiv, zum Teil
auch schockierend, sind die zahlreichen
Bilder. Sie geben oft als Bildfolgen
mit knappem Begleittext wichtige
Hinweise auf notwendige Verhaltens-
weisen und Maßnahmen.

Zu Recht wird von den Autoren auf die
„psychologische Sperre zur Hilfe-
leistung“ bei den Personen hingewie-
sen, die selten Gelegenheit zu helfendem
Einsatz haben. Hier vermag das
sorgfältige Studium des realistischen
Bildmaterials diese Sperre bereits
etwas abzubauen.

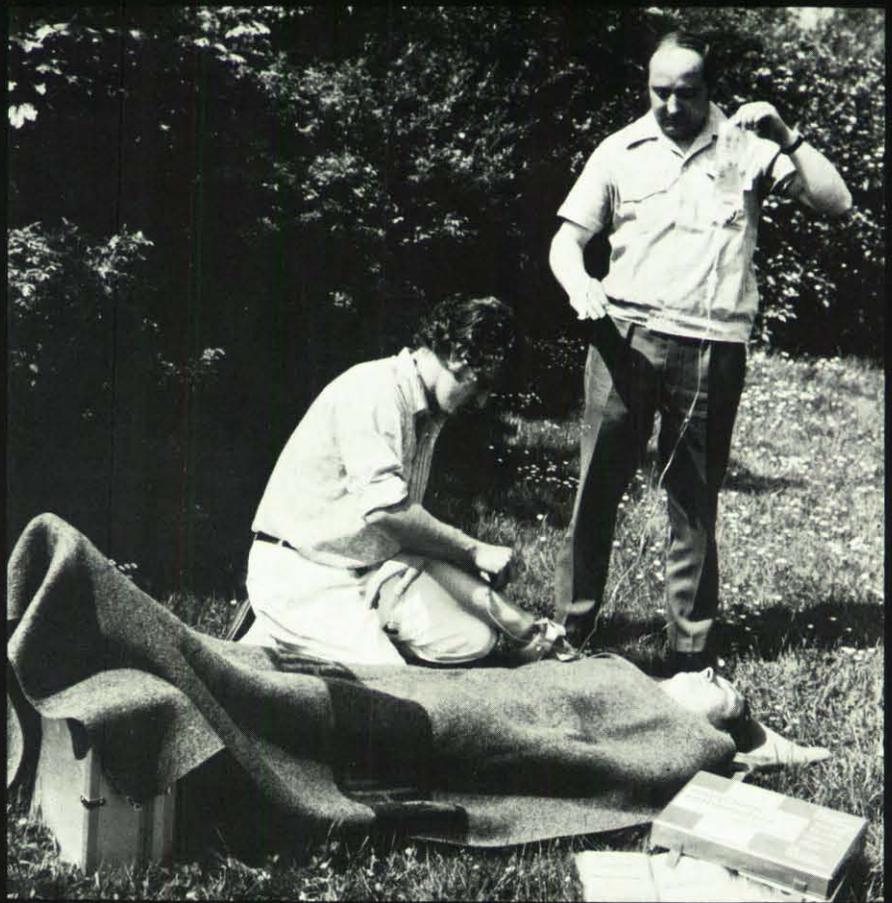
Inhaltlich wird das Wesentliche gut
verständlich für alle Gruppen des
angesprochenen Leserkreises
gebracht. Bei der Vielzahl der Unfall-
möglichkeiten, die detailliert darge-
stellt sind, wird immer wieder auf die
Notwendigkeit besonnenen Handelns
und wechselseitiger Hilfe technischer
und medizinischer Einsatzgruppen
hingewiesen.

Die in der praktischen Unfallrettung so
oft bewährte Zusammenarbeit von
Medizin und Technik hat sich im
vorliegenden Buch auch „theoretisch“
wieder in geglückter Weise gezeigt.
Eine ausführliche Literaturangabe gibt
dem Interessierten weitere Informa-
tion.

Bekannte Unfall-Mediziner sind der Ansicht, daß außer Notfallärzten auch möglichst viele Kraftfahrer eine blutgruppenunabhängige Blutersatz-Lösung mit sich führen sollten. Die Anwendung darf aber nur einem Arzt vorbehalten bleiben, der mit einem Notruf-Signal aus dem vorbeifließenden Verkehr an die Unfallstelle gerufen werden muß. Die in Apotheken erhältliche „Münchner Rettungsbox“ enthält sowohl das für alle Kraftfahrzeuge vorgeschriebene Erste-Hilfe-Gerät nach DIN 13 164 als auch eine Blutersatz-Lösung und andere lebensrettende Medikamente. Der rote Kunststoffkasten trägt auf der Rückseite in weißer Schrift die Aufschrift „Arzt gesucht“.

Fortsetzung von 2. Umschlagseite

blicklich helfen muß und ihm auch helfen kann. Dazu muß man aber die Anzeichen des Schocks kennen und erkennen. Ist die Haut des Verunglückten blaß und kalt, friert der Verletzte, ist sein Puls stark beschleunigt und kaum tastbar, atmet er nur schwach, dann ist Verdacht auf Schock gegeben. Hebt man schnell und behutsam seine Lider und sieht, daß die Pupillen weit und schwarz sind, so daß die farbige Regenbogenhaut nicht mehr zu sehen ist, ist der Verdacht noch stärker begründet. Was nun zu tun ist, wird in Lehrgängen der Ersten Hilfe und der Sofortmaßnahmen am Unfallort gelehrt: Blutung stillen, Verletzten schräg lagern, d. h. der Kopf muß tiefer als die Beine liegen, die Beine noch höher (Kniehöhe rd. 60 cm) lagern, Verletzten vor Wärmeverlust schützen, ihn nicht unnötig bewegen, selbst Ruhe bewahren und Verletzten beruhigen und — soweit nicht Verdacht auf Bauch- oder Brustverletzung vorliegt oder Bewußtlosigkeit besteht — Getränke verabfolgen. Auf keinen Fall darf man den Verletzten überstürzt abtransportieren. Der Erst-Helfer sollte sich gegen Unwissende im umstehenden Publikum durchsetzen und jeden wohlgemeinten Abtransport verhindern. Denn für den Schockverletzten besteht Lebensgefahr. Die ständigen Bewegungen und Erschütterungen eines liegend transportierten Körpers rufen unwillkürliche Korrekturbewegungen hervor, die das vom Schock stark mitgenommene Herz zum endgültigen Versagen bringen können. Der Schockverletzte muß erst für den Transport fähig gemacht werden. Das bedeutet, daß seine weitere Versorgung, wie bei allen lebensbedrohlichen



Zuständen, am Unfallort durch den Arzt zu erfolgen hat. Nur er kann die rettende Infusion machen. Dazu benutzt er eine Blutersatz-Lösung und andere lebensrettende Medikamente. Diese befinden sich natürlich nicht in dem Pflichtverbandkasten (DIN 13 164), der in allen Kraftfahrzeugen mitzuführen ist. Bekannte Unfall-Mediziner haben deshalb die Ansicht geäußert, daß außer Notfall-Ärzten auch möglichst viele Kraftfahrer eine blutgruppenunabhängige Blutersatz-Lösung und Medikamente zur Schmerz- und Kreislaufbehandlung mit sich führen sollten. Die Anwendung darf natürlich nur einem Arzt vorbehalten bleiben. Wie Versuche des ADAC-Straßenwachdienstes ergaben, ist es bei der heutigen Verkehrssituation auf den Straßen möglich, innerhalb kurzer Zeit einen Arzt mit einem Notruf-Signal aus dem vorbeifließenden Verkehr an die Unfallstelle zu rufen. Sind dort mehrere Verletzte zu versorgen, reicht gewöhnlich die Ausrüstung des Arztes sowieso nicht aus. Um hier Abhilfe zu schaffen, haben erfahrene Unfallchirurgen die „Münchner Rettungsbox“ entwickelt. Der rote Kunststoffkasten enthält neben dem vorgeschriebenen Erste-

Hilfe-Gerät nach DIN 13 164 auch schmerzstillende und kreislaufanregende Medikamente sowie eine blutgruppenunabhängige und temperaturunempfindliche Blutersatz-Lösung. Der rote Kunststoffkasten ist mit der Aufschrift „Arzt gesucht“ bedruckt und kann als auffallendes Zeichen dem vorbeifahrenden Verkehr die prekäre Situation signalisieren. Die „Münchner Rettungsbox“ ist in Apotheken zum Preise von DM 69,60 erhältlich. Für Verbandkastenbesitzer gibt es den Rettungskasten auch als Leerteil (DM 45,50). Mit Klebplaketten auf der Front- und Heckscheibe seines Wagens kann der Fahrer auf die vorhandene Unfallhilfe hinweisen. Wie jedes Mittel und jede Maßnahme, die geeignet ist, die Zahl der Unfalldoten zu reduzieren, ist auch die Rettungsbox zu begrüßen. Ob sie sich durchsetzt und die ihr gebührende Unterstützung findet, ist allerdings eine andere Frage. Noch ist es Aufgabe der Erst-Helfer, dem Schockverletzten durch entsprechende Lagerung und Hochhalten der Gliedmaßen so gut wie möglich eine unblutige Transfusion mit Eigenblut zu machen, bis ein Arzt sich des gefährdeten Lebens annimmt.

Nur Übung macht den Meister



Die Fangleine dient in erster Linie dem im Einsatz vorgehenden Helfer als Sicherung. Sie ist aber auch zur Rettung von Menschen aus oberen Geschossen und zur Selbstrettung in Not geratener Helfer bestimmt. Fangleinen können ebenfalls zum Hochziehen oder Ablassen von Schläuchen oder anderen Hilfsgeräten zu und aus oberen Geschossen verwendet werden. Sie müssen immer, wenn sie nicht gerade der Abwendung akuter Gefahren dienen, schonend behandelt werden. Den Umgang mit Leinen — das Stechen, Binden und Knoten — lernen die Angehörigen der Staffeln, Trupps und Gruppen des behördlichen

und betrieblichen Selbstschutzes (unsere Fotos) ebenso wie die mit Rettungs-, Bergungs- und Brandschutzaufgaben betrauten Helfer des Katastrophenschutzes. Dem Neuling unter den Helfern erscheinen die vielen Stiche, Bunde und Knoten anfangs recht verwirrend, „alte Hasen“ dagegen können sie im Schlaf. Ständiges Üben ist jedoch vonnöten. Denn im Ernstfall kann von der Beherrschung dieser Materie das Gelingen der Hilfeleistung abhängen.

Unser Titelbild sowie die Aufnahmen dieser Seite entstanden während eines Lehrgangs beim Bundesverband für den Selbstschutz.

H. F.